



Zeitschrift der **GEW**/ Hessen

für Erziehung, Bildung, Forschung

65. Jahr Heft 7/8 Juli/August 2012



7/2012

Tariftreue statt Lohndumping

Netzwerk Soziale Arbeit demonstriert in Frankfurt

Obwohl in einigen Betrieben die Geschäftsleitung die Teilnahme an der Versammlung untersagt und mit arbeitsrechtlichen Konsequenzen gedroht hatte, hielten am 14. Juni fast 500 Beschäftigte von zehn Frankfurter Trägern der sozialen Arbeit eine gemeinsame Betriebsversammlung auf dem Römerberg ab.

Die Stadt Frankfurt beauftragt private Träger, um Pflicht- oder auch freiwillige Aufgaben der Kommune durchzuführen, z. B. die Kinderbetreuung in Kitas. Die Beschäftigten der Sozialbetriebe leisten die gleiche Arbeit wie ihre Kolleginnen und Kollegen im öffentlichen Dienst, werden dafür aber – in unterschiedlichem Ausmaß – schlechter entlohnt. Wie berichtet gründeten Betriebsräte der wichtigsten Sozialbetriebe mit Unterstützung ihrer Gewerkschaften GEW und ver.di das „Frankfurter Netzwerk der Sozialen Arbeit“. Ein erster Erfolg der Netzwerkarbeit war der Tariftreuebeschluss der Stadtverordnetenver-

sammlung vom 1. März 2012. Danach sind Leistungsvereinbarungen „so abzuschließen, dass die Personalkostenkalkulation auf den im jeweiligen Geschäftsfeld gültigen Tarifvertrag beruhen“.

Tariftreueerklärung und Wirklichkeit zusammenzubringen, war das erklärte Ziel der Versammlung am 14. Juni auf dem Römerberg. Im Vorfeld der Veranstaltung hatte der künftige Oberbürgermeister *Peter Feldmann* (SPD) seine Unterstützung signalisiert, während Personaldezernentin *Manuela Rottmann* (Die Grünen), Bildungsdezernentin *Sarah Sorge* (Die Grünen) und Sozialdezernentin Daniela Birkenfeld (CDU) die Einladung zur Versammlung ausschlugen.

Die Beschäftigten ließen vor dem Rathaus „heiße Luft“ (in Ballons) aufsteigen und knüpften aus Flat-terband ein gewaltiges Netz der Solidarität. Der Gerechtigkeitsbrunnen wurde in Ungerechtigkeitsbrunnen umbenannt.



Aus dem Inhalt

Rubriken

- S. 4 Spot(t)light
- S. 5 Briefe
- S. 6 Meldungen
- S.25 Recht: Stipendien
- S.34 Tariftrecht: Strukturgleich
- S.35 Recht: Urlaub nach Dienst- und Arbeitsunfähigkeit
- S.36 Magazin

Titelthema: Reisen

- S. 8 Mit lea nach Südafrika...
- S. 10 ... nach Kreta...
- S. 11 ... nach Nicaragua und Kamerun
- S.12 Widerstand in der Provence

- S. 14 Zu Fuß durch den Odenwald
- S. 16 Kunst in Kuba
- S. 18 Mit dem Fahrrad zur Literatur
- S. 19 Mit lea in Gorleben

Einzelbeiträge

- S. 6 GEW gewinnt Personalratswahl
- S.20 Inklusion in Hessen
- S. 21 Zentrale Abschlussprüfungen
- S.23 Lernstandserhebungen in der IGS
- S.24 „Reform“ der Schulverwaltung
- S.26 Lehrerbildung: Praxissemester
- S.28 Blockupy in Frankfurt
- S.30 Lehrbeauftragte an Musikhochschulen gegen Lohndumping
- S.31 Deutschland ohne Ausländer
- S.32 Kunst in Kassel: Celal Atalay



Zeitschrift der GEW Hessen
für Erziehung, Bildung, Forschung
ISSN 0935-0489

I M P R E S S U M

Herausgeber:

Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft
Landesverband Hessen
Zimmerweg 12
60325 Frankfurt/Main
Telefon (069) 971 2930
Fax (069) 97 129393
E-Mail: info@gew-hessen.de
Homepage: www.gew-hessen.de

Verantwortlicher Redakteur:

Harald Freiling
Klingenberger Str. 13
60599 Frankfurt am Main
Telefon (069) 636269
Fax (069) 6313775
E-Mail: freiling.hlz@t-online.de
Christoph Baumann (Bildung), Tobias Cepok (Hochschule), Dr. Franziska Conrad (Aus- und Fortbildung), Joachim Euler (Aus- und Fortbildung), Ulla Hess (Mitbestimmung), Michael Köditz (Sozialpädagogik), Annette Loycke (Recht), Karola Stötzel (Weiterbildung), Gerd Turk (Tarifpolitik und Gewerkschaften)

Gestaltung:

Michael Heckert, Harald Knöfel

Titelthema: Harald Freiling

Illustrationen:

Axel Träger (Titel), Thomas Plaßmann (S.23, 27), Dieter Tonn (S.24), Ruth Ullenboom (S.4)

Fotos:

GEW (S.2 ff.), Gerd Kittel (S.18), B.Reitz-Hofmann (S.30), J.Schade (S.15), T.Schmid (S.19), Linda Starbatty (S.16, 17)

Verlag:

Mensch und Leben Verlagsgesellschaft mbH
Niederstedter Weg 5
61348 Bad Homburg

Anzeigenverwaltung:

Mensch und Leben Verlagsgesellschaft mbH
Edith Hestert
Postfach 19 44
61289 Bad Homburg
Telefon (06172) 95 83-0, Fax: (06172)9583-21
E-Mail: mlverlag@wsth.de

Erfüllungsort und Gerichtsstand:

Bad Homburg

Bezugspreis:

Jahresabonnement 12,90 Euro (9 Ausgaben, einschließlich Porto); Einzelheft 1,50 Euro. Die Kosten sind für die Mitglieder der GEW Hessen im Beitrag enthalten.

Zuschriften:

Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Bilder wird keine Haftung übernommen. Im Falle einer Veröffentlichung behält sich die Redaktion Kürzungen vor. Namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht mit der Meinung der GEW oder der Redaktion übereinstimmen.

Redaktionsschluss:

Jeweils am 5. des Vormonats

Nachdruck:

Fotomechanische Wiedergabe, sonstige Vervielfältigungen sowie Übersetzungen des Text- und Anzeigenteils, auch auszugsweise, nur mit ausdrücklicher Genehmigung der Redaktion und des Verlages.

Druck:

Druckerei und Verlag Gutenberg Riemann GmbH
Werner-Heisenberg-Str. 7, 34123 Kassel

Gutes Wahlergebnis ist Verpflichtung

Bei den Personalratswahlen im Mai konnte die GEW in den Gesamtpersonalräten (GPRL) und im Hauptpersonalrat der Lehrerinnen und Lehrer (HPRL) auf dem bereits erreichten hohen Niveau weitere – teilweise sehr deutliche – Zuwächse erreichen. Das gilt ebenso für die gemeinsame Liste von ver.di und GEW im Hauptpersonalrat Verwaltung beim Kultusministerium. Ausführliche Informationen findet man in dieser HLZ auf Seite 6. Auch bei den Hochschulen und im Wissenschaftsministerium konnte die GEW weiter zulegen. Bei den städtischen Kindertageseinrichtungen in Frankfurt ist die GEW erstmals mit einer eigenen Liste angetreten und hat auch dort ein sehr beachtliches Ergebnis erzielt.

Darüber freuen wir uns. Wir bedanken uns für das Vertrauen und sehen das gute Wahlergebnis als Anerkennung unserer Arbeit in den vergangenen vier Jahren. Daher geht ein besonderer Dank an alle Mitstreiterinnen und Mitstreiter in den GEW-Fraktionen, die im Laufe oder am Ende der Wahlperiode ausgeschieden sind, meist in den Unruhestand und die Freistellungsphase der Altersteilzeit.

Der Dank gilt auch allen Wahlvorständen, dass sie die Wahlen so gut organisiert haben. Gerade an den Schulen und anderen öffentlichen Einrichtungen müssen sich immer wieder neue Kolleginnen und Kollegen in eine komplizierte Materie einarbeiten, was manchmal doch eine mühsame Arbeit ist.

Das gute Wahlergebnis ist uns Ansporn und Verpflichtung, auch in der neuen Wahlperiode engagiert, konsequent und kompetent die Interessen der Kolleginnen und Kollegen zu vertreten.

Ich wünsche den gewählten Personalräten alles Gute und viel Kraft für ihre Aufgabe, aber auch Spaß am gemeinsamen Engagement und möchte alle – besonders aber die neu gewählten – ermuntern, sich schnell eine Schulung „zu gönnen“, um sich das Handwerkszeug für die oft nicht ganz einfache Personalratsarbeit anzueignen.

Hinschauen, einmischen, sich kompetent und engagiert für die Interessen der Kolleginnen und Kollegen einsetzen, das fällt mit einer starken GEW-Werkschaft im Rücken sehr viel leichter. Aber auch die Kolleginnen und Kollegen an den Schulen sollen sich einmischen, um ihre Personalräte zu unterstützen. Je mehr Menschen ein Personalrat „im

Rücken“ hat, desto mehr kann er für die Beschäftigten erreichen.

Das gilt auch für uns im Hauptpersonalrat der Lehrerinnen und Lehrer (HPRL). Ich erinnere zum Beispiel an die Unterstützung aus den Kollegien bei der Auseinandersetzung um die Dienstordnung. Hier konnten wir zusammen erhebliche Verbesserungen erreichen.

Die GEW wird die Vernetzung interessierter Personalräte verstärken: den Austausch untereinander, die Unterstützung mit Informationen und Materialien und die Beratung durch die GEW.

Lasst uns gemeinsam für bessere Arbeitsbedingungen streiten, unsere Rechte engagiert wahrnehmen. Die Themen sind weiter vielfältig: die zu hohe Unterrichtsverpflichtung, die alltäglichen Arbeitsbedingungen, die selbstständige Schule, die Stellenzuweisung, die ungelösten Probleme in der Ausbildung, bei Fortbildung und beim Arbeitsschutz.

Derzeit gibt es nicht nur neue Personalräte in ganz Hessen: Auch Kultusministerin Beer und Staatssekretär Lorz haben ihr Amt neu angetreten. Ob oder wie das die Arbeit auch für den HPRL verändern wird, ist noch nicht einzuschätzen. Bei allen unterschiedlichen Positionen von Kultusministerin und HPRL in Fragen der Bildungspolitik, der Arbeitsbedingungen oder des Haushalts haben sich Stil, Ton und Umgang mit der Personalvertretung seit dem Amtsantritt von Kultusministerin Henzler verändert: Es gab einen offeneren Umgang und ein Klima des ernsthaften Austauschs von Argumenten. Wir hoffen, dass das erhalten bleibt, denn die inhaltlichen Kontroversen sind schwierig genug. Packen wir die nächsten vier Jahre mit neuer Energie an!

Angela Scheffels

Angela Scheffels



Angela Scheffels leitet das Referat Mitbestimmung im GEW-Landesvorstand und wurde als Vorsitzende des HPRL wiedergewählt.

Zu Hause ist es am schönsten

Es gibt viele Möglichkeiten, sich selbst zu quälen. Verreisen ist eine davon. Mein Bruder z.B. verreist gar nicht mehr. Ihm genügt es, in seinem Garten zu sitzen und ins Gebüsch zu starren. Er will nicht am Flughafen die Koffer vom drängelnden Hintermann in die Hacken bekommen. Er will nicht in Helsinki zwölf Stunden auf den Anschlussflug nach Madrid warten. Er will nicht in engen Sitzreihen auf andere Kontinente fliegen, in Tuchföhlung mit übergewichtigen Nachbarn. Er will nicht drei Tage lang auf seinen Koffer warten, der unterdessen in Irkutsk gelandet ist.

Er will nicht bei 35 Grad im Intercity schmoren, weil in Kassel ein Umspannwerk ausgefallen ist. Bei 35 Grad will er auch nicht an einem spanischen Strand im Wüstenwind lei-

den. Er will in keinem brasilianischen Hotel Samba tanzen oder eine schwere Diarrhoe auskurieren. Auf Kreuzfahrtschiffe mit 5.000 fröhlichen Touristen bringen ihn keine zehn Pferde. Apropos Pferde: Reiturlaub in Masuren oder Marokko kommt schon gar nicht in Frage. Wenn mein Bruder sich richtig gruseln möchte, sieht er sich den Prospekt der Busfirma an, die für wenig Geld rund um die Welt fährt, den dreistöckigen Sardinenschlafanhänger gleich hinten dran.

Mein armer Bruder! Reisen bildet und formt den Charakter. Wer nicht reist, erlebt nichts.

„Reisen zerstört Kulturen und schadet der Umwelt“, erwidert er, „es löst persönliche Krisen aus. So manche Beziehung ist nach dem Urlaub in die Brüche gegangen!“

Nachdenklich gehe ich heim. In diesem Sommer darf nämlich mein Partner bestimmen, wohin die Reise geht. Vorriges Jahr hat er sich auf dem Opfertar der Liebe mit mir nach Florida begeben, obwohl er die USA nicht mag, es in Florida viel zu heiß ist, überall Alligatoren und giftige Rochen rumliegen und das Essen eine Zumutung ist. Alkoholische Getränke muss man in braunen Papiertüten verstecken, und beim Umziehen am Strand darf auf keinen Fall eine Pobacke zu sehen sein! Aber dafür ist das Benzin sehr billig ...

In diesem Jahr muss ich in den sauren Apfel beißen und meinem Partner in seinen Traumurlaub folgen. Er war leidenschaftlicher Pfadfinder und schwärmt heute noch vom Grubenausheben und Wacheschieben in einsamen Wäldern. Er hat in Kreta am Strand übernachtet, sich in Springbrunnen gewaschen und in Hainen Obst geklaut, was bei den Einheimischen Begeisterungstürme auslöste. Er hat mit mehreren Tausend Mücken am Baikalsee bi-

wakiert. Er ist durch Tansania und Algerien getrampt, Geld und Papiere mit Teppichkleband am Brustbein gesichert.

Er ist in den Alpen von Berghütte zu Berghütte gewandert, hat abends sein T-Shirt vor die Tür gestellt und sich eine Lagerstatt zwischen Schnarchern und alten Socken gesucht.

Er ist mit Marschgepäck und Kleinkindern im Schleptau durch sämt-

liche deutsche Flusstäler gerdelt, auch bei Hagel und Sturm. Wenn der Radweg unerwartet aufhörte, streckenweise auch auf Autoschnellstraßen.

Mein Partner hat mir für die Ferien drei faszinierende Vorschläge unterbreitet: auf dem Rücksitz seines Motorrades an den Bodensee, auf einem Esel durch die Lausitz oder mit dem Fahrrad in ein Nudistencamp auf Usedom. Vielleicht kann ich ihm ja einen Deal anbieten: Er reitet mit dem Esel ins Nudistencamp, und ich renoviere in der Zeit Küche und Bad, räume den Keller auf und lege im Garten einen Froschteich an.

Gabriele Frydrych



**Betr.: HLZ 5/2012
Medienerziehung**

Lehrerbildung und Elternarbeit

So gerne ich Kollegin Annette Thunemann zustimmen würde, Eltern könnten „ihre Kinder unterstützen, Mediensysteme und ihre Hintergründe zu verstehen, einzelne Medienangebote zu verarbeiten oder reflektiert zu nutzen“, muss ich dieser optimistischen These doch weitgehend widersprechen. Viele Erfahrungen und Untersuchungsergebnisse sprechen dagegen und Belege für diese Behauptung sind kaum zu finden. Es gibt Eltern, die dazu in der Lage sind, aber es dürfte ein recht kleiner Prozentsatz sein, besonders wenige in den „bildungsfernen Schichten“. Auch viele Kolleginnen und Kollegen setzen sich bisher nur wenig mit den aktuellen Medienphänomenen auseinander oder kultivieren aus Unsicherheit und Angst, sich als ahnungslos darzustellen, eine Abwehrhaltung gegen diesen neumodischen „Hype“. Es mag sein, dass die eine oder andere Formulierung von Günter Steppich (HLZ 3/2012) durch die Knappheit der Darstellung der recht komplexen Gesamtproblematik zu pauschal ausfällt (immer wenn von „den“ Eltern die Rede ist, sind natürlich nicht ausnahmslos alle gemeint) – im Wesentlichen ist seinem Befund aber zuzustimmen. Man kann nur hoffen, dass die in allen Phasen der Lehrerbildung und in der Elternarbeit bisher stark vernachlässigte Medienbildung bald den ihr gebührenden Stellenwert erhält. Es ist ein Verdienst von Günter Steppich, in der HLZ 3/2012 darauf hingewiesen zu haben, wie weit wir davon noch entfernt sind.

Dieter van Holst

Fachberater IT und Neue Medien am Staatlichen Schulamt Frankfurt i.R.

**Betr.: HLZ 6/2012
Finanzkrise in Europa**

Eine gelungene HLZ

Ein wichtiges Heft, ein sehr wichtiges Titelthema mit guten Berichten! So notwendig! Eigentlich müsste in jedem folgenden Heft wenigstens kurz über die neuesten Entwicklungen in Spanien, Griechenland, Portugal, Italien informiert werden. Und lasst weiterhin die ausländischen Kolleginnen und Kollegen zu Wort kommen!

Thomas Adamczak, Nauheim

**Betr.: Extratipp
Journalistische Qualität**

Lehrer zweiter Wahl?

Für Ärger sorgte kürzlich ein reißerischer Artikel in der Rhein-Main-Werbepostille „extratipp“, der behauptete, Offenbach sei „Auffangbecken für Lehrer zweiter Wahl“. Der Schreiber zitierte Gesprächspartner aus Schulämtern rund um und in Offenbach, überwiegend anonym, den Offenbacher Stadt-Elternbeirat und die Offenbacher GEW. In der davor liegenden Woche hatte mich der Journalist einer mir nicht bekannten Zeitung angerufen und erzählt, ein Schulamtsdirektor (!) habe ihm gesagt, Stadt und Kreis Offenbach hätten bei Lehrern einen schlechten Ruf und deshalb würden sich dort nicht ausreichend Lehrkräfte bewerben. Deshalb werde Lehrkräften, die in den umliegenden Schulämtern keine Stelle finden können, empfohlen, sich doch in Offenbach zu bewerben.

Ich sagte ihm, dass es dem Schulamt wiederholt nicht gelungen sei, bis zum Schuljahresbeginn sämtliche Stellen zu besetzen, vor allem in Mangel-fächern. Lehrkräfte stünden in einzelnen Schulen, besonders in der Stadt Offenbach und Dietzenbach, häufig vor schwierigen Situationen. Dies habe mit den unterschiedlichen Lernvoraussetzungen und sozialen Hintergründen der Schülerinnen und Schüler im jeweiligen Umfeld zu tun. Die GEW fordere daher als Unterstützung für diese Schulen eine Sonderzuweisung von Lehrerstellen nach Sozialindex. Dies könnte beispielsweise die Bildung kleinerer Klassen ermöglichen und die Belastungen für die Lehrkräfte reduzieren.

Zu seiner Vermutung, mit denen, die in anderen Schulämtern keine Stelle bekommen hätten, kämen nun auch vermehrt „schlechte“ Lehrkräfte nach Offenbach, sagte ich ihm, bei einer Auswahl nach Rangliste gehe es nach Noten, die allerdings aus meiner Sicht nicht wirklich ausschlaggebend seien, wie sich jemand im Schulalltag dann tatsächlich macht. (...) Der Journalist sagte darauf, das habe ihm auch ein Elternbeirat gesagt und er wisse, dass in die Noten auch an der Universität erbrachte Leistungen eingerechnet würden, die für die Schulpraxis nicht aussagekräftig seien. Daher hatte ich den Eindruck, seine ursprüngliche Vermutung bezüglich „schlechter“ Lehrkräfte sei damit vom Tisch. (...)

Von meiner Argumentation war in dem Artikel nicht mehr viel wiederzufinden. Der Artikel enthielt die im Gespräch widerlegte Eingangsthese des Journalisten in reißerischer Aufmachung. Die Überschrift lautete: „Wer schlechte Noten hat, probiert's in Offenbach“ Solche Storys haben jedoch Hintergründe in den Erfahrungswelten ihrer Autoren. Möglicherweise wird so ein Schuh draus: Journalisten bewerben sich gern bei bundesweit bekannten renommierten Zeitungen. An zweiter Stelle kommen dann feste Stellen bei seriösen Lokalzeitungen. Wer auch dort abgelehnt wird, nutzt seine Chance bei einem kostenlosen Anzeigenblatt. Die mangelnde journalistische Sorgfalt, mit der der Artikel geschrieben wurde, deutet jedenfalls darauf hin, dass wir es hier nicht mit besonderer Qualität zu tun haben.

Michael Köditz, GEW Offenbach



Gabriele Frydrych auf Lesereise

Im November 2012 kann gefeiert werden. Dann erscheint in der HLZ die 125. Spotlight-Glosse unserer Berliner Kollegin *Gabriele Frydrych*. Auch in Buchform kann man ihre spöttischen Beobachtungen – nicht nur – aus dem Schulalltag erwerben.

GEW-Kreisverbände und andere, die Interesse an einer Lesung mit Gabriele Frydrych haben, können sich mit der Redaktion der HLZ in Verbindung setzen (freiling.hlz@t-online.de).

X Orientierungsarbeiten: Muster ohne Wert

Die Lehrerinnen der dritten Klassen der Frauenhofschule in Frankfurt-Niederad meldeten sich – in Übereinstimmung mit dem Kollegium – zu den diesjährigen Orientierungsarbeiten für die dritten Klassen zu Wort. Die vom Kultusministerium angeordneten Orientierungsarbeiten seien „für unsere Arbeit auf dem Weg zu einer inklusiven Schule nicht hilfreich, sondern schädlich. Die Schülerinnen und Schüler unserer dritten Klassen werden über mehrere Stunden hinweg mit seitenlangen Arbeiten konfrontiert.“ Das Risiko für Einzelne, sich als „Versager“ zu sehen, sei „über die Maßen groß“ und die Ergebnisse „kaum aussagekräftig in Bezug auf die individuelle Leistungsfähigkeit der Schülerinnen und Schüler“. Durchsicht und Korrektur der Arbeiten seien wegen der „schlechten Handhabbarkeit der Korrekturanweisung sehr mühselig“. Weiter heißt es in dem Brief an das Kultusministerium:

„Bisher haben wir mit Klassenarbeiten und Zeugnissen, mit Elterngesprächen und Notendiskussionen in der Klasse viele bewährte Instrumente an der Hand, um den Lernprozess unter Berücksichtigung der Klassensituation und der individuellen Schwierigkeiten zu fördern. Orientierungsarbeiten gehörten und gehören unserer Meinung nach nicht dazu.“

X GEW kritisiert Bericht des Landesrechnungshofs

„Die Forderungen nach Personalabbau im Lehrerbereich und Schulschließungen vor allem im ländlichen Raum im Jahresbericht des Hessischen Rechnungshofs werden dem Stellenwert von Bildung für unsere Gesellschaft in keiner Weise gerecht und zeugen von wenig Sachkompetenz“, erklärte der hessische GEW-Vorsitzende *Jochen Nagel*. Die gesellschaftlichen Kosten, die entstehen, wenn Eltern für ihre Kinder den Chauffeur zu weit entfernten Schulen auf dem Lande spielen müssen oder Schülerinnen und Schüler nicht in notwendigem Maße gefördert werden können, fänden in den „Milchmädchenrechnungen“ des Rechnungshofs keine Berücksichtigung. „Zurückgehende Schülerzahlen müssen zu einer Verbesserung der schulischen Bedingungen genutzt werden“, sagte *Jochen Nagel* nach Vorlage des Jahresberichts.

X Fachpraxislehrkräfte an beruflichen Schulen

Voller Erwartung kamen 80 Fachlehrerinnen und Fachlehrer für arbeits-technische Fächer an beruflichen Schulen zu einer Fachtagung der GEW nach Frankfurt, um ihrem Unmut über ungleiche Behandlung Luft zu verschaffen und das von der GEW Hessen vorgelegte Modell zur Weiterqualifizierung zu diskutieren.

Fachlehrerinnen und Fachlehrer aus verschiedenen Berufsfeldern schilderten ihre vielfältigen Tätigkeiten und die dabei erworbenen Kompetenzen. Sie engagieren sich wie die Studienräte aktiv in innerschulischen Entwicklungsgruppen, in Prüfungsausschüssen, in der Kooperation mit den Betrieben, als Klassenlehrer oder als Ausbilder und Mentoren in der Lehrerausbildung. Auch im Unterricht sehen Schülerinnen, Schüler und Auszubildende keinen Unterschied zwischen „Theorielehrern“ und „Praxislehrkräften“. Dem stehe ein Besoldungsunterschied von bis zu fünf Gehaltsstufen gegenüber. Im Unterschied zu ihren Kolleginnen und Kollegen mit dem Lehramt für berufliche Schulen hätten sie zudem keine Aufstiegsmöglichkeiten.

In seinem Grußwort äußerte *Norbert Herlein*, Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft der Direktorinnen und Direktoren an Beruflichen Schulen in Hessen, Verständnis für den Unmut. Im Rahmen der Lernfeldarbeit sei „die klassische Trennung zwischen fachpraktischen Unterweisungen und kompetenzorientierten Lehr- und Lernformen so nicht mehr möglich“.

Dieter Staudt von der GEW Hessen beschrieb die Eckpfeiler des GEW-Modells: In einer maximal zwei Jahre dauernden Qualifizierungsmaßnahme werden die formal, nonformal und informell erworbenen und nachgewiesenen Kompetenzen jedes Einzelnen erfasst und darauf fußend individuelle Qualifizierungsmaßnahmen bestimmt. Die Arbeitsbelastung soll angemessen berücksichtigt werden. Die Maßnahme schließt mit einer dem Staatsexamen vergleichbaren Prüfung zum Erwerb des Lehramts an beruflichen Schulen ab.

In seinem Schlusswort versicherte *Ralf Becker* vom Vorsitzendenteam der GEW-Fachgruppe Berufliche Schulen, dass die GEW diese Initiative engagiert vorantreiben und dazu Gespräche mit allen politischen Parteien führen wird.

GEW gewinnt

Bei den Personalratswahlen hat die GEW Hessen auf allen Ebenen ihre Mehrheit behauptet und teilweise deutliche Zugewinne verbucht. „Dieses Vertrauen ist für uns Verpflichtung, weiterhin demokratisch, kompetent und streitbar für die Interessen aller Kolleginnen und Kollegen einzutreten und dieses Engagement ständig weiter zu verbessern“, kommentierte Landesvorsitzender *Jochen Nagel* die Ergebnisse mit sichtbarem Stolz.

Bei den Wahlen zum **Hauptpersonalrat der Lehrerinnen und Lehrer** beim Kultusministerium (HPRL) gewann die GEW bei den Beamtinnen und Beamten erstmals mehr als zwei Drittel der Stimmen und baute ihren Stimmenanteil um 1,9 Prozentpunkte aus. Bei den angestellten Lehrkräften (Liste der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer) gewann die GEW 80,5% der Stimmen, 8,7% mehr als vor vier Jahren. Der Abstand zur zweitstärksten Fraktion des DLH (17,1%) beträgt inzwischen mehr als 50%!

Der gestiegene Anteil der Angestellten an der Gesamtwählerschaft führte dazu, dass es im neuen HPRL einen Angestelltensitz mehr (3 statt 2) und einen Beamtensitzen weniger (20 statt 21) gibt. Durch das Hare-Niemeyer-Verfahren zur Berechnung der Sitzverteilung, das die kleineren Gruppierungen bevorzugt, hat die GEW im neuen HPRL trotz gesteigerter Stimmenanteile bei Beamten und Angestellten einen Sitz weniger als in der letzten Legislaturperiode (13 von 20 Beamtensitzen und 2 von 3 Angestelltensitzen).

Bei den Beamtinnen und Beamten wurden gewählt: *Angela Scheffels, Heike Lühmann, Bettina Happ-Rohé, Sigrid Krause, Susanne Hoeth, Monika Frobel, Franziska Conrad, Juliane Kothe, Inge Konradi, Ralf Becker, Stefan Edelmann, Christoph Baumann* und *Peter Zeichner*. Bei den Angestellten wurden *Annette Karsten* und *Rainer Beyers* gewählt. Als Vorsitzende des HPRL wurde *Angela Scheffels* wiedergewählt. Stellvertretende Vorsitzende sind *Heike Lühmann* und *Monika Frobel*. Vorsitzende der GEW-Fraktion sind *Sigrid Krause* und *Franziska Conrad*.

Auch in allen **Gesamtpersonalräten der Lehrerinnen und Lehrer** wurde die GEW-Mehrheit bestätigt und zum großen Teil auch deutlich weiter

Personalratswahlen

ausgebaut. In vier Schulamtsbezirken liegt der Stimmenanteil der GEW über 70% (Frankfurt, Groß-Gerau/Main-Taunus, Main-Kinzig und Gießen/Vogelsberg), in Kassel (Stadt und Land) trotz leichter Verluste weiter über 80%.

Auch bei der Wahl für den **Hauptpersonalrat Verwaltung (HPR)**, der von den Beschäftigten des Kultusministeriums, der Staatlichen Schulämter, des Instituts für Qualitätsentwicklung und des Amts für Lehrerbildung gewählt wird, errang die GEW in der Listenverbindung mit ver.di erneut eine deutliche Mehrheit.

Die gemeinsame Liste von GEW und ver.di gewann 6 Sitze (3 Beamtinnen und Beamte, 2 Arbeitnehmerinnen und 1 Arbeitnehmer), die Liste des Beamtensbunds wie bisher 3 (eine Beamtin, ein Beamter, eine Angestellte). Insgesamt gewann die gewerkschaftliche Liste im Vergleich zu 2008 Stimmen dazu. Das reichte allerdings leider noch nicht zu einem weiteren Sitz.

Für die Liste von GEW und ver.di wurden gewählt: *Christiana Bohn* (GEW), *Karl-Heinz Ernst* (ver.di), *Esther Heck* (ver.di), *Cornelia Rüger* (ver.di), *Margarete Schupp* (GEW) und *Gino Todisco* (ver.di)

Werner Scholz, Gewerkschaftsbeauftragter der GEW im HPR, führt den Erfolg auf die „klaren Positionen“ zurück, die GEW und ver.di während der abgelauenen Wahlperiode kontinuierlich gezeigt und vermittelt haben: „Deshalb konnten sie sich im Wahlkampf auch glaubwürdig darstellen.“ Der HPR werde weiterhin die enge Zusammenarbeit mit den örtlichen Personalvertretungen suchen.

Generationenwechsel im HPRLL

Bei dem Dank der GEW an die Kolleginnen und Kollegen, die durch ihr Engagement in den letzten vier Jahren die Grundlage für den überzeugenden Vertrauensbeweis der Wählerinnen und Wähler gelegt haben, dürfen auch die langjährigen Mitglieder des HPRLL nicht fehlen, die im Lauf der Wahlperiode aus dem HPRLL ausgeschieden sind oder für den neuen HPRLL nicht mehr kandidiert haben. Dieser Dank geht an *Gerd Turk*, *Ulla Hess*, *Wolfgang Schwanz*, *Herbert Storn*, *Carsten Leimbach* und *Roland Ulrich*.

Harald Freiling

Neu gewählt im Mai 2012:

Hauptpersonalrat und Gesamtpersonalräte der Lehrerinnen und Lehrer

Stimmenanteil: nur Beamte Sitze: Beamte und Angestellte (Klammer: Veränderung zu 2008)	GEW (%)	GEW (Sitze)	DLH (%)	UL (%)	VBE (%)
Hauptpersonalrat der Lehrerinnen und Lehrer beim Kultusministerium					
Stimmenanteil (nur Beamte) Veränderung zu 2008	67,5 % (+1,9 %)	15 von 23 (16 von 23)	17,1 % (+0,3 %)	7,9 % (-1,1 %)	7,6 % (-1,1 %)
Gesamtpersonalräte der Lehrerinnen und Lehrer bei den Staatlichen Schulämtern					
Stadt und Landkreis Kassel	80,9 % (-3,6 %)	16 von 19 (16 von 19)	19,1 % (+3,6 %)	0 (+/-0)	0 (+/-0)
Landkreis Hersfeld-Rotenburg und Werra-Meißner-Kreis	67,8 % (-1,0 %)	11 von 15 (11 von 15)	23,0 % (+0,1 %)	0 (+/-0)	9,2 % (+1,0 %)
Schwalm-Eder-Kreis und Landkreis Waldeck-Frankenberg	69,0 % (+0,7 %)	12 von 17 (12 von 17)	21,2 % (-0,2 %)	0 (+/-0)	9,8 % (-0,5 %)
Landkreis Fulda	53,4 % (+2,7 %)	9 von 15 (8 von 15)	31,7 % (-0,6 %)	0 (+/-0)	14,9 % (-2,1 %)
Landkreis Marburg-Biedenkopf	68,7 % (+2,8 %)	10 von 15 (11 von 15)	15,8 % (+0,3 %)	15,6 % (-3,2 %)	0 (+/-0)
Lahn-Dill-Kreis und Landkreis Limburg-Weilburg	57,2 % (+1,1 %)	11 von 19 (11 von 19)	17,2 % (-1,3 %)	8,6 % (-0,7 %)	17,0 % (+0,9 %)
Landkreis Gießen und Vogelsbergkreis	70,5 % (+1,9 %)	14 von 19 (14 von 19)	14,5 % (+0,7 %)	9,3 % (-1,6 %)	5,7 % (-1,1 %)
Hochtaunuskreis und Wetteraukreis	63,0 % (+2,4 %)	13 von 21 (11 von 19)	19,1 % (-1,3 %)	10,1 % (-0,3 %)	7,8 % (-0,9 %)
Rheingau-Taunus-Kreis und Landeshauptstadt Wiesbaden	68,1 % (+1,6 %)	13 von 19 (13 von 19)	22,0 % (-0,2%)	0 (+/-0)	9,9 % (-1,4 %)
Landkreis Groß-Gerau und Main-Taunus-Kreis	78,0 % (+0,3 %)	15 von 19 (13 von 17)	15,4 % (-1,1 %)	0 (+/-0)	6,6 % (+0,8 %)
Stadt Frankfurt am Main	79,2 % (+2,0 %)	16 von 21 (16 von 21)	16,0 % (-1,8 %)	0 (+/-0)	4,8 % (-0,2 %)
Landkreis Offenbach und Stadt Offenbach	61,3 % (+2,2 %)	12 von 19 (12 von 19)	14,8 % (+0,0 %)	11,8 % (-3,9 %)	12,1 % (+1,7 %)
Main-Kinzig-Kreis	72,2 % (+5,6 %)	13 von 17 (12 von 17)	16,9 % (+3,5 %)	0 (-10,0%)	10,9 % (+0,9 %)
Landkreis Darmstadt-Dieburg und Stadt Darmstadt	66,6 % (+2,9 %)	14 von 19 (11 von 17)	15,7 % (-0,2 %)	8,1 % (-2,3 %)	9,6 % (-0,4 %)
Kreis Bergstraße und Odenwaldkreis	62,4 % (+0,1 %)	12 von 17 (10 von 17)	22,0 % (+2,6 %)	0 (+/-0)	15,6 % (-2,7 %)



„Protest-Hauptstadt“ der Welt

Mit Lea im Frühjahr 2013 nach Südafrika

Südafrika in seinen vielfältigen Facetten zu beschreiben, ist gar nicht so einfach. Nicht völlig zu Unrecht wird es in den Reiseführern als „Reiseland der Vielfalt“ und „das schönste Ende der Welt“ betitelt. Und tatsächlich ist Südafrika (mindestens) eine Reise wert. Mich hat es nun bereits zum fünften Mal dorthin gezogen und für das Frühjahr 2013 ist auch eine *lea*-Bildungsreise nach Südafrika in Vorbereitung. Zugleich ist Südafrika auch 18 Jahre nach dem Ende der Apartheid ein weiterhin zutiefst gespaltenes und sozial polarisiertes Land. Exzessiver Reichtum und bittere Armut liegen oftmals nicht weit voneinander entfernt und sind doch zugleich räumlich klar voneinander getrennt – wie *Romin Khan* am Beispiel Kapstadts treffend beschreibt:

„In unmittelbarer Nähe zum Berg liegen die weißen Wohnviertel und die Innenstadt Kapstadts. Im Alltagsverstand wirkt der Berg somit als Fixpunkt für die soziale Topographie der Stadt. Jede/r Kapstädter/in unabhängig von der Hautfarbe weiß, dass sich die eigene soziale Situation zu einem guten Teil danach bemessen lässt, wie weit entfernt man vom Tafelberg lebt. An diesen Verhältnissen hat sich auch über zehn Jahre nach dem offiziellen Ende der Apartheid noch nichts Wesentliches geändert.“

Insbesondere die weiter bestehende Segregation führt dazu, dass nur wenige Kontakte zwischen den Bevölkerungsgruppen entstehen. Im heutigen Südafrika sind es die fortwirkenden ungleichen ökonomischen Verhältnisse, die es in wohlhabenden Stadtteilen unter anderem durch *Gated Communities* und private Sicherheitsdienste erlauben, unerwünschte Personen auf Distanz zu halten und sich vom Rest der Gesellschaft abzuschotten. In Johannesburg sind mittlerweile ganze Wohnsiedlungen und deren Zufahrtsstraßen privatisiert. Südafrika hat 2011 Brasilien als das Land mit der größten sozialen Ungleichheit abgelöst, einige Wissenschaftler sprechen mittlerweile von Südafrikas „Klassenapartheid“.

Carmen Ludwig bei einer Demonstration gegen Leiharbeit und Straßenmaut



Proteste der Armen in den Townships

Von Armut und Arbeitslosigkeit ist weiterhin überwiegend die schwarze Bevölkerung und vor allem die Jugend in den Townships betroffen. In Kapstadt sind eine halbe Million Menschen ohne Zugang zu sanitären Einrichtungen, es fehlen 400.000 Häuser. Korruption und Selbstbereicherung verhindern zudem, dass Häuser und Infrastruktur tatsächlich bei den Armen ankommen. Dementsprechend nehmen die sozialen Konflikte um die Versorgung mit Gemeingütern wie Wasser, Elektrizität und Wohnraum sowie der Widerstand gegen die an Apartheidzeiten erinnernden Zwangsräumungen zu. Der Johannesburg Professor *Peter Alexander* bezeichnete Südafrika deshalb kürzlich sogar als „Protest-Hauptstadt“ der Welt.

Ein Ausdruck dieser sozialen Konflikte sind Landbesetzungen von Obdachlosen und Hüttenbewohnern, die auf freien Flächen Zelte und Hütten errichten. Die Stadtregierung in Kapstadt hat daraufhin sogar eine eigene Polizeieinheit gegründet, die gegen Landbesetzungen vorgeht. *Mzonke Poni* engagiert sich in der Bewegung *Abahlali baseMjondolo* („Wir, die Hüttenbewohner“):

„Die Menschen, die Land besetzen und sich allen Widrigkeiten zum Trotz dafür entscheiden, draußen in der Kälte zu schlafen, machen das nicht freiwillig. Es sind die Verhältnisse, die sie dazu zwingen.“

Die in den Townships verankerten basisdemokratischen Bewegungen wie *Abahlali baseMjondolo* unterstützen die Bewohner dabei, ihren täglichen (Überlebens-)Kampf selbst in die Hand zu nehmen. Sie fordern, dass die in der Verfassung garantierten Rechte auch für die in der Gesellschaft Marginalisierten eingelöst werden (HLZ 11/2011). Dank der großzügigen Spenden auf der Landesdelegiertenversammlung 2011 konnte die GEW Hessen die Arbeit von *Abalali baseMjondolo Western Cape* mit einer Spende in Höhe von 965 Euro unterstützen. Für dieses Zeichen internationaler Solidarität bedankt sich *Mzonke Poni* noch mal herzlich bei der GEW Hessen und den Delegierten der Landesvertreterversammlung.

Gewerkschaften mobilisieren gegen Leiharbeit

Parallel zu den Protesten in den Townships nehmen auch die gewerkschaftlichen Kämpfe zu. Den Höhepunkt in der Geschichte Südafrikas markieren die Jahre 2010 mit 14 Millionen und 2011 mit 30 Millionen Streiktagen. Wenige Wochen nach meinem Umzug von Frankfurt in Südafrikas Hauptstadt Tshwane (Pretoria) hat der Gewerkschaftsdachverband COSATU zu einem der größten Generalstreiks des Landes seit dem Ende der Apartheid 1994 aufgerufen. Hunderttausende Teilnehmer in 32 Städten sind am 7. März dem Aufruf der Gewerkschaften für ein generelles Verbot von Leiharbeit und gegen die Einführung eines Straßenmautsystems in der Provinz Gauteng gefolgt. Die Prekarisierung von Arbeitsverhältnissen

nissen hat in Südafrika ein riesiges Ausmaß angenommen, wie COSATU in einer Presseerklärung schreibt:

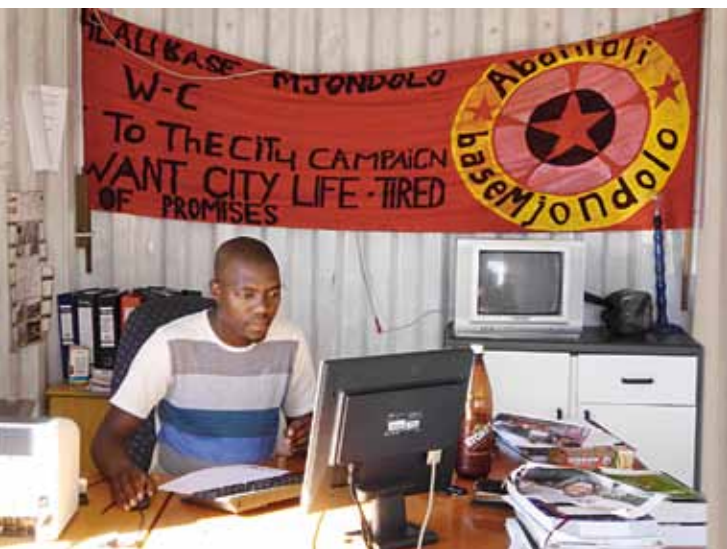
„Unsere Mitglieder sind entschlossen, Leiharbeit zu beenden, eine Praxis, die nicht weniger ist als eine Form von Menschenhandel, die Arbeitnehmer zur Ware macht, verliehen an Firmen wie ein Sack Kartoffel und in der Regel ohne Sozialleistungen, zu Armutslöhnen und ohne Jobsicherheit.“

Unbefristet befristet ist für viele Menschen in Südafrika Realität, wie sich auch beim aktuellen Poststreik in Johannesburg zeigt: Dort streiken seit drei Monaten tausend befristet Beschäftigte, die zum Teil bereits seit mehr als zehn Jahren als Leiharbeiter an die Post „entliehen“ sind! Auch die Schulen sind von dieser Entwicklung nicht ausgenommen: Unsere Partnergewerkschaft, die *South African Democratic Teachers Union* (SADTU), kritisiert ebenfalls die steigende Anzahl befristet eingestellter Lehrer an Südafrikas Schulen.

Auch wenn mittlerweile dem Parlament ein Gesetzesentwurf vorliegt, den Umfang von Leiharbeit auf sechs Monate zu begrenzen, streitet COSATU weiterhin konsequent für ein generelles Verbot und versucht der Prekarisierung Einhalt zu gebieten. Wie offizielle Statistiken zeigen, liegen die Einkommen für die Mehrheit der arbeitenden Bevölkerung unterhalb von 2.500 Rand (circa 250 Euro) im Monat, was auch in Südafrika und angesichts der steigenden Preise insbesondere für Elektrizität und Transport kein auskömmliches Einkommen darstellt. Die inoffizielle Arbeitslosenrate beträgt mittlerweile über 35 Prozent.

2012 ist ein spannendes Jahr hier in Südafrika: Im Dezember entscheidet die ANC-Konferenz darüber, wer bei den nächsten Wahlen in Südafrika als Präsidentschaftskandidat antritt. Der jetzige Präsident *Jacob Zuma*, der mit der Unterstützung der Gewerkschaften ins Amt gekommen ist, ist nicht unumstritten und hat viel an Zuspruch eingebüßt. Bei den in diesem Jahr stattfindenden Gewerkschaftskongressen geht es folglich auch immer darum, die anstehenden Entscheidungen im ANC zu beeinflussen. So ist eine zentrale Forderung von COSATU an den Regierungspartner ANC, den Bergbau sowie weitere Schlüsselindustrien zu verstaatlichen. Derzeit gibt es jedoch wenig Indizien dafür, dass der

Mzonke Poni im Büro von Abahlali baseMjondolo im Township Khayelitsha bei Kapstadt.



27. April 2012: Südafrika feiert den Freedom Day

ANC einen politischen Richtungswechsel hin zu einer stärkeren Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums in Südafrika einleiten wird.

lea-Bildungsreise im Frühjahr 2013

Die Bildungsreise von *lea* bietet eine gute Gelegenheit, die Vielfalt Südafrikas kennenzulernen: Vom 23. März bis 5. April 2013 wollen wir zusammen Südafrika erkunden und uns dabei sowohl mit dem Befreiungskampf gegen die Apartheid als auch mit den sozialen Konflikten und Kämpfen im heutigen Südafrika auf vielfältige Weise auseinandersetzen. Dazu gehören unter anderem Treffen mit ehemaligen Anti-apartheidskämpfern, der Besuch historisch bedeutsamer Orte, Einblicke in die beeindruckende Museumslandschaft Südafrikas und Begegnungen in einem von der GEW unterstützten Häuserbauprojekt, einem Kinderheim sowie einer Schule im Township Masiphumele bei Kapstadt. Zudem wollen wir uns zur Diskussion mit Vertretern der COSATU-Gewerkschaften und mit Aktivisten von sozialen Bewegungen in den Townships treffen. Ein weiteres Thema der Bildungsreise ist die Auseinandersetzung mit Fremdenfeindlichkeit in Südafrika gegenüber afrikanischen Migranten und Projekten gegen Xenophobie. Den Schwerpunkt der Reise bildet Kapstadt, Ankündigung und Programm für die Reise sind Ende August erhältlich.

Sobonana eMzansi! Bis bald, wir sehen uns in Südafrika!

Carmen Ludwig

Carmen Ludwig war von 2005 bis 2011 stellvertretende Landesvorsitzende der GEW Hessen, zurzeit ist sie Stipendiatin der Hans-Böckler-Stiftung, lebt in Südafrika und arbeitet an einer Promotion über die südafrikanische Gewerkschaftsbewegung. Zusammen mit einem südafrikanischen Kollegen bereitet sie die lea-Bildungsreise vor und wird sie vor Ort begleiten.

Jens Erik Armbacher/Romin Khan: Südafrika. Die Grenzen der Befreiung. Verlag Assoziation A. 2010

Mit lea nach Kreta ...

Auch der hoch motivierte Geschichtslehrer, Altphilologe oder aus allerlei anderen Gründen an Studienreisen Interessierte wird „normalerweise“ nicht so häufig nach Kreta reisen wie lea es in den hessischen Herbstferien anbietet – fast jährlich.

Genauso oft war auch derselbe Reiseleiter an Bord: Heinrich Becker, Diplomsoziologe und inzwischen pensionierter Lehrer mit langjähriger Unterrichtserfahrung an einer IGS mit gymnasia-

ler Oberstufe und einem Gymnasium in Frankfurt. Ob die Kreta-Reise mit lea und Heinrich Becker auch im Herbst 2012 zustande kommt oder die letztjährige Sizilienreise eine Neuauflage erfährt, war bei Redaktionsschluss der HLZ noch offen. Trotzdem darf Heinrich Becker in einem HLZ-Titelthema „Reisen“ nicht fehlen. Es lohnt sich nicht nur, ihn zwei Wochen lang als Reiseleiter „auszuhalten“, sondern auch einen Blick hinter die Kulissen einer lea-Studienreise zu werfen.

Die kommende Studienreise wird mein sechster Aufenthalt auf Kreta sein und voraussichtlich nicht der letzte. Die ersten beiden Male reiste ich privat mit meiner Ehefrau auf den üblichen (massen-)touristischen Routen mit vielfältigen, aber auch höchst widersprüchlichen Erlebnissen und Begegnungen. Bei der dritten Reise wollte ich erkunden, ob lea, das Bildungswerk der GEW Hessen, ein anderes, eigenständiges Angebot organisieren könnte, das die unterschiedlichsten Bedürfnisse von Studienreisenden „bedienen“ würde.

Durch die Vermittlung einer Kollegin lernte ich das Ehepaar Pothos-Pöhlmann als Gastgeber in deren Appartement-Anlage in Sissi kennen. Daraus wurden eine dauerhafte Kooperation und ein intensiver Austausch.



Heike Pöhlmann, gebürtig im Fränkischen, und Giorgios Pothos, Archäologe und Tourismus-Verantwortlicher für Ostkreta, haben ihre Ferienanlage *Aeolos* liebevoll ausgestaltet und behüten sie wie ihre Augäpfel (www.sissi-kreta.de).

Giorgios Pothos arbeitet in der archäologischen Ausgrabungsstätte von Malia, dem drittgrößten minoischen Palast und religiösen Zentrum, wo er täglich Besucher auf höchst vergnügliche und lehrreiche Weise in die minoische Kultur einführt. Auf dem Weg zu seiner Arbeit kommt er mit frischem Brot und selbsthergestellten Spezialitäten („von Oma gemacht“) bei seinen Gästen vorbei, gibt nützliche Tipps und „kümmert“ sich rührend um sie. So kommen die Reiseteilnehmer nicht nur mit den Gastgebern, sondern auch untereinander in einen regen Kontakt. Das Frühstück wird in einem Patio an einem langen Tisch gemeinsam eingenommen, für die täglichen Exkursionen stehen Mietwagen zu Verfügung. Abends isst man individuell oder gemeinsam in verschiedenen Tavernen oder beim gemeinsamen Grillfest.

Das Besuchsprogramm umfasst die Jungsteinzeit, die minoische, mykenische und klassische Zeit, die Rückbildung bis zur venezianischen Zeit, die türkisch-osmanische Herrschaft, den Befreiungskampf im ersten Viertel des 19. Jahrhunderts und die Neuzeit. In den letzten Jahren brachte der Bau neuer Fernstraßen viele neue Funde ans Tageslicht. Ein Schwerpunkt ist auch die Verknüpfung Kretas mit der kulturellen Entwicklung in Festlandsgriechenland, in Ägypten und im Nahen Osten.

Bei der Gestaltung des Programms wurde bewusst der Schwerpunkt auf die Region Ostkreta gelegt. Hier befinden sich nicht nur mit Knossos, Phaestos, Malia und Paläokastro die dominierenden Herrschaftszentren in minoischer Zeit, sondern auch Siedlungsgebiete nachfolgender Kulturen, die es in Westkreta in dieser Häufigkeit und Prominenz nicht gibt. Natürlich kann ich der politischen und wirtschaftlichen Entwicklung in Griechenland und Kreta nicht vorgreifen, aber es wird bei der nächsten Studienreise ganz sicher interessant und wichtig sein, die aktuelle Situation kennenzulernen und darüber mit Menschen auf Kreta ins Gespräch zu kommen.

Heinrich Becker

Informationen über das Reiseangebot von lea in den Herbstferien 2012 findet man unter www.lea-bildung.de > Aktuelles Seminarangebot > Reisen

... nach Nicaragua ...

Zum sechsten Mal in Folge bietet *lea* im Herbst eine Studienreise nach Nicaragua an mit dem Ziel, den Teilnehmerinnen und Teilnehmern einen möglichst umfassenden Einblick in eine andere Kultur, in die sozialen und kulturellen Besonderheiten, in das Leben der Menschen vor Ort zu geben.

Als im Oktober 2008 die erste Gruppe mit *lea* nach Nicaragua startete, hätte wohl niemand vermutet, dass am Ende dieser Reise eine Idee geboren würde, die sich nun schon über fast vier Jahre hinweg nachhaltig trägt und den Verein *Tortuga e.V.* hervorgebracht hat, der nun schon 18 Mitglieder zählt. Ziel des Vereins ist, behinderte Kindern in die Schulen und in eine Gesellschaft einzugliedern, in der Behinderte keine Lobby haben.

Nach der Rückkehr von der Reise nahm die Idee schnell konkrete Formen an. Kurz nach der Gründungsphase beschlossen wir, die Vorschule *Coro de Angeles* in Granada, deren Besuch regelmäßig ein Programmpunkt der *lea*-Reisen ist, als Ausgangsbasis für die Integrationsidee zu nutzen. Eine behindertengerechte bauliche Erweiterung des Schulgebäudes wurde geplant und mittlerweile mit Unterstützung des Städtepartnerschaftsvereins Frankfurt – Granada im Frühjahr dieses Jahres umgesetzt.

Das umgestaltete und erweiterte Gebäude wird in einigen Wochen bezogen werden. Eine neue Schulleitung und das fünfköpfige Kollegium werden schwerpunktmäßig auf die Arbeit mit behinderten Kindern vorbereitet. *Tortuga e.V.* unterstützt die Finanzierung der Lehrerstellen und der Fortbildung für die Lehrerinnen und Lehrer.

Auf ihrer Landesdelegiertenversammlung im November 2011 unterstützte die hessische GEW einen Antrag von *Tor-*



tuga mit einem großzügigen Betrag von 3.000 Euro. Damit wurden spezielle Materialien und Gerätschaften für die Arbeit in einer integrativen Schule angeschafft, die nun im Juni per Container nach Nicaragua verschifft wurden.

Vielleicht, so hoffen wir, wird es auch in diesem Jahr wieder interessierte und reisefreudige Menschen geben, die Lust haben, ein wunderschönes Land mit freundlichen, aufgeschlossenen Einwohnern, außergewöhnlichen Städten und Dörfern und einer faszinierenden Flora und Fauna kennenzulernen, sich über sein Bildungssystem zu informieren, interessante Gespräche zu führen und sich vielleicht – so wie wir – ein bisschen in dieses Land zu verlieben!

Christiane Mende, Schillerschule Groß-Gerau

- *Verein Tortuga e.V., c/o Gerhard Walentowitz, Waldschmidtstr. 55, 60316 Frankfurt*

... und nach Kamerun

Der Bildungswert einer Studienreise in dieses afrikanische Land besteht im Kennenlernen von Bereichen des kamerunischen Lebens mit seiner eigenen Kultur und Tradition, aber auch der Ein- und Auswirkungen der (deutschen) Kolonialzeit auf gesellschaftliche Strukturen und das kollektive Bewusstsein der Menschen dort. Die 16-tägige Reise vom 13. bis 28.10.2012 wird uns ermöglichen, geschichtliche Zusammenhänge zu begreifen, die mittelbar auch unsere europäische Identität beeinflusst haben.

Auf einer Rundreise von Douala, der größten Stadt des Landes, über die Hauptstadt Yaounde, in die nordwestliche Region durch Grasland, tropische Wälder und Bergland bis zum Meer können wir etwas erfahren von dem Reichtum und den Problemen des Landes in verschiedenartigen Begegnungen. Wir lernen unterschiedliche Bildungseinrichtungen kennen, erfahren einiges über die interkulturelle Arbeit des Goethe-Instituts, besuchen Chefferien, traditionelle königliche und Häuptlingsstätten, sehen Kunstprodukte auf Märkten, in Museen und im Alltagsleben, erleben rituelle Bräuche, Musik, Masken, Tanz.

Wir fahren durch Tee-, Tabak-, Bananen- und Kaffeeplantagen auf den Spuren, die deutsche Kolonialherren im letzten Jahrhundert hinterlassen haben. Wir verstehen die Hintergründe des Raubbaus von Tropenhölzern und erfahren etwas über Naturschutz und nachhaltige Bildungs- und Kulturprojekte.

Wir werden staunen über den kreativen Umgang der Kameruner mit schwierigen Lebensbedingungen und die Lebendigkeit der Menschen und werden nachdenken über Mentalitäten und Auswirkungen von Entwicklungsprozessen. Möglicherweise werden wir sich ergebende Fragestellungen so reflektieren, dass wir unser europäisches Bewusstsein relativieren. Wir begeben uns auf eine spannende Reise durch äußeres und inneres Neuland, die zum Entdecken und Lernen auffordert – uns selbst und in unserer multiplikatorischen Aufgabe, Erkenntnisse zu vermitteln und bildend zu wirken.

- *Die Reiseleitung hat Maria Ekwe-Ebobisse. Der Reisepreis beträgt 2.730 Euro im Doppelzimmer und 2.890 Euro im Einzelzimmer. Anmeldungen und detaillierte Informationen über den Verlauf der Reise: www.lea-bildung.de > Seminarangebot > Reisen*



Bildung ereignet sich

Südfrankreich: Begegnung mit der Geschichte

Warum reisen so viele engagierte Pädagogen jetzt schon zum fünften Mal fast tausend Kilometer in ein entlegenes südfranzösisches Dorf, um dort deutsch-französischer Geschichte zu begegnen und etwas zu begreifen, was noch immer kaum vorstellbar ist: Verfolgung und Widerstand, Flucht und Rettung, menschliche Verzweiflung und Hoffnung in den zwölf Jahren der Naziherrschaft in Deutschland und Europa?

In La Bégude-de-Mazenc in der Drôme, im nördlichen Teil der Provence, gibt es im alten Teil des Dorfes, auf einem Hügel gelegen, seit nunmehr 50 Jahren das F.I.E.F., das *Foyer International d'Etudes Françaises*, von Ernest Jouhy gegründet, damals noch Lehrer an der Odenwaldschule, später Professor an der Frankfurter Universität. Beide, die Person des Gründers und dieser Ort, laden zu dieser Begegnung mit der Geschichte in ganz besonderer Weise ein: 2008 mit dem Thema „Auf den Spuren von Ernest Jouhy“, 2009 schon weiter ausgreifend „Denk-mal! Erinnern und Gedenken in Deutschland und Frankreich“, 2010 mit dem anspruchsvollen Thema „Widerstand ist Hoffnung – Nachdenken über Kulturen der Widerständigkeit“. 2011 standen „Widerstand und Verfolgung in Vichy-Frankreich“ im Mittelpunkt des von *Helga Roth, Bernd Heyl und Edgar Weick* geleiteten Seminars. In diesem Jahr folgte in konsequenter Fortsetzung das Thema „Die Kinder retten! Ziviler Widerstand im Süden Frankreichs zwischen 1939 und 1944“.

Wer ist Ernest Jouhy?

Ernest Jouhy ist und bleibt der Inspirator dieser Seminare, die von der Bildungsgesellschaft *lea* der GEW Hessen in Kooperation mit der Kreisvolkshochschule Groß-Gerau angeboten werden. Er ist es mit seiner Person, seinem politischen Leben und seiner pädagogischen Profession in einem ganz umfassenden Sinne des Wortes: Mit ihm lassen wir uns

auf historische Erkundungen ein, mit ihm stellen sich Fragen an die Geschichte und noch mehr an menschliches Handeln in der Geschichte, mit ihm wird in diesen Seminaren „menschlenwärts“ gedacht und unsere Verantwortung für eine humane Zukunft der Weltgesellschaft unausweichlich zu einem aktuellen zentralen Thema von Erziehung und Bildung.

Einige der Älteren, die diese weite Reise auf sich genommen haben, hatten das Glück, Ernest Jouhy noch kennenzulernen – als Lehrer, als Professor an der Universität und in diesem Haus der Begegnung in La Bégude.

Ernest Jouhy wurde 1913 als *Ernst Jablonski* in Berlin geboren. Er war bereits in jungen Jahren ein

politisch engagierter Mensch, Mitglied eines deutsch-jüdischen Jugendbundes und sehr früh auch Mitglied in der kommunistischen Jugendbewegung. Sein Studium an der Berliner Universität endete 1933 mit der Machtübergabe an die NSDAP. Mit 20 ging er ins französische Exil, arbeitete in Frankreich als Journalist, schloss sich als Kommunist der Résistance an, war an der Rettung jüdischer Kinder beteiligt und Leiter von Kinderheimen der OSE (*Œuvre de Secours aux Enfants*), einer jüdischen Kinderhilfsorganisation. Kindererziehung und Heimerziehung rückten so bereits unter den Bedingungen der deutschen Besatzung in Frankreich in den Mittelpunkt seiner pädagogischen und wissenschaftlichen Arbeit. 1947 erwirbt er die französische Staatsangehörigkeit, behält aber seinen Tarnnamen „Jouhy“ aus der Zeit der Résistance bei. 1951 kehrte er aus dem Exil nach Deutschland zurück und wird Lehrer an der Odenwaldschule. Erst in dieser Zeit promovierte Jouhy an der Sorbonne. 1961 entsteht das FIEF in La Bégude und Jouhy wird zum unermüdlichen Pendlers in pädagogischer Mission zwischen Deutschland und Frankreich. Von 1969 bis 1979 war er Professor an der Universität Frankfurt, wissenschaftlich engagiert in der Gesellschaft für Individualpsychologie, pädagogisch in der psychosozialen Arbeit und in der Erwachsenenbildung. Er gründet den Studiengang Pädagogik in der Dritten Welt und ist leidenschaftlich präsent, wohin auch immer ihn eine Politik treibt, die sich auf die mühevollere Anstrengung einer Humanisierung der Welt eingelassen hat.

Überleben im Versteck

In unserem Seminar über die Rettung der Kinder im zivilen Widerstand ging es um die Frage nach der bewahrten, geschützten, geretteten Identität von Menschen in einer ihnen fremden Welt und den Versuch, Heimat zu stiften und Heimat zu finden. Die geschichtlich erfahrene „Heimatlosigkeit“ des Juden musste der Hintergrund für alle Fragen bleiben, die sich uns in Jouhys Interviews und in seinem Bekenntnis stellten: „Heimat ist öffentliches Engagement.“

In der Region von La Bégude haben ungezählte Juden ihr Versteck gefunden, hier fanden sie Hilfe und Unterstützung, hier wurde die Rettung als menschliche Tat in einer für uns heute noch immer fast unerklärlichen Selbstverständlichkeit praktiziert. *Jean Morin*, Sohn einer angesehenen Unternehmerfamilie aus Dieulefit, erzählte von seiner Jugend und der schlichten menschlichen Haltung, mit der seine Eltern in der Zeit, in der Juden in besonderer Weise der Verfolgung ausgesetzt waren, das Kind *Isaac Fabrikant* in die Familie aufgenommen haben. Was seine Familie tat, das geschah auch in der Nachbarschaft – und niemand hat darüber geredet, obwohl alle wussten, was sie taten. Isaac hat die Nazizeit überlebt. Der Vater von Jean Morin gehört in der Jerusalemer Gedenkstätte Yad Vashem zu den „Gerechten unter den Völkern“. Er ist in dieser kleinen Stadt Dieulefit nicht der einzi-



Ernest Jouhy 1961 im F.I.E.F. (Foto: Henri Pidoux)

ge, wie wir später in einem Gespräch mit *Anne Lachens* und *Anne Vallaeys* erfuhren.

Das „Überleben im Versteck“ ist inzwischen zu einem ersten Thema in der Literatur geworden. Sie legt Zeugnis ab von einer Erfahrung, über die wir sehr bald nichts mehr von „Zeitzeugen“ hören können. Daher sollten wir uns jetzt bereits damit beschäftigen, in welcher Weise und mit welchem Blick auf die Vergangenheit das „Überleben“ literarisch bearbeitet wird. *Lion Feuchtwanger* hat diese Zeit noch selbst erlebt und in seinem Buch „Der Teufel in Frankreich“ beschrieben. Die Tagebücher von *Hélène Berr*, die selbst auch für die OSE gearbeitet hat, sind ebenfalls noch Zeitdokumente. Doch *Raphael Delpards* Buch „Überleben im Versteck“ und erst recht das in Frankreich weit verbreitete Jugendbuch von *Joseph Joffo* „Ein Sack voll Murmeln“ sowie das inzwischen auch verfilmte Buch von *Tatiana de Rosnay* „Sarahs Schlüssel“ sind literarische Verarbeitungen, die künftig einmal die kollektive Erinnerung an diese Zeit beeinflussen und prägen können. „Sarahs Schlüssel“, in dem auch die Kollaboration der Franzosen mit der deutschen Wehrmacht thematisiert wird, ist in Frankreich ein Bestseller geworden.

Anne Vallaeys hat über das „Wunder von Dieulefit“ ein Buch geschrieben, das 2008 in Frankreich erschienen ist: „Dieulefit ou le miracle du silence“. Bei einer Ausstellung in Paris über die „Gerechten unter den Völkern“ ist ihr aufgefallen, dass alleine aus Dieulefit, einer Kleinstadt mit kaum mehr als 3.000 Einwohnern, sieben Menschen diese israelische Auszeichnung erhalten haben. Mit dem aus dem Talmud stammenden Wort „Gerechte unter den Völkern“ werden nichtjüdische Menschen geehrt, die während der Zeit des Nationalsozialismus Juden gerettet haben. Es entstand ein Buch, in dem das Schweigen über eine humane Selbstverständlichkeit als Voraussetzung für die Rettung zum eigentlichen Thema wurde, das Schweigen als ein sicheres Versteck.

Anne Lachens ist die Enkelin von *Catherine Krafft*, die mit *Marguerite Soubeyran* die prägende Frau der *Ecole de Beauvallon* in Dieulefit war. Von ihr haben wir viel über eine weitere Frau erfahren, die ebenfalls zu den „Gerechten unter den Völkern“ gehört. Sie war in der Zeit der Judenverfolgung die Sekretärin des Bürgermeisters von Dieulefit. *Jeanne Barnier* hat als gerade einmal 20-jährige Frau über tausend Papiere „gefälscht“, um Menschen, die damals in Not waren, zu helfen: Kinder, die in der Stadt versteckt wurden, Menschen, die untertauchen mussten und jetzt mit neuen Papieren mehr oder weniger offen in der Stadt leben konnten. Der damalige Bürgermeister, der der Vichy-Regierung unterstand, wusste von ihrem „gesetzwidrigen Handeln“ und schützte seine Mitarbeiterin vor möglichen Verfolgungen. Viele Menschen in der Stadt wussten vom Aufenthalt der Verfolgten und Schutzsuchenden und schwiegen.

Die Schule in Beauvallon gehört zu den an *Rousseau* orientierten europäischen Reformschulen. Auch hier wurden jüdische Kinder aufgenommen und versteckt gehalten. Diese Schule am Stadtrand von Dieulefit wurde von drei Frauen geleitet, die als wahrhaft einmalige Menschen angesehen werden müssen: *Catherine Krafft*, *Marguerite Soubeyran* und *Simone Monnier*. Simone Monnier starb im April 2010, auch sie wird auf ihrem Grabstein als „Gerechte unter den Völkern“ gewürdigt. Ein „freies Universum“ war diese Schule für die heranwachsenden Kinder und Jugendlichen, in dem Solidarität und Eigenverantwortung buchstäblich gelebt werden konnten.



Denkmal in Izieu für die deportierten Kinder mit Zeilen aus einem Gedicht von John Donne (1572-1631): Jeder Mensch ist ein Stück des Kontinents, ein Teil von allem. Jedes Menschen Tod ist mein Verlust, denn ich bin Teil der Menschheit.“

Besuch der Gedenkstätte von Izieu

Ein Höhepunkt des Seminars war der Besuch der Gedenkstätte von Izieu. Hier, an einem entlegenen Ort an der Rhône am Rande der Alpen, wurden 1943 in einer kleinen Schule von der bereits erwähnten Hilfsorganisation OSE jüdische Kinder untergebracht. Sie fühlten sich in dem von *Sabine* und *Miron Zlatin* geleiteten Haus wohl und geschützt. Im April 1944 verschärften sich die Verfolgungsmaßnahmen der Gestapo. Es wurden Pläne vorbereitet, die Kinder in Familien unterzubringen. Eine Razzia auf Befehl von *Klaus Barbie*, Gestapo-Chef von Lyon, durchkreuzte diese Pläne. Am 6. April 1944 wurden 44 Kinder und sieben ihrer Betreuer festgenommen und abtransportiert. 42 von ihnen fanden ihren Tod in den Gaskammern von Auschwitz, zwei Kinder und der Leiter *Miron Zlatin* wurden in Estland erschossen.

Seit 1994 besteht hier das *Maison d'Izieu, mémorial des enfants juifs exterminés* mit Ausstellungen und Seminarangeboten. Der Besuch hinterlässt einen tiefen Eindruck und stellt Fragen, die uns über den Besuch hinaus beschäftigen werden: Wer waren auf der einen Seite die Menschen, die den Verfolgten geholfen, sie versteckt und nicht wenige von ihnen auch gerettet haben? Wer waren auf der anderen Seite die Täter, die mit einem absoluten Programm der Vernichtung diese wenigen Jahre europäischer Geschichte beherrschen konnten?

Edgar Weick



Auf dem Nibelungensteig

Zu Fuß durch den Odenwald von Zwingenberg nach Freudenberg

Odenwald! Mal wieder eine Odenwaldwanderung? Warum nicht?

Ich besorge mir die vom Odenwaldklub herausgegebene Freizeitkarte des nördlichen Odenwalds. 77 Wandertouren werden vorgeschlagen. 77 unterschiedliche Symbole. Sind wir Deutschen also auch Weltmeister in der Fähigkeit, Symbole für Wanderwege zu erfinden? Mir gefällt das Symbol vom Fränkischen Rotweinwanderweg, doch da wäre die Anreise zu weit. Ich entscheide mich für Zwingenberg an der Bergstraße als Ausgangspunkt. Die Bäume an dem Parkplatz, von dem aus ich zu meiner Wanderung aufbreche, wimmeln von Symbolen, die zum Wandern einladen:

Hier lang, wisper die Raute; nein, nimm mich, murmelt das gelbe Rechteck. Willst du nicht diese hübsche Rundtour versuchen?

Der Überfluss ist die Mutter der Phantasielosigkeit, lese ich bei Günther Anders. Also flott entscheiden.

Ich wähle das N, denn anders als die meisten anderen Zeichen wirkt es frisch gemalt. N für *Nibelungensteig*. 10 Kilometer bis zum Felsenmeer. Dem N lässt sich mühelos folgen, an allen unübersichtlichen Stellen ist es deutlich sichtbar. Ein Mitglied des Odenwaldklubs erklärt mir später die Intention. Der Nibelungensteig soll von Wanderern ohne Benutzung von Wanderkarten begangen werden können. Mir soll es recht sein.

*Leben wie ein Baum, einzeln und frei,
doch brüderlich wie ein Wald,
das ist unsere Sehnsucht. (Nazim Hikmet)*

400 Höhenmeter bis zum 517 Meter hohen Melibokus, dann abwärts zum Parkplatz Schöllrain und wieder 200 Meter Anstieg zum Felsberg, an dessen Südhang das Felsenmeer mit seinen wie wahllos hingepfeffert wirkenden Felsbrocken liegt (Foto). In dem anschaulichen Bändchen „Auf dem Nibelungensteig“ von Rainer Türk, dem offiziellen „Wanderführer des Geo-Naturparks Bergstraße-Odenwald und des Odenwaldklubs“ (Lorsch 2010), wird die Entstehung des Felsenmeeres als „Ergebnis eines Jahrmillionen andauernden Verwitterungsprozesses“ erklärt. Erwähnt wird zudem eine sich um das Felsenmeer rankende Sage. Zwei auf gegenüberliegenden Hügeln lebende Riesen seien in Streit geraten und hätten sich mit Felsbrocken beworfen, mit ungutem Ende für den einen. Mir ist nicht nach Streit zumute, mit Riesen habe ich auch nichts am Hut, ich genieße lieber die vielfältige Landschaft des Odenwalds. Nach dieser ersten Begegnung mit dem Nibelungensteig ist meine Neugier geweckt.

Googeln! Der Nibelungensteig, Bildergalerie, Gaststätten und „Unterkunftsbetriebe“, Angebote. Eines der Pauschalangebote interessiert mich. Acht Tage für 125 Kilometer, individuelle Wünsche werden berücksichtigt. Kontaktaufnahme. Ich präzisiere meine Wünsche. Fünf Übernachtungen, fünf Tagestouren, Gepäcktransfer.

Am Ostermontag geht es von Zwingenberg aus los, am Sonnabend Rückfahrt von Freudenberg am Main. Dazwischen pro Tag etwa 25 Kilometer, mal mehr, mal weniger.

Unterwegs treffe ich zwei Zweiergruppen, die nicht vorher gebucht haben. Die entscheiden während jeder Tagestour, abhängig vom Wetter und ihrer Befindlichkeit, wie lange sie laufen wollen, rufen von unterwegs ein am Nibelungensteig liegendes Gasthaus an. Auch eine Möglichkeit, denke ich, sehe mir deren Rucksäcke an, vergleiche sie mit meinem und bereue nicht, den Gepäcktransfer in Anspruch genommen zu haben. Wenn ich am späten Nachmittag in Hotel oder Pension eintreffe, finde ich meine Reisetasche im Zimmer. Angenehm, der Wechsel der Kleidung nach dem Duschen, ohne im Rucksack rumkramen zu müssen.

Das Wetter so wie ich es mag

Wenn ich die Tour nicht gebucht hätte, wäre ich am Ostermontag vermutlich nicht losgezogen. Wettervorhersage: Schneefall im Mittelgebirge, ansonsten Regen, Dauerregen. Regenklamotten habe ich natürlich dabei. Im Übrigen halte ich es wie der Schäfer in einer Geschichte von *de Mello*: *Dieser Schäfer wird vom Wanderer gefragt, wie das Wetter werde, woraufhin der Schäfer stoisch antwortet: „So, wie ich es gerne habe.“ Der Wanderer fragt verblüfft, woher der Schäfer wisse, dass das Wetter so werde, wie er es liebt. Der Schäfer erklärt ihm, dass er die Erfahrung gemacht habe, nicht immer das zu bekommen, was er wolle und deshalb gelernt habe, das zu mögen, was er bekomme. Deshalb sei er sicher: „Das Wetter wird heute so sein, wie ich es mag.“*

Tatsächlich Schnee, und zwar schon auf dem Melibokus, und es schneit auch auf den danach folgenden Anhöhen der ersten Etappe nach Schlierbach bei Lindenfels. Schnee und Dauerregen stören mich anfangs nicht, später ein wenig, als trotz des Regenschutzes die Nässe in die Kleidung kriecht. Nach der Hälfte der Strecke frisches Zeug aus dem Rucksack – und weiter. Gespräch mit dem Wirt „Zum römischen Kaiser“ in Schlierbach über den Namen des Hauses, das seit dem Jahr 1766 existiert. Versuche, den Ursprung des Namens zu klären, waren bislang vergebens. Der Schäfer hat recht. Jeden folgenden Tag wird das Wetter so, „wie ich es gern habe“. Regen, Kälte jucken mich nicht, über ein paar Sonnenstrahlen kann man sich umso mehr freuen.

Zweite Tagestour: Von Schlierbach, der Ort ist sehenswert wegen der Fachwerkhäuser und dem Friedhof mit „Stichelbrettern“ („weiße Grabbretter mit Dach und aufgemalten Blumen“, schreibt Türk auf Seite 44), nach Hüttenthal zur „Dorfschänke“, wo es, unter uns gesagt, ein hervorragendes Frühstück gibt.

Im Ort Weschnitz stoße ich auf einen denkmalgeschützten Waldfriedhof. Die hölzernen Kreuze sehen nahezu identisch aus. Am Eingang steht eingemeißelt: „Im Tode sind alle gleich.“ Über Gleichheit nach und vor dem Tode lässt

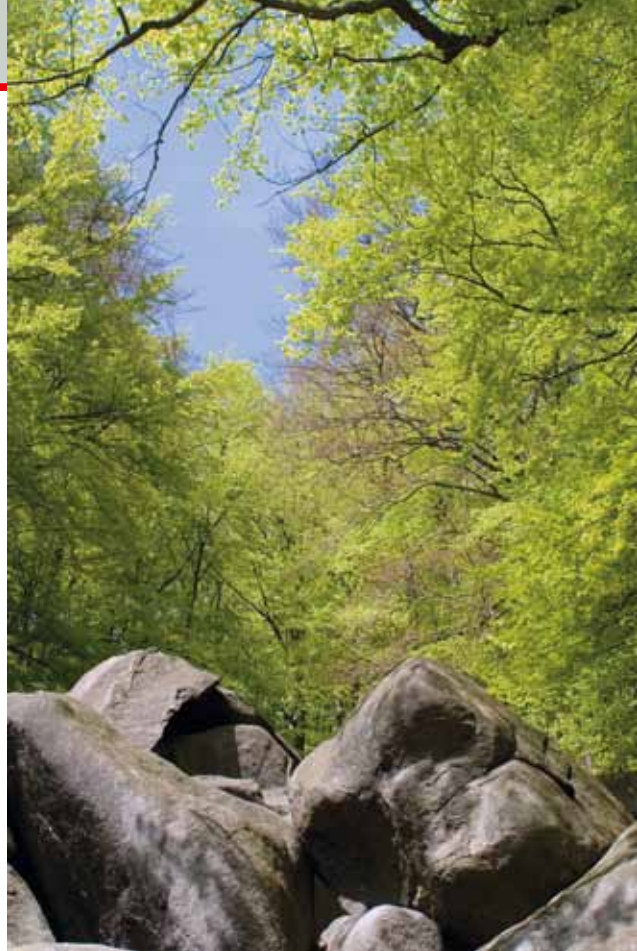
sich trefflich nachdenken, zumal beim unmittelbar folgenden steilen Anstieg zur Walpurgiskapelle, von der man eine großartige Aussicht über das „Odenwaldpanorama von der Neunkircher Höhe im Nordwesten bis zum Otzberg und den langgestreckten Höhenzügen des Buntsandstein-Odenwaldes im Nordosten“ hat (Türk, S. 66). Hinter der Walpurgiskapelle, wo sich eine keltische Kultstätte befunden haben soll, mache ich auf dem Weg zum Kahlberg – dort befindet sich ein Gedenkstein, der an die Grenzziehung der Mark Heppenheim durch Karl den Großen im Jahre 795 erinnert – eine erstaunliche Entdeckung. Den Weschnitzern ist, vermute ich mal, ihr Friedhof ein wenig zu einförmig. Gleichheit im Tode ja, aber die Lebenden wollen sich ihrer Besonderheit versichern. In dem aufgeförmtesten Waldstück finden sich, verstreut im Wald, etliche Baumschilder mit unterschiedlichen Aufschriften. Es wird an die Geburt eines Kindes erinnert, der verstorbenen Oma gedacht und wichtiger Termine im Leben der Familie. Und es finden sich Tafeln mit Versen aus Gedichten, Lebensweisheiten. Ich notiere auf die Schnelle ein paar Inschriften: „*Bäume sind Gedichte, die die Erde an den Himmel schreibt.*“ (Khalil Gibran)

„*Wer einen Baum pflanzt, wird den Himmel gewinnen.*“ (Konfuzius)

„*Leben wie ein Baum, einzeln und frei, doch brüderlich wie ein Wald, das ist unsere Sehnsucht.*“ (Nazim Hikmet)

„*Bevor du geboren wurdest, habe ich von dir geträumt, sagt Gott.*“ (Frère Roger)

Vom Kahlberg ist es nicht weit nach Grasellenbach, auch „Nibelungendorf“ genannt. Am Wegrand stehen in unregelmäßigen Abständen insgesamt 14 Tafeln, auf denen in verdichteter Form über den Nibelungenmythos informiert wird, nacherzählt von *Michael Hahl* im Auftrag von Geo-Naturpark Bergstraße-Odenwald.



Gespräche über Literatur und Bonus-Zahlungen

Der Text wird, das beobachte ich, von den Vorbeikommenden gelesen, teilweise laut, und die Leute kommen ins Gespräch. Gespräche über Literatur.

Der Inhalt der Sage erschließt sich auf den Tafeln Schritt für Schritt. Wie bei einem spannenden Roman das Kapitelenende weckt jede Tafel Neugier, wie die Story weiter geht. Siegfried soll den Nibelungenschatz zwischen den Königsbrüdern Nibelung und Schilbung, die sich über das väterliche Erbe nicht einigen können, aufteilen. Beide Brüder sind mit dem Ergebnis nicht einverstanden. Es kommt zum Streit, wobei Siegfried die beiden kurzerhand erschlägt und so in den Besitz des Nibelungenschatzes gelangt. Er nimmt sich sozusagen seinen Bonus selber, assoziiere ich.

Mit einigen Wanderern komme ich beim Siegfriedbrunnen ins Gespräch. Wieso denn Kriemhild die einzige Stelle, an der Siegfried wegen des Lindenblattes verletzlich sei, Hagen mitgeteilt habe, ausgerechnet Hagen von Tronje? Kopfschütteln. Das musste doch schiefgehen! Mich interessiert das von Kriemhild aufgestickte Kreuz als Symbol menschlicher Verletzlichkeit. Der wunde Punkt! Wenn der getroffen wird!

Gehen, stehen, lesen, reden und weitergehen, stehen, lesen, miteinander reden. Eine Möglichkeit, Literatur unter die Leute zu bringen?

Die Gestaltung der Infotafeln hat mir gut gefallen, die Sprache ist klar und ansprechend, sodass ich, zurück von

der Wanderung, die Kurverwaltung Grasellenbach anrufe. Ich werde mit dem Bürgermeister verbunden. Ich lobe die Tafeln, werde an den Autor verwiesen. Auf der Homepage von *Michael Hahl* (www.proreg.de) kann ich die Texte auf den Infotafeln noch mal in Ruhe nachlesen und mit der Zusammenfassung des Nibelungenliedes in dem Band von Rainer Türk vergleichen. „Der Nibelungen Not“: Siegfried letztlich ermordet, König Gunther getötet, Hagen von Kriemhild geköpft, und Hildebrand erschlägt daraufhin Kriemhild. Keiner der Burgunden überlebte. Soweit die bekannteste deutsche Heldendichtung, die, wenn man will, lehrt, dass es mit unrechtmäßig angeeigneten Schätzen ein übles Ende nimmt. Ob's dem Kapitalismus auch mal so gehen wird?

In Amorbach sehe ich mir das „Adorno-Haus“ („Hotel Post“) an, in dem es ein Adornozimmer geben soll. Die Familie von *Theodor W. Adorno* hat in Amorbach regelmäßig die „Sommerfrische“, wie der Sommerurlaub vormals genannt wurde, verbracht (Adornos „Kindheit in Amorbach“, herausgegeben von Reinhard Pabst).

Letztes Teilstück: Die dreischiffige Pfeilerkirche auf dem Gotthardsberg, Klosterkirche aus dem 13. und 14. Jahrhundert, der Ort Reuenthal, der an den Minnesänger *Neidhart von Reuenthal* erinnert, der eindrucksvolle Ort Monbrunn mit seinen außergewöhnlichen Hofreiten. Beim Abstieg nach Miltenberg dröhnt einem der Verkehrslärm aus dem Maintal entgegen. Was für ein Kontrast zu der vorherigen ländlichen Idylle! Am Main entlang nach Bürgstadt, wo Zeit für eine klitzekleine Weinprobe sein muss. Die letzte Station: Freudenberg. Der Name passt. 125 Kilometer und 4.000 Höhenmeter liegen hinter mir. Im Nachhinein keiner zu viel.

Thomas Adamczak



Kunst in Havanna

Künstlerinnen und Künstler aus 40 Ländern auf der Biennale

Mit der diesjährigen Kunst-Biennale in Havanna vom 11. Mai bis 11. Juni ist dem *Consejo Nacional de Bellas Artes* und dem verantwortlichen Leiter *Jorge Fernandez* ein Gesamtkunstwerk von außerordentlicher, hochqualifizierter und facettenreicher Vielfalt gelungen. 40 Länder der Welt, erstmals auch Europäer, waren eingeladen, unter dem Titel *Artes practicas e imagianarios sociales* (Künstlerische Praktiken und soziale Vorstellungen) an dem kulturellen Geschehen teilzuhaben.

Die Zweimillionenstadt mit allen Stadtteilen ist Schauplatz zahlreicher Installationen, Environments, Performance und Bildender Kunst. Alle von den Juroren ausgewählten kubanischen Künstler und auch Nicht-Geladene öffnen ihre Ateliers, Werkstätten, Kulturzentren, um der Welt zu zeigen, zu welcher kulturellen Hochleistung auch ein relativ armes, vom Wirtschaftsembargo gebeuteltes Land in der Lage ist.

Der Leiter des *Centro Wilfredo Lam* in Alt-Havanna *Jorge Fernandez* weist im Programmheft zu Recht darauf hin, dass der *Conséjo Nacional* mit der Tradition der Pavillons, der Kunstbasare und der Präsentation der bedeutendsten Künstler des jeweiligen Landes brechen und eine ganz andere Biennale präsentieren will. Die Schönheit der öffentlichen Straßen und Plätze von Havanna und das karibische Flair sollen dem Betrachter Genuss, Faszination und Freude bereiten. Die kritischen Installationen, Bilder, Grafiken, Performances und das Theater wollen für eine tolerantere und humanere Welt werben.

Die künstlerischen Darbietungen hatten einen ironischen, sarkastischen bis traurigen Unterton. So fand beispielsweise am 11. Mai zur Eröffnung der Biennale eine Performance vor dem *Capitolio* statt, bei der alte amerikanische „Autoschlitten“ die Form der langgestreckten kubanischen Insel abbildeten. Mit den noch immer fahrtüchtigen Cadillacs vor der

Nachahmung des Kapitols in Washington symbolisierte der Künstler *Ramirez Malberti* eine verrottete und immer noch präsenzte Vergangenheit – mit einem Seitenhieb auf die europäischen Fans amerikanischer Riesenschlitten der fünfziger Jahre, die sich für wenige Dollars durch die armen Stadtviertel von Havanna kutschieren lassen. Der Künstler, der Skizzen der Performance und einige Bilder zum Thema „Kubanische Autowerkstatt“ an einem anderen Ort, den *Cabanas*, präsentierte, macht aus der zwiespältigen Symbolik ein ironisch-humorvolles Kunstwerk. Die US-amerikanische Vergangenheit und die Präsenz der Mafiosi in den fünfziger Jahren ist auch das Thema des Malers *Reynerio Tamayo*. Gangster bevölkern seine spöttische Serie *Gangsters en La Habana*.

Die ausländischen Gäste kamen aus 40 Ländern, die meisten aus Lateinamerika, vor allem aus Brasilien, Mexiko und Argentinien. Die Präsentation dieser Künstler fand vor allem in Alt-Havanna, einem Unesco-Weltkulturerbe, statt: in dem prachtvollen Nationaltheater, auf der Promenade *Paseo del Prado*, an der Meeresuferpromenade *Malecon* und in dem neueren Stadtviertel *Vedado* aus den zwanziger Jahren.

Die von den Juroren eingeladenen kubanischen Künstler stellten vor allem in den Räumen der Festung, den *Cabanas*, am anderen höher gelegenen Ufer der Bahia aus – mit faszinierendem Blick auf die Kulisse Havannas. Vor den Festungsgewölben waren Plastiken des Bildhauers *Betancourt* in Übergröße unter dem Titel *Comparsa* (Statistin) installiert, die der inneren und äußeren Blockade mit surrealen Formen Ausdruck verleihen.

Einige der nichtgeladenen Kubaner – mit einigen bin ich befreundet – stellten kollektiv in der *Galeria Taller de Arte de Cultura de Centro Habana* aus. *Francisco Gordillo* und *Gladys Castaneda* bearbeiten Motive der afrokubanischen Mythologie und verleihen dabei in der *Arte popular* ihren afrikanischen geistigen Wurzeln einen faszinierendem malarischen Ausdruck.

Gladys malt *Yamaya*, die Göttin des Meeres und Beschützerin der Weiblichkeit, mit sieben Brüsten und in der charakteristischen Farbe Blau, *Francisco* den Gott des Friedens *Obatala*, der durch die Farbe Weiß repräsentiert wird und mit der Erde in der Symbolfarbe Braun um Harmonie kämpft. Wer diese Kunst einmal gesehen hat, wird schnell wie ich zum Bewunderer der afrokubanischen Kunst.

Der Brasilianer *Carlito Carvalhae* hatte unter dem Titel *Vulgo* (Publikum) einen riesigen weißen Vorhang im Treppenaufgang des *Téatro Nacional* aufgespannt. Von dem berühmten Kubaner *KCHO* wurde unter dem Titel *La melancholia y la construcción* ein alter Bootssteg gezeigt. Beide Objekte beschwören die vergangene romantische Idylle Kubas herauf. Im Gegensatz hierzu bot die Galerie des Theaters im unteren Bereich zeitgenössische, sozialkritische Kunst.

Steven Cohen aus Südafrika prangerte mit Videoshows, Fotos und seiner Performance in den Straßen von Havanna die Diskriminierung von Transsexuellen und Juden an.

In der gleichen Galerie des Nationaltheaters präsentierte die Gruppe *Mujeres publicas* Videoshows, Installationen,



Reynerio Tamayo: *Gangsters in La Habana*



Ilya und
Emilia
Kabakov:
Barco de
la tolerancia

Fotos und Plakate. Die drei argentinischen Frauen verbinden Kunst und Politik. Sie verteilen Plakate und Fragebögen in den Stadtvierteln argentinischer Städte und diskutieren mit den Menschen über die Ausbeutung und Erniedrigung der Frauen, gegen falsch verstandene Weiblichkeit und den Zwang, um jeden Preis „sexy“ zu sein. Die Plakate werden von den Künstlerinnen selbst an die Hauswände geheftet, ob erlaubt oder nicht. Mit beispielhaften Zeichnungen sind sie für jeden Betrachter in der Welt verständlich. Fragebögen sollen anregen, über soziale und sexuelle Vorurteile nachzudenken, ohne dabei mit erhobenem Zeigefinger Toleranz zu predigen. Die engagierten jungen Künstlerinnen haben sich auch außerhalb von Argentinien einen Namen gemacht (www.mujespublicas.com.ar).

Ein Höhepunkt der Biennale war die Installation *Barco de la tolerancia* des russischen Künstlerduos Ilya und Emilia Kabakov. Das Schiff der Toleranz vor der *Real Fuerza*, der Burg von Alt-Havanna, besteht aus 150 kleinen, von Schülern aus Havanna bemalten Tüchern zum Thema Toleranz, die zu einem großen Segel zusammengefügt sind. Das Schiff selbst ist von den Studenten der Schulwerkstatt *Escuela Taller Gaspara Melchior de Jovellanos* in Zusammenarbeit mit einem Team von Schreibern des englischen *Manchester College* unter der Leitung von *David Harold* gebaut worden.

Das Konzept dieses Artefakts nach der Idee von Ilya und Emilia Kabakov besteht darin, dass die verschiedenen Vorstellungen von Toleranz zu einem Patchwork-Segel zusammengestellt werden. Das Schiff der Toleranz startete 2005 in der Siwa-Wüste in Ägypten und reiste dann weiter nach Venedig, St. Moritz, Sharjah (Vereinigte Arabische Emirate) und Miami (USA).

Dass es auch noch Künstler mit Sinn für Romantik gibt, zeigen die Bilder von *Alberto Lago*, der mit Rosatönen und zartem Blaugrün die Liebe malt. *Ana Falco* präsentierte ihre Bilder, die der Frau und der Liebe huldigen, in ihrem privaten Atelier. Eines der kraftvoll-farbigen Bilder könnte „Die verliebten Geiger“ heißen.

Insgesamt gesehen war die Biennale in Havanna die faszinierendste Welt-Kunstaussstellung, die ich je gesehen habe, mit einem unglaublichen Angebot künstlerischer Hochleistungen in allen kulturellen Bereichen, egal ob es sich um Malerei, Plastik, Installation, Theater oder Performance handelt. Im Gegensatz zur *documenta* in Kassel, wo Kunst ohne Thema präsentiert wird, ging es hier vor allem darum, für eine bessere Welt mittels Kunst und Kultur zu streiten oder zu werben, ohne fantasievolle karibische Genüsse auszulassen: Zwei junge kubanische Künstler haben mit einer Tänzergruppe neue Formen der Präsentation erfunden. Sie nennen sich *Carpinteros* (Zimmerleute) und zeigten im Mai mehrmals auf dem berühmten Paseo de Prado Salsa-Conga-Rhythmen, rückwärts getanzt und gesungen: Ihre Reminiszenz an die vergangene Romantik der wandernden Zimmerleute in schwarzer, auffällig prächtiger Kleidung, mit silbernen Accessoires geschmückt war für das begeisterte kubanische und europäische Publikum ein phantastisches Fest für Augen und Sinne.

Dr. Linda Starbatty

Die Autorin ist Künstlerin, Kunstpädagogin, Kunstführerin und Reiseleiterin (www.linda-starbatty.de). Sie lebt in Frankfurt. Eine lea-Reise nach Kuba in den Herbstferien 2012 musste aus organisatorischen Gründen abgesagt werden. Eine für 2013 geplante Reise wird rechtzeitig im lea-Programm angekündigt: www.lea-bildung.de
> Aktuelles Seminarangebot > Reisen

Literatur mit dem Fahrrad entdecken

Auf den Spuren von Rilke, Büchner, Börner und Goethe

Der literarische Radreiseführer „LiteRadTouren – Radwandern im Literaturland Hessen“ ist ein Gemeinschaftsprojekt von hr2-kultur und ADAC Hessen-Thüringen in Zusammenarbeit mit dem Hessischen Ministerium für Wissenschaft und Kunst und der Hessen Agentur. Er ist kostenlos in den ADAC-Geschäftsstellen und im „Literaturland Hessen“-Büro von hr2-kultur erhältlich (E-Mail: literaturland@hr-online.de). Fünf Themenrouten führen zu Dichtershäusern und literarischen Schauplätzen und folgen den Lebenswegen berühmter Autoren. Stationen sind unter anderem das Brentanohaus in Oestrich-Winkel, das Büchnerhaus in Riedstadt-Goddelau, das Lottehaus in Wetzlar und die Brüder-Grimm-Städte Hanau, Steinau an der Straße und Kassel. Die HLZ dokumentiert die Strecke von Staufenberg über Gießen nach Wetzlar. Eine genaue Streckenbeschreibung und Einzelheiten über Öffnungszeiten und Info-Möglichkeiten findet man in dem Radwanderführer. Die Veröffentlichung erfolgt mit freundlicher Genehmigung der Herausgeber.

Die LiteRadTour von Staufenberg über Gießen nach Wetzlar zeigt Hessen von seiner ländlichen Seite. Den Abstecher nach Rabenau ausgenommen geht es ohne anstrengende Steigungen lahnabwärts auf dem gut ausgebauten Lahntalradweg. Die Strecke beträgt 35 Kilometer (2 Stunden 20 Minuten), mit Abstecher 70 Kilometer (4 Stunden 40 Minuten).

Wer auf den Spuren Rilkes unterwegs ist, erreicht auf dem Abstecher nach Rabenau zwei seiner Lieblingsplätze. Von Schloss Friedelshausen bei Lollar aus, wo der Dichter die Sommer 1905 und 1906 verbrachte, unternahm Rainer Maria Rilke gemeinsam mit Freunden und Verwandten der Gräfin von Schwerin zahlreiche Ausflüge ins Umland. Auch „nach der Rabenau“ und zum Hofgut Appenborn führten einige Landpartien. Im Burggarten Rabenau-Londorf streifte Rilke durch die Gartengänge. Der Landschaftsgarten lädt heute zum Minigolf- und Boule-Spiel ein. Fünf Kilometer weiter östlich liegt das Hofgut Appenborn. Das Gebäude, das noch in seiner originalen Fachwerkgestalt von 1708 erhalten ist, ziert ein Vers des Dichters.

Direkt an der Lahn liegt die Ruine Badenburg. Seit Mitte des 18. Jahrhunderts wird hier eine Gastwirtschaft betrieben. Schon der Dichter und Revolutionär Georg Büchner,

der in Gießen studierte, war hier zu Gast. Bei einem konspirativen Treffen auf der Badenburg beschlossen der Butzbacher Schuldirektor Friedrich Ludwig Weidig, Büchner und andere politische Oppositionelle am 3. Juli 1834 den Druck einer Serie populärer Flugschriften – darunter des „Hessischen Landboten“.

Mit der Stadt Gießen sind viele prominente Literaten verbunden, beispielsweise Ludwig Börne, Ernst Elias Niebergall, Johann Heinrich Merck oder Friedrich Maximilian Klinger, der mit seinem Drama „Sturm und Drang“ einer ganzen Epoche der deutschen Literatur den Namen gab. Sie alle studierten an der traditionsreichen, 1607 gegründeten Universität, die 1946 als Namensgeber der Chemiker Justus Liebig wählte. Georg Büchner war hier seit 1833 im Fach Medizin eingeschrieben. Angetrieben von den Missständen seiner Zeit gründete er in Gießen gemeinsam mit anderen Studenten und Handwerkern eine „Gesellschaft der Menschenrechte“. Die Zusammenkunft auf der Badenburg (s. o.) war ein weiterer Schritt, sich gegen die Unterdrückung durch ein „vermordetes Fürstengeschlecht“ aufzulehnen. Der Druck des „Hessischen Landboten“ hatte für die Verschwörer weitreichende Folgen: Weidig wurde inhaftiert und nahm sich nach mehr als zwei Jahren Haft in einem Darmstädter Gefängnis das Leben. Büchner und andere flohen ins Ausland. Die Häuser, in denen der Sozialrevolutionär, Naturwissenschaftler und Verfasser der Dramen „Woyzeck“ und „Dantons Tod“ in Gießen wohnte, gibt es nicht mehr. Nur eine Gedenktafel an einem der letzten Biedermeierhäuser im Seltersweg 46 erinnert an ihn. Außerdem gehört er zu den in Bronze modellierten „Gießener Köpfen“, die vor dem Alten Schloss und an anderen Standorten in der Stadt zu besichtigen sind. Auf seine Spuren kann man sich unter anderem mit der Führung „Burschen, Büchner und Co.“ begeben, die die Touristeninformation anbietet.

Im Mai 1772 kam der junge Johann Wolfgang Goethe nach Wetzlar. Vom Vater gedrängt, sollte er hier am Reichskammergericht ein juristisches Praktikum absolvieren. Statt dem Studium der Prozessakten gab er sich jedoch lieber seiner Zuneigung zu Charlotte Buff hin. Die Liebe blieb aussichtslos, doch sie ebnete Goethe den Weg als Schriftsteller. Inspiriert von seinen Erlebnissen in Wetzlar verfasste er seinen ersten Roman „Die Leiden des jungen Werthers“. Durch ihn gingen Charlotte Buff und der Legationssekretär Karl Wilhelm Jerusalem, der sich kurz nach Goethes Aufenthalt in Wetzlar wegen einer unglücklichen Liebe umgebracht hatte, als „Lotte“ und „Werther“ in die Weltliteratur ein. Im „Jerusalemhaus“ mit der Zwei-Zimmer-Wohnung von Karl Wilhelm Jerusalem befindet sich auch die „Goethe-Werther-Bücherei“ und die Bibliothek der Wetzlarer Goethe-Gesellschaft.

Nicht nur wegen Goethe kommt man heute nach Wetzlar: Die 1989 eröffnete „Phantastische Bibliothek“ ist mit 200.000 Titeln die weltweit größte öffentlich zugängliche Bibliothek ihrer Art. Gesammelt werden hier alle Science-fiction- und Fantasy-Bücher sowie Märchen, die in deutscher Sprache erscheinen.

Jerusalemhaus in Wetzlar (Foto: Gerd Kittel)



Gorleben und die Folgen

Osterferien 2012: lea-Studienreise ins Wendland

Saggrian – wo liegt das denn? Bereits im Vorfeld der Reise erste Irritationen: Die Deutsche Bahn konnte mir in Frankfurt auch nicht weiterhelfen. Also kaufte ich ein Ticket nach Dannenberg. Dort beschäftigte ich drei Busfahrer, die auch nicht wussten, welche Verbindung die günstigste ist. Ein Taxi brachte mich schließlich ans Ziel, das Tagungshaus des Vereins *Tu Was* in dem Doppeldorf Tüschau-Saggrian. Die anderen Teilnehmerinnen und Teilnehmer saßen bereits bei Kaffee und Kuchen in der Vorstellungsrunde.

Erster Referent war *Martin Donat* von der Grünen Liste, ehemaliger Vizelandrat, der über die politische Situation des Landkreises unter Berücksichtigung des Atommülllagers Gorleben berichtete. Er kritisierte den Rückschritt unter Umweltminister *Röttgen* und den unverantwortlichen Umgang mit Betonteilen aus zerlegten Atomkraftwerken. Die Zunahme von Krebserkrankungen gerade im Umfeld von Atomkraftwerken sei „erschreckend“. Röttgens „Endlagerdialog“ wird von den Aktivistinnen und Aktivisten, die seit 35 Jahren für eine Lösung kämpfen, boykottiert. Der zweite Referent *Boris Freiherr von dem Bussche* (FDP) ist Mitglied des Landesfachausschusses Umwelt. Alternative Standorte für die Endlagerung sollten unter Bürgerbeteiligung geprüft werden.

Das Abendbuffet war ebenso empfehlenswert wie die Atmosphäre in den „luxuriösen“, anheimelnden Zimmern des ehemaligen Bauernhofs, der in Eigeninitiative umgebaut wurde. Am zweiten Tag stellte sich *Christoph Schäfer* von der Bäuerlichen Notgemeinschaft als Bio-Bauer vor, der für uns eben mal seine Arbeit liegen ließ. Seine Organisation ist ein loser Zusammenschluss von Landwirten, die sich mit den Themen Atommüllendlager und Gentechnik befassen. Zum harten Kern gehören 12 bis 15 Menschen, bei größeren Veranstaltungen kommen 40 bis 50 Leute, bei Großdemos oder der Trecker-Fahrt nach Berlin kamen schon mal 800 Teilnehmerinnen und Teilnehmer zusammen. Auch Frauen fahren Traktoren und bilden oft die Spitze bei Aktionen!

Von der LINKEN schilderten *Johanna Voß* (Mitglied des Bundestags) und *Kurt Herzog* (Mitglied des niedersächsischen Landtags) ihre Möglichkeiten der Einflussnahme. Sie setzen auf die Kooperation der Oppositionsparteien. Im Mittelpunkt ihres sozialökologischen Konzepts stehen Energiegenossenschaften und Blockheizkraftwerke.

Nach der Mittagspause gab es eine kurze Stadtführung durch Lüchow, die im Gorleben-Archiv zur Geschichte der Widerstandsbewegung endete. *Asta von Oppen*, GEW- und grünes Ratsmitglied, kritisierte vor allem das Zusammenspiel von Wissenschaft und Wirtschaft, wobei das Wirtschaftsministerium federführend sei. Am Abend bemängelte *Volker Schürg* von der Fachgruppe Radioaktivität der Bürgerinitiative das Fehlen eines Krebsregisters.

Am Donnerstag stand die Fahrt nach Gorleben auf dem Programm. Eine ehemalige Schule dient als Infozentrum der Gesellschaft für Nuklear-Service. Vortrag und Film suggerierten, dass der bevorstehende Besuch der Halle, in der die 111 Castoren eingelagert sind, kein erhöhtes Gesundheitsrisiko mit sich bringe. Die Strahlung werde durch Wissen-

schaftler anhand europäischer Standards regelmäßig kontrolliert.

Nicht alle gingen mit in die Halle, in der wir die Castoren in einigen hundert Metern Entfernung stehen sahen. Die Temperatur war kalt, sicher bedingt durch die Lüftungsschlitze, die in die Hallendecke eingebaut sind. Die ganze Zeit beschäftigte mich die Frage: Wie sicher sind wir, sind die Beschäftigten wirklich? Entspannter waren dann das Mittagessen in einem urigen Gasthaus und die Kaffeepause im Alten Speicher von Dömitz in Mecklenburg-Vorpommern.

Am Freitag ging es bei herrlichem Wetter auf die Räder, um das idyllische Wendland zu erkunden, unter anderem das Kartoffelhaus und das Museumsdorf in Lübeln.

Mein Fazit: Es war ein erkenntnis- und abwechslungsreiches Seminar, das weiter im lea-Programm bleiben sollte – vielleicht dann auch mit einem Vertreter oder einer Vertreterin der SPD und einem Besuch des Salzbergwerkes.

Barbara Ludwig

Das lea-Seminar ließ keinen Zweifel an den Widrigkeiten, denen die Menschen im Wendland bei ihrem Protest seit der Entscheidung von 1979 für ein Atomendlager in Gorleben ausgesetzt sind. Repressalien der Staatsgewalt gegen demonstrierende Landwirte gehören genauso dazu wie die Tatsache, dass in das Endlager bereits 1,4 Milliarden Euro investiert wurden. Bedenken gegen das Endlager in dem Salzstock werden seit Jahrzehnten heruntergespielt, auch die Tatsache, dass sich unter dem Salzstock ein Erdgaslager befindet. Die Strahlenbelastung aus dem Zwischenlager hat den Grenzwert schon überschritten. Die Castorbehälter werden zur Abkühlung für 30 bis 50 Jahre in einem Lagergebäude untergebracht, das weder gegen einen Flugzeugabsturz noch gegen herabfallenden Weltraumschrott gesichert ist. Sie enthalten zudem Plutonium in unbekannter Menge, denn die Castorbehälter bergen Atommüll aus ganz Europa. Die „Aufklärung“ im Besucherzentrum vermittelt den Eindruck, dass in dem Lager, das demnächst von einer zehn Meter hohen Mauer geschützt werden soll, nicht mit einer extrem riskanten Materie gearbeitet, sondern Schokolade hergestellt wird.

Jürgen Jäger



Inklusion in Hessen

GEW initiiert Beobachtergruppe für Umsetzung der Inklusion

Was seit Ende dieses Schuljahres seitens des Kultusministeriums bezogen auf das Recht aller Schülerinnen und Schüler auf inklusiven Unterricht gelaufen ist, kann bestenfalls als chaotisch bezeichnet werden. Die Frage, ob es sich um eine politisch gewollte Verschleppung oder gezielte Verhinderung handelt, darf gleichfalls gestellt werden:

- eine Verordnung, die viel zu spät und dann faktisch heimlich in Kraft tritt
- Förderausschüsse, deren Arbeitsgrundlage nur unzureichend geklärt ist
- völlig unzureichende Ressourcen, die Inklusion – trotz bestehenden Anrechts der Schülerinnen und Schüler sowie ihrer Eltern – gar nicht erst oder nur unter unzureichenden Bedingungen ermöglichen.

Für uns ist deshalb klar: Dieser Prozess erfordert ein koordiniertes Vorgehen unserer Kolleginnen und Kollegen bei der Arbeit in den Förderausschüssen. Er erfordert – mehr noch als vieles andere – die konsequente Beobachtung



und Begleitung durch eine starke GEW-Schulergewerkschaft und weitere Fachleute aus dem Umfeld aller Betroffenen.

Auf diesem Hintergrund haben wir auf zwei überregionalen Arbeitstagen in Frankfurt und Kassel mit Mitgliedern in Förderausschüssen Leitlinien für ihre Arbeit diskutiert und wichtige Strukturen hierfür entwickelt. Auf dieser Basis werden wir bis zum Herbst Richtlinien herausgeben, die alle Mitglieder dieses Gremiums bei ihrer verantwortungsvollen Aufgabe unterstützen.

Dabei sind wir uns bewusst: Richtlinien auf dem Papier können ein Beitrag sein. Gerade in Anbetracht der chronischen Unterfinanzierung der Schulen müssen wir weiter mit massivem Gegenwind gegen eine konsequente Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention rechnen, dem Einzelne auf Dauer nur sehr schwer widerstehen können.

Deshalb planen wir den Aufbau regionaler gewerkschaftlicher Netzwerke, mit denen wir gemeinsam auftreten können. Hierzu wird die GEW im Herbst zu einer Reihe von regionalen Treffen für Förderausschussmitglieder einladen.

Es gilt, den Umsetzungsprozess von Inklusion an den hessischen Bildungseinrichtungen öffentlichkeitswirksam

kritisch zu begleiten. Hierzu haben wir mit der Landesschülervertretung (LSV), dem Elternbund Hessen (ebh), dem Landesbehindertenrat, der Landesarbeitsgemeinschaft Gemeinsam leben – Gemeinsam lernen und der Arbeitsgemeinschaft der Ausländerbeiräte in Hessen (AGAH) eine „Beobachtergruppe“ ins Leben gerufen.

Gemeinsam wollen wir die Öffentlichkeit regelmäßig über das, was in Sachen Inklusion an den hessischen Bildungseinrichtungen geschieht, informieren und politisch Druck für angemessene Umsetzungs- und Arbeitsbedingungen machen. Wir werden weiter darauf drängen, dass Inklusion nicht unter einem Ressourcenvorbehalt stehen darf. Außerdem versteht sich die „Beobachtergruppe“ als Anlaufstelle für Menschen, die sich über nichtgelingende Inklusion beschweren wollen.

Noch im Juni werden wir die Presse in geeigneter Form über unsere Zusammenarbeit informieren. Gleichzeitig soll eine gemeinsame Internetseite an den Start gehen. Ein erster öffentlicher Auftritt in Form eines Berichts über die Situation zum Schuljahresbeginn 2012/2013 ist für Oktober geplant. Jochen Nagel, Birgit Koch und Karola Stötzel, Vorsitzender und stellvertretende Vorsitzende der GEW Hessen



Abschlussprüfung in Deutsch

Entgegnung auf eine Stellungnahme der Martin-Buber-Schule Groß Gerau

Die Stellungnahme der Fachkonferenz Deutsch der Martin-Buber-Schule Groß-Gerau kritisiert das Konzept der zentralen Abschlussarbeiten im Allgemeinen und die Arbeit im Fach Deutsch im Bildungsgang Realschule im Besonderen. Der einleitende Vorhalt, die Abschlussprüfungen hielten an der Unterscheidung in Haupt- und Realschulabschluss fest, obwohl man sich bundesweit immer mehr von der Hauptschule verabschiede, verkennt die Differenz zwischen Schulform und Schulabschluss. Es gibt für das allgemeinbildende Schulwesen in allen Bundesländern nur die drei Abschlüsse Hauptschulabschluss, mittlerer Abschluss und Abitur. Auch die Schülerinnen und Schüler, die integrierte Schulformen besuchen, erhalten einen dieser Abschlüsse, einen IGS-Abschluss gibt es in Deutschland nicht.

(...) Wir gehen davon aus, dass sich die Fachkonferenz auf die den Schulen im Vorfeld zur Vorbereitung zur Verfügung gestellten Aufgabenbeispiele bezieht. Diese stellen explizit keine Musterarbeit dar, sondern hatten die Funktion, die Schülerinnen und Schüler auf möglicherweise für sie neue, gleichwohl in der modernen Deutschdidaktik verbreitete, Aufgabenformate vorzubereiten. Im Folgenden stützen wir unsere Ausführungen auf die am 7.5. 2012 tatsächlich geschriebene Deutscharbeit.

Der erste Vorwurf lautet: „Statt eigenständig zu formulieren, wird angekreuzt.“ Dies senke das Niveau bedenklich und vermeide den „Eigensinn“. Richtig ist, dass im Teil Lesen zwölf von 40 Punkten durch Multiple-Choice-Aufgaben zu erreichen sind. Hierbei handelt es sich um einfache Fragen zu einem elementaren Textverständnis, sie stehen daher im Sinne der Anforderungsprogression am Anfang der Arbeit. Sie haben eine doppelte Funktion: Zum einen sollen sie es schwächeren Schülerinnen und Schülern ermöglichen, den Grundstein für eine zumindest ausreichende Beurteilung zu legen, zum anderen bereiten sie auf eine, in den dann folgenden offenen Aufgaben geforderte, eigenständige Textinterpretation vor. Diese offenen Auf-

gaben lassen, ebenso wie die darauf folgende Schreibaufgabe, den Schülerinnen und Schülern selbstverständlich Interpretationsspielräume, gleiches gilt dann auch für die Lehrkräfte bei der Korrektur. Bei dieser Konzeption war das Verständnis eines gemäßigten Konstruktivismus leitend, der einerseits Spielräume für eine eigenständige Verständnis- und Sinnkonstruktion lässt, andererseits Beliebigkeit vermeidet.

Der zweite Vorwurf, „die isolierte Überprüfung einzelner Fähigkeiten der Schüler“ führe zu „Unfug“, ist haltlos. Gemeint ist hier offensichtlich die Trennung von Lese- und Schreibkompetenz. Die Fairness gebietet es, denjenigen Schülerinnen und Schülern, die Schwächen in der Lesekompetenz haben, eine Chance zu geben, trotzdem ihre möglicherweise vorhandene Schreibkompetenz unter Beweis zu stellen. Die Arbeiten sind daher so aufgebaut, dass die Schülerinnen und Schüler entweder ausgehend von dem Text, der Grundlage der Leseaufgaben war, eine Schreibaufgabe bearbeiten oder aber auf der Basis eines neuen Impulses eine Schreibaufgabe aus dem gleichen inhaltlichen Bereich lösen. Wer also den Lesetext verstanden hat, kann dieses Verständnis in eine weiterführende Aufgabe einbringen, alle anderen erhalten eine zweite Chance.

Ab diesem Jahr stehen den Schülerinnen und Schülern nur noch zwei Texte, die wechselnd aus den Gattungen Sachtext, Prosa und Lyrik stammen, zur Auswahl. Auch diese Reduzierung dient dem Erhalt des Charakters des Deutschunterrichts „als Texte wie Welt deutender, interpretierender Unterricht“. Solange man sicher sein konnte, dass man die Abschlussarbeit in Deutsch durch die Bearbeitung eines Sachtextes bewältigen konnte, bestand die Gefahr einer Verkürzung des Unterrichts auf diese Textsorte. Die Gefahr eines solchen unzulässig verkürzten „teaching to the test“ ist nun erheblich gemindert.

Der dritte Vorwurf lautet, die neue Form der Abschlussarbeiten liefere „ganzheitlichen Interpretationsaufgaben entgegen“ und dies sei für diejeni-

gen Schülerinnen und Schüler, die auf weiterführende Schulen wechseln wollten, ein Problem. Selbstverständlich orientieren sich die Abschlussarbeiten an den Kompetenzen für den mittleren Abschluss. Die Vorbereitung auf die gymnasiale Oberstufe ist vorrangig Aufgabe der gymnasialen Mittelstufen. Gleichwohl sind sowohl die Interpretationsaufgaben im Rahmen des Textverstehens als auch die Schreibaufgaben auch eine geeignete Vorbereitung auf den Besuch weiterführender Schulen. Gerade die berufsbildenden Schulen, die sehr viele Absolventen des mittleren Abschlusses aufnehmen, fordern ein präzises und systematisches Textverstehen auch und besonders von Sachtexten, wie es die neuen Aufgabenformate fördern.

Der Vorwurf, die neuen Aufgabenformate in den hessischen Abschlussarbeiten Deutsch der Realschule verstärken eine Tendenz zu voraufklärerischem Denken und führten offensichtlich bereits im Vorfeld zu „verbreiteten Formen politischer Hoffnungslosigkeit“, ist nicht nachzuvollziehen. Wir glauben, dass die Fähigkeit, Texte präzise verstehen und interpretieren zu können, einen Beitrag zu politischer und gesellschaftlicher Mündigkeit leistet.

Klaus Holstein

Institut für Qualitätsentwicklung, Arbeitseinheit „Zentrale Abschlussprüfungen“

Diskussion geht weiter

Die HLZ veröffentlichte in der Ausgabe 5/2012 verschiedene Stellungnahmen zu den zentralen Abschlussprüfungen und zu den verpflichtenden Vergleichsarbeiten in Grundschulen und der Sekundarstufe I. In dieser Ausgabe veröffentlichen wir zwei Entgegnungen auf die Stellungnahme der Martin-Buber-Schule in Groß-Gerau zur zentralen Abschlussprüfung in Deutsch

- von Klaus Holstein, der die Arbeitseinheit „Zentrale Abschlussprüfungen“ im Institut für Qualitätsentwicklung leitet, und
- von Angelika Schmitt-Röber, Fachberaterin für Deutsch am Schulamt Kassel. Mit den zentralen Lernstandserhebungen befasst sich eine Stellungnahme der Integrierten Gesamtschulen in Frankfurt (S. 23).



Besser als ihr Ruf

Deutschprüfungen fördern individualisierenden Unterricht

Vielen traditionell sozialisierten Lehrerinnen und Lehrern sind die Aufgabenformate der neuen Konzeption der Zentralen Abschlussprüfung (ZAP) Deutsch fremd und „nicht geheuer“. So befürchtet die Deutschfachkonferenz der Martin-Buber-Schule Groß-Gerau (HLZ 5/2012) die „Gängelung der Schülerinnen und Schüler“, spricht von „Unfug“ und unterstellt, dass die neuen Aufgabenformate Tendenzen zu „voraufklärerischem Denken“ und „politischer Hoffnungslosigkeit“ befördern. Wird hier nicht die Wirkungsmacht einer Abschlussprüfung gegenüber den Setzungen des eigenen Unterrichts über Jahre maßlos überschätzt?

Die Kolleginnen und Kollegen übersehen zudem, dass die neue Konzeption gerade das versucht einzulösen, was sie selbst fordern, nämlich eine konzeptionelle Annäherung der ZAP Deutsch für die beiden Bildungsgänge Real- und Hauptschule. Die Differenz liegt nun nicht mehr im Konzept, sondern fast ausschließlich in der Aufgabenschwierigkeit. Dies ist ein Fortschritt gegenüber dem letztlich begabungstheoretischen Vorstellungen verhafteten alten Konzept, das in der Realschule auf Literarisches setzte und in der Hauptschule genau dieses schon fast verbannt hatte. Immer wieder gab es in den Kommissionen Versuche, literarische Texte aus der Hauptschulprüfung ganz zu verbannen: „Wozu braucht ein Azubi denn so was?“ Sollte der Hauptschulabschluss aus dem hessischen Schulsystem verschwinden, dann ist ein Wechsel zum Realschulabschluss – jedenfalls im Blick auf die Prüfungen – nun deutlich einfacher zu bewältigen.

Nach mittlerweile siebenjähriger Erfahrung in der Leitung und Durchführung von Korrekturbesprechungen im Staatlichen Schulamt habe ich einen guten Überblick über die Schwierigkeiten bei den Texten und Aufgaben und über Probleme bei der Korrektur. „Interpretationsspielräume“ für die Lehrkräfte gab es bei der Beurteilung der Texte der Schüler in der Tat, aber nicht weil man individuelle Zugänge zu Texten ermöglichen und positiv

beurteilt wissen wollte, sondern weil Transparenz und Klarheit in den Anforderungsniveaus fehlten. Dies soll das neue Konzept ändern: Schreibkompetenz wird mit dem fachwissenschaftlich und fachdidaktisch gut belegten Modell von *Martin Fix* (2006) erfasst, auf das sich Aufgaben und Korrekturhinweise beziehen. Dessen schreibdidaktische Grundlegung hält nicht nur einer Überprüfung durch die Beurteilungspraxis stand, sondern eröffnet sehr gute Möglichkeiten eines individualisierenden, differenzierenden und kompetenzorientierten Deutsch- und Fachunterrichts.

Eine der Stärken des neuen Konzepts ist die klare Trennung in die Bereiche Leseverstehen und Schreibkompetenz. Um das Leseverstehen zu erfassen und zu testen, müssen die Aufgaben von Schreibaufträgen entlastet werden. So kann die Anforderung an zentrale Tests erfüllt werden, auch wirklich das zu testen, was man vorgibt. Es ist nun nicht mehr so wie früher, dass bei Aufgaben zu Texten durch die Hintertür die Schreibkompetenz oder „Deutungsfähigkeit“ der Schüler überprüft werden.

Die Aufgaben zum Leseverstehen orientieren sich am PISA-Konzept. Das kann man kritisieren, aber zum ersten Mal gibt es in der ZAP Deutsch die Orientierung an einem Basiskonzept. Leider ist das Wissen über die PISA-Kategorien in der Lehrerschaft nach wie vor eher spärlich gesät, von praktischen Anwendungen ganz zu schweigen. Das PISA-Konzept umfasst mit fünf Schwierigkeitsstufen und drei voneinander abgrenzbaren Leseaspekten (Informationen ermitteln, textbezogen interpretieren, reflektieren und bewerten) deutlich mehr als die oft abfällig beurteilte „Informationsaufnahme“. Deutschunterricht soll Jugendliche auf dem Weg zum kompetenten Leser („Meisterleser“) unterstützen. Dazu müssen die Lehrerinnen und Lehrer über die Fähigkeit und die Bereitschaft verfügen, Leseaufgaben in ihren Schwierigkeitsgraden zu erkennen und auch selbst differenzierte, die verschiedenen Leseaspekte berücksichtigende Aufgaben zu entwickeln und im alltäglichen Unterricht für die Texterschließung zu

nutzen. PISA taugt nicht zur Erfassung von literarischen Verstehensprozessen. Aber dafür gibt es meines Wissens in der Deutschdidaktik insgesamt noch keine schlüssigen Antworten, höchstens Annäherungen (K. Spinner 2008).

Die kritisierten Formate sagen nichts über den Schwierigkeitsgrad der Aufgabe aus. Es gibt leichte oder schwere Multiple-Choice-Aufgaben, so wie es leichte und schwere offene Aufgaben gibt. Es gibt herausfordernde und banale Aufgaben – in allen möglichen Formaten. Für zentrale Testungen bedient man sich praktischerweise solcher Formate, in denen die Ergebnisse transparenter und schneller zu bewerten sind. Sollte man sich über die schnellere Korrektur der Leseaufgaben als überlasteter Lehrer nicht freuen können?

Schließen möchte ich diese Überlegungen mit einem Gedanken aus *Thomas Städtlers* gut recherchiertem, immer noch hoch aktuellem Buch „Die Bildungshochstapler“ (2010). Er meint, dass „unsere Lehrpläne um 90% gekürzt werden müssen“, und resümiert im Kapitel zum Fach Deutsch:

„Weil man den Schülern den Zugang zur Literatur und zur Erörterung weltanschaulicher Fragen beibringen will, scheitert man daran, ihnen zuverlässig **LESEN, SCHREIBEN und TEXT-VERSTEHEN** beizubringen. Am stärksten ist die Diskrepanz zwischen Ideal und Realität im Gymnasium ausgeprägt, aber auch die ‚darunterliegenden‘ Schulen sind betroffen.“ (S. 291)

Oder um es in einer chinesischen Weisheit auszudrücken: „Die großen Ziele dürfen die kleinen nicht beeinträchtigen.“

Angelika Schmitt-Röber

Die Autorin ist seit 2004 Fachberaterin Deutsch/Lesen und Fortbildnerin am Staatlichen Schulamt Kassel.

Köster, Juliane (2008), Lern- und Leistungsaufgaben im Deutschunterricht, in: Deutschunterricht 5/2008. Westermann. S. 4ff
Spinner, Kaspar (2008), Lesekompetenz, Vortrag in Speyer 14.2.2008
Fix, Martin (2006), Texte schreiben. Schreibprozesse im Deutschunterricht. Schöningh UTB

Nicht kompatibel

Integrierte Gesamtschulen kritisieren zentrale Lernstandserhebungen

Der Arbeitskreis der Schulleiterinnen der Integrierten Gesamtschulen (IGS) in Frankfurt kritisiert in einem offenen Brief an Kultusministerin Beer, an das federführende Institut zur Qualitätsentwicklung im Bildungswesen in Berlin (IQB) und an das hessische Institut für Qualitätsentwicklung (IQ) die inzwischen auch in Hessen obligatorischen zentralen Lernstandserhebungen. Die HLZ fasst die Stellungnahme in Auszügen und einer redaktionellen Bearbeitung zusammen:

Die Integrierte Gesamtschule (IGS) ist eine Schulform, die seit über 40 Jahren in Hessen besteht und trotzdem im Bewusstsein des Kultusministeriums und des IQ immer wieder marginalisiert wird. Dies gilt auch für die Bildungsstandards, auf die sich die Lernstandserhebungen letztlich beziehen. Hier wird von den Integrierten Gesamtschulen gefordert, dass sie ihre Curricula auf der Basis von drei unterschiedlichen Niveaustufen erstellen. Fächer wie NaWi oder GL sind gar nicht berücksichtigt.

Wir fordern darum entweder eine Nachbesserung der Lernstandserhebungen für unsere Schulform oder aber die Aussetzung der verpflichtenden Durchführung dieser Lernstandserhebungen an der IGS. (...)

Wir möchten hier ausdrücklich nicht auf Inhalte oder kritische Punkte in Bezug auf einzelne Aufgabenstellungen eingehen. Ebenso möchten wir uns nicht über den enormen zeitlichen Korrektur- und Eingabeaufwand beklagen. Es geht uns vielmehr um die Art der Umsetzung und den möglichen Gewinn, welchen wir als Schulform aus den Lernstandserhebungen ziehen könnten, denn für die IGS sehen wir leider sehr wenig bis keinen Nutzen.

Bereits die Erfassung der Schülergruppen und die damit verbundene notwendige Zuordnung zu A-, B- oder C-Gruppen ist mit unserem System nicht kompatibel. Da wir bewusst heterogene Klassen zusammenstellen und diese zum Teil in Erweiterungs- bzw. Grundkursen und binnendifferenziert unterrichten und benoten, fällt die Wahl der Aufgabenhefte schwer. (...) Es bleiben zwei Alternativen, die gleichermaßen unbefriedigend sind:

- Alternative 1: Will man vom Leistungsniveau der Schülerinnen und Schüler ausgehen, muss man virtuelle Gruppen erfinden, indem man jahrgangswweit die „Hauptschulkinder“, die „Realschulkinder“ und die „Gymnasialkinder“ zunächst definiert, dann klassenübergreifend zuordnet, um sie als „Klasse“ anzumelden. (...)
- Alternative 2: Geht man von der real existierenden Gruppe aus, so meldet man die Klasse an und entscheidet sich in der Regel für das Basisheft B. Dies überfordert einige Schülerinnen und Schüler und unterfordert andere. (...)

Auch die Auswertung der Ergebnisse ist für uns nur sehr bedingt aussagekräftig. Auch eine in qualitativer wie in quantitativer Hinsicht differenziert vorbereitete und unterrichtete Klasse an einer IGS erhält eine einheitliche Rückmeldung zum Kompetenzstand der gesamten Lerngruppe. (...) So zeigt auch die Sofortrückmeldung genau das, was die unterrichtenden Lehrerinnen und Lehrer auch ohne Erhebung und Eingabe von Datenmengen bereits wussten.

Wie auf dem Bildungsserver zu lesen, sind die erklärten Ziele der Lernstandserhebungen „interne Evaluation“, „Vergewisserung der Arbeit“, „Schülerförderung“ und „Weiterentwicklung von Unterricht“ in Richtung „Kompetenzorientierung“. Dies sind Ziele, die wir unterstützen und in vielfältiger Art und Weise bereits umsetzen:

- Für die Eingangsdiagnostik und Erfassung von Lernausgangslagen in Klasse 5 nutzen viele Gesamtschulen zeitgemäße Onlinediagnostik, welche von unterschiedlichen Schulbuchverlagen angeboten wird. (...) Zudem erhalten die Schülerinnen und Schüler in der Regel ein individuell abgestimmtes Lern- bzw. Übungsprogramm.

• Unser Interesse gilt weniger dem Leistungsstand einer Klasse oder des Klassendurchschnitts als vielmehr der Lernentwicklung der einzelnen Schülerinnen und Schüler. (...) Hierzu haben die Integrierten Gesamtschulen in unterschiedlicher Ausprägung eine „individuelle Lernzeit“ entwickelt und in den Schulprogrammen fest verankert. (...)

• Die leistungsdifferenzierten Klassen werden in der Regel durch hohe personale Bindungen stabilisiert. Häufig unterrichtet die gleiche Lehrkraft eine Klasse über die gesamten sechs Jahre. So haben wir ein sehr klares und ausdifferenziertes Bild der Leistungen unserer Schülerinnen und Schüler und sind darum von den Ergebnissen der Lernstandserhebung nicht überrascht.

• Wir arbeiten in festen Teams, tauschen uns über Unterricht und pädagogische Förderung der einzelnen Schülerinnen und Schüler und die Verbesserung unseres Unterrichts regelmäßig und intensiv aus. Wir arbeiten kontinuierlich und professionell an der Vergewisserung unserer Arbeit und an der Weiterentwicklung von Unterricht.



Flop des Jahres?

Schulverwaltungsorganisationsstrukturreformgesetz

Die Landtagsfraktionen von CDU und FDP haben Ende April einen Gesetzentwurf „zur Reform der Organisationsstruktur der Schulverwaltung“ eingebracht.

Mit diesem Vorhaben wollen die Regierungsparteien eine neue Landesbehörde aus der Taufe heben und die bestehenden 15 Staatlichen Schulämter, das Amt für Lehrerbildung (AFL) und das Institut für Qualitätsentwicklung (IQ) zu einer gemeinsamen Behörde verschmelzen. Die neue Landesbehörde soll „Landesschulamts und Lehrkräfteakademie“ heißen, abgekürzt „Landesschulamts“ (Landtagsdrucksache 18/5545).

Die ehemalige Kultusministerin Dorothea Henzler (FDP) hatte im November 2011 vor der Landesvertreterversammlung der GEW erklärt, dass der ursprüngliche Gedanke der Regierungsparteien zur Zusammenlegung der 15 Schulämter auf einige wenige (in der Diskussion damals 5 bis 7) fallen gelassen wurde und dass in diesem Entscheidungsprozess die überzeugenden Argumente der GEW zum Erhalt der Schulämter eine bedeutsame Rolle gespielt hätten.

Der jetzt eingebrachte Gesetzentwurf sieht vor, dass die bisherigen Dienstorte der 15 Schulämter, des AFL und des IQ ungeschmälert erhalten werden. In Wiesbaden soll eine Zentrale des Landesschulamtes errichtet werden mit einem Präsidenten, einem Vizepräsidenten und vier Abteilungsleitern in den Besoldungsgruppen B6, B3 und B2. Diese Besoldungsgruppen sind üblicherweise hohen Ministerialbeamten vorbehalten. Dem Landesschulamts soll ein Teil der „operativen Aufgaben“ des Hessischen Kultusministeriums (HKM) übertragen werden, so dass sich das HKM auf strategische Aufgaben wenden können. Was unter „operativen Aufgaben“ zu verstehen ist, soll eine Arbeitsgruppe unter dem Leiter der Zentralabteilung des HKM herausfinden.

CDU und FDP möchten die Leistungen der jetzigen Bildungsbehörden durch „bessere Zuständigkeitsabgrenzungen“ und „mehr Transparenz“ op-

timieren, die „Kommunikationswege klarer machen“, das „Personal gleichmäßiger verteilen“ und *last but not least* „die Schulverwaltungen an die Bedingungen der selbstständigen Schulen anpassen“, so die Begründung des Gesetzentwurfs (S. 32).

Hierarchie statt Synergie

Die Zauberformel des Gesetzentwurfes lautet:

„Mit der Bündelung von überregionalen Verwaltungsaufgaben in einem Landesschulamts werden Synergieeffekte verbunden sein. In welchem Umfang sie auch zu konkreten Einsparungen führen werden, kann zur Zeit nicht beziffert werden. Ziel der Reform ist nicht in erster Linie, Kosten zu reduzieren, sondern Effizienzgewinn.“ (Begründung, S. 2)

Für diese Hoffnung gibt es nicht den geringsten konkreten Hinweis. Vielmehr soll offensichtlich durch die Inthronisierung einer Hausspitze in der Landeshauptstadt und die Anmietung einer repräsentativen Immobilie für das neue „Präsidium“ eine neue Kontrollinstanz innerhalb der Schulaufsicht geschaffen werden.

In der Begründung des Gesetzentwurfes wird auf Stellungnahmen des Hessischen Rechnungshofes und Untersuchungen eines privaten Beratungsunternehmens verwiesen, die eine grundlegende Überprüfung der hessischen Bildungsverwaltung mit den Zielen einer Vereinheitlichung und Standardisierung von Geschäftsprozessen, einer Optimierung organisatorischer Strukturen, einer eindeutigen Abgrenzung von Zuständigkeiten sowie einer gleichmäßigen Personalausstattung nahelegen würden.

Statt diesem Auftrag zur Überprüfung Rechnung zu tragen, schustert die Landesregierung in großer Eile eine Verwaltungsreform zusammen, bei der aufgrund fehlender Analyse von vorneherein vollkommen unklar ist, ob sie die angedeuteten Schwachstellen tatsächlich beseitigt.

Die „Eigenverantwortlichkeit der Schulen“, die in der Einleitung als Grund für dieses Gesetz genannt wird,



benötigt nicht andere Verwaltungsstrukturen auf der Ebene von Kultusministerium und Schulämtern, sondern mehr Ressourcen vor Ort, um den mit der „Eigenverantwortlichkeit“ verbundenen höheren Verwaltungsaufwand zu bewältigen. Insoweit nützt den Schulen diese Reform überhaupt nichts. Es besteht demgegenüber sogar die Gefahr, dass der Aufbau der Hierarchie im Hause der Schulaufsicht durch den Abbau von Planstellen im Schulbereich kostenneutral eingelöst werden soll.

Angriff auf die Lehrerausbildung

Die Studienseminare sollen zu „regionalen Nebenstellen“ des Landesschulamtes werden. Zwar sollen die dortigen Personalräte erhalten bleiben, doch wird die Existenz der 30 bestehenden Studienseminare ausdrücklich nicht gesetzlich gewährleistet, sondern soll im Verwaltungsermessens des HKM verbleiben. Die rechtlichen Regelungen für Ausbilderinnen und Ausbilder sollen aufgehoben werden. Damit greift der Gesetzentwurf übergriffig in die Rechtsverordnung zur Ausbildung der Lehrkräfte ein, um die gesamte Orga-

nisation der Studienseminare und das Dienstrecht für die Ausbilder zukünftig in vereinfachter Weise durch Organisationserlasse und Dienstanweisungen des HKM regeln zu können (Gesetzesentwurf S. 36). Der Gesetzesentwurf trägt mithin die Handschrift von exekutiven Begehrlichkeiten, doch haben die Verfasser aus dem HKM nicht beachtet, dass ihr eigenes Hessisches Lehrerbildungsgesetz von 2005 (HLbG) die nähere Ausgestaltung der pädagogischen Ausbildung und die Rechtsstellung der Ausbilder am Studienseminar und der Mentoren an den Schulen verbindlich in der Form einer Rechtsverordnung verlangt (§ 40 HLbG).

Erst Umsetzung, dann Gesetz

Das HKM hat am 21. Mai 2012 eine Broschüre zur Umsetzung des gesamten Vorhabens herausgegeben. Unter dem Titel „Projekt Landesschulamt – Bildungsverwaltung unter einem Dach“ wird noch vor der Verabschiedung des Gesetzes im Landtag der gesamte Umsetzungsplan für das Landesschulamt

bis zu seiner Errichtung am 1. Januar 2013 erläutert. Ein Lenkungsausschuss, eine Projektleitung, ein Projektbüro, 13 Arbeitsgruppen mit 13 „Arbeitspaketen“ sollen das Gesamtprojekt ans richtige Ufer lenken.

Die Broschüre gibt es auch zwei Wochen nach Erscheinen nur als elektronische Datei. Dadurch sind Spekulationen entstanden, ob sie überhaupt gedruckt werden soll. Noch peinlicher ist die Behauptung der Broschüre, der Gesetzesentwurf der Landtagsfraktionen sei bereits die „rechtliche Grundlage“ für die Errichtung des Landesschulamtes.

Es ist ein politischer Skandal, wenn das HKM das Parlament offensichtlich nur noch als nachgeordnetes Vollzugsorgan betrachtet und seit März 2012 100 Bedienstete an der Umsetzung eines noch nicht beschlossenen Gesetzes arbeiten lässt.

Die Oppositionsparteien haben im ersten parlamentarischen Durchlauf Kritik an der gewünschten Überspitzung des Behördenapparates geübt. Das weitere parlamentarische Verfahren mit weiterer Kritik aus den Reihen der Op-

position, Widerstand aus der Schulaufsicht, Widerstand aus den Studienseminaren gegen die fortschreitende Entrechtlichung, massive Kritik aus der gesamten Lehrerschaft werden den Regierungsfractionen vor Augen halten, dass die Bäume einer solchen Politik nicht in den Himmel wachsen.

Man kann nicht willkürlich mit ärmlichen Begründungen gewachsene Strukturen zerbröseln, dem eine Spitze aufsetzen und unglaublicherweise das Ganze als „Organisationsstrukturreform der Schulverwaltung“ bezeichnen.

Unterdessen wird in privaten Gesprächen auch Kritik aus den Reihen der Behörden laut, so etwa in der Frage an einen Kollegen aus einem Studienseminar, ob er wirklich glaube, dass ein solcher Entwurf Chancen auf Realisierung habe.

Summa summarum kann man bei verständiger Würdigung von Kosten und Nutzen nicht ausschließen, dass dieser Gesetzesentwurf zum Flop des Jahres aufsteigt.

Volrad Döhner, Christoph Baumann

Krankenversicherungsbeiträge auf Stipendien

Wer freiwillig gesetzlich krankenversichert ist, muss den Beitrag auf Grundlage seiner gesamten beitragspflichtigen Einnahmen zahlen. Bei Stipendiatinnen und Stipendiaten gehen die Krankenkassen davon aus, dass das Stipendium im vollen Umfang zu berücksichtigen ist.

Der Beitragsberechnung wird somit nicht nur das Grundstipendium zugrunde gelegt, sondern auch zusätzliche Leistungen wie Familienzuschlag, Kinderbetreuungspauschale und Forschungskostenpauschale.

Nach Urteil des Sächsischen Landessozialgerichtes (LSG) vom 25.1.2012 entspricht dies nicht den gesetzlichen Vorgaben. Ob dem so ist, wird nun als nächstes das Bundessozialgericht zu bewerten haben, wo das Verfahren jetzt fortgeführt wird.

Wir empfehlen betroffenen Stipendiatinnen und Stipendiaten gegen den Bescheid der Krankenkasse entweder Widerspruch einzulegen oder, falls der Bescheid bereits rechtskräftig ist, ei-

nen Antrag auf Überprüfung der Beitragsberechnung nach § 44 SGB X zu stellen.

An der Beitragserhebung wird dies allerdings aktuell nichts ändern. Eine Rückzahlung von Beiträgen kann aber dann erfolgen, wenn die Entscheidung des LSG Sachsen höchstrichterlich bestätigt wird.

Die GEW stellt ein Muster für den Überprüfungsantrag zur Verfügung. Die Begründung kann auch für einen Widerspruch verwandt werden.

Das Muster kann auf www.gew-hessen.de > *Service Recht* > *Mitgliederbereich* abgerufen werden. Bei Rückfragen steht die Landesrechtsstelle gerne zur Verfügung.

Weiterhin empfehlen wir den Flyer des GEW-Vorstandsbereiches Hochschule und Forschung zur Frage der Sozialversicherung für Promovierende. Dieser kann auf www.gew.de > *Bildungsbereiche* > *Wissenschaft* > *Wissenschaftlicher Nachwuchs* heruntergeladen werden.

Rechtsinformationen der GEW

Mitglieder der GEW Hessen haben jederzeit Zugriff auf alle aktuellen Informationen der Landesrechtsstelle der GEW.

Auf der Internetseite www.gew-hessen.de klickt man auf den Button „Service Recht“ und gelangt von dort in den Mitgliedern vorbehaltenen Bereich. Für das Login verwenden Sie als Benutzernamen Ihre Mitgliedsnummer. Sie finden diese zum Beispiel auf dem Adressaufkleber auf der Rückseite jeder Ausgabe der Bundeszeitschrift E&W. Passwort ist Ihr Nachname.

Hier ein kleiner Überblick über aktuelle Informationen aus der Landesrechtsstelle der GEW Hessen:

- Urlaubsanspruch und Altersdiskriminierung: Mehr Urlaub für junge Beschäftigte?
- Jahressonderzahlung 2011 bei aufeinanderfolgenden befristeten Arbeitsverträgen: Anträge stellen
- Teildienstfähigkeit: Neue Zuschlagsregelung in Sicht
- BAT-Lebensalterstufen: Derzeit kein Handlungsbedarf für Beschäftigte



Fragwürdiger Entwurf

Kommt das Praxissemester in Hessen?

Diskussionen über ein „Praxissemester“ für Lehramtsstudierende gibt es schon lange, auch im Landtag und in der Regierungskoalition, jetzt kursiert ein Referentenentwurf für ein Artikelgesetz. Danach soll § 15 des Hessischen Lehrerbildungsgesetzes (HLbG) so geändert werden, dass ein „Halbjahrespraktikum“ die bisherigen Praktika und schulpraktischen Studien ersetzt. Dieser Entwurf ist bereits Gegenstand von Planungsüberlegungen an den Zentren für Lehrerbildung (ZfL) an den hessischen Universitäten. Kolleginnen und Kollegen an den Universitäten sehen den Entwurf kritisch, weil sie sich um Qualität des Lehramtsstudiums sorgen; auch von Schulen werden Befürchtungen geäußert, die Lehrkräfte müssten künftig eine große Zahl von Lehramtsstudierenden ohne Entlastung betreuen. Was hat es mit der geplanten Veränderung der universitären Lehrerbildung auf sich?

Erster Referentenentwurf

Das Halbjahrespraktikum soll nach dem Ende der Vorlesungszeit des 2. oder 3. Fachsemesters liegen:

„Die erste Schulphase des Halbjahrespraktikums im ersten Schulhalbjahr beginnt nach dem Ende der Vorlesungszeit des 2. oder 3. Fachsemesters grundsätzlich am ersten Schultag nach den Sommerferien und endet grundsätzlich am letzten Schultag vor den Herbstferien bzw. am letzten vorlesungsfreien Tag an der Hochschule. Die zweite Schulphase des Halbjahrespraktikums im ersten Schulhalbjahr beginnt grundsätzlich am ersten Montag nach den Herbstferien und endet grundsätzlich am letzten Tag des ersten Schulhalbjahres. Die erste Schulphase des Halbjahrespraktikums im zweiten Schulhalbjahr beginnt grundsätzlich am ersten vorlesungsfreien Tag des 2. oder 3. Fachsemesters nach dem Beginn des zweiten Schulhalbjahres und endet grundsätzlich am letzten vorlesungsfreien Tag bzw. am letzten Tag vor den Osterferien. Die zweite Schulphase des Halbjahrespraktikums im zweiten Schulhalbjahr beginnt grundsätzlich am ersten Tag nach den Osterferien bzw. am ersten Tag der Vorlesungszeit und endet grundsätzlich am letzten

Tag vor den Sommerferien bzw. am letzten Vorlesungstag.“ (§ 15 Absatz 6 des Gesetzesentwurfs)

Während der ersten Schulphase des Halbjahrespraktikums sollen die Studierenden an bis zu 5 Tagen und während der zweiten Schulphase des Halbjahrespraktikums an bis zu 3 Tagen pro Woche anwesend sein:

„An den Tagen der Hochschulpräsenz finden auch schulbezogene Begleitveranstaltungen statt.“ (ebenda)

Die Betreuung des Halbjahrespraktikums soll durch Hochschule und Mentorinnen und Mentoren an den Schulen erfolgen. Vergleicht man die Länge der Praxisphase des Halbjahrespraktikums mit den Praktika und schulpraktischen Studien nach der jetzigen Fassung des HLbG so wird deutlich, dass die Praxisanteile in der 1. Phase nicht etwa verstärkt worden sind. Das Halbjahrespraktikum umfasst etwa 20 Wochen, die Praktika und schulpraktischen Studien nach dem derzeit gültigen HLbG, betragen mindestens 22 Wochen. Da diese aber in verschiedenen Phasen des Studiums angesiedelt sind, sind sie organisatorisch-strukturell praktikabler durchzuführen.

Der Gesetzesentwurf nennt zwei curriculare Zielsetzungen:

- Erweiterung der bis dahin erworbenen fachlichen, fachdidaktischen und pädagogischen Kompetenzen durch eigene, durch Schule und Hochschule begleitete Praxiserfahrungen
- kriteriengeleitete Selbstreflexion im Hinblick auf die Eignung für den Lehrerberuf

Durch die doppelte Zielperspektive fehlt es dem Entwurf an einer klaren didaktischen Stoßrichtung. Ein Halbjahrespraktikum, das der Eignungsfeststellung dient, hat eine andere Funktion als ein solches, das dem Aufbau professioneller Handlungskompetenz in exemplarischen Handlungssituationen dient. Hingegen sind im jetzt gültigen HLbG die didaktischen Funktionen der einzelnen Praktika und schulpraktischen Studien im Hinblick auf die Professionalisierung der Studierenden klar definiert.

Die Überlegung, ein Praxissemester einzuführen, ist vor dem Hintergrund

der gegenwärtigen Debatte um die Reform der Lehrerbildung zu sehen. Im Jahre 2000 kam die von der KMK eingesetzte Terhart-Kommission zu dem Schluss:

„Schulpraktische Studien sind ein wesentlicher Bestandteil der ersten Ausbildungsphase.“ (1)

Allerdings forderte sie auch eine „sachgerechte Einbindung schulpraktischer Studienanteile“. 2005 legte die Kultusministerkonferenz (KMK) in den „Quedlinburger Beschlüssen zur gegenseitigen Anerkennung der Lehramtsabschlüsse“ fest, dass der Anteil der schulpraktischen Studien deutlich zu erhöhen sei. Inzwischen haben Baden-Württemberg, Brandenburg, Hamburg, Nordrhein-Westfalen und Thüringen (Universität Jena) ein Praxissemester eingeführt oder sind dabei, es in die Lehrerausbildung zu implementieren. Im Unterschied zu Hessen ist das Praxissemester in den genannten Bundesländern jedoch zeitlich später verortet: im 2. oder 3. Semester des Magisterstudiums beziehungsweise nach dem Grundstudium in Baden-Württemberg. Die Zielsetzung eines solchen in der zweiten Hälfte des Studiums verorteten Praxissemesters ist eindeutig: Es geht um forschendes Lernen aufgrund von Erfahrungen in der Schulpraxis und um die Weiterentwicklung der im Studium angebahnten Kompetenzen durch Praxiserfahrung.

Mahnende Expertisen

Zur Beurteilung schulischer Praxisphasen im Lehramtsstudium sollten auch die Ergebnisse von Expertisen zur Kenntnis genommen werden. Zwei seien exemplarisch angeführt:

- Die *Baumert-Expertise* von 2007, die Empfehlungen zur Gestaltung der ersten Phase in Nordrhein-Westfalen ausspricht, sieht die Erweiterung von Praxisphasen in der 1. Phase kritisch: *„Voraussetzung für eine qualitätsvolle Durchführung der Praktika sind ihre systematische Vor- und Nachbereitung, ihre Einbindung in ein curriculares, modularisiertes Gesamtkonzept der Lehrerbildung, eine personelle und organisatorische In-*

fraktur auf Hochschuleseite, die es erlaubt, die Praktika in Kooperation mit den Praktikumschulen zu planen. Auch die Praktikumschulen benötigen eine Personalkapazität, die ausreicht, um eine koordinierte Betreuung während des Praktikums anzubieten. Gegenwärtig sieht die Kommission an praktisch keinem Lehramtsausbildungsstandort die curricularen und organisatorischen Voraussetzungen für die qualitätsvolle Durchführung solcher Praktika gewährleistet. Diese Situation verbietet jede weitere Ausweitung von praktischen Studienanteilen.“ (2)

- 2010 legten Ulrike Weyland und Eveline Wittmann vom DIPF dem Hessischen Ministerium für Wissenschaft und Kunst eine Expertise über die Einführung eines Praxissemesters in Hessen vor (3). Sie warnen vor einer Einbindung des Praxissemesters zu einem frühen Zeitpunkt des Studiums und vor „idealisierten Vorstellungen und gegenseitigen Erwartungen bezüglich dem Gelingen und der Intensität der erforderlichen Kooperation“. Auch raten sie von der Einführung des Praxissemesters ohne Herstellung geeigneter Rahmenbedingungen ab. Auf curriculärer Ebene fordern sie „sequentiell und curricular aufeinander bezogene Praxisphasen, die sich an der übergeordneten Zielrichtung der Entwicklung professionellen Lehrerhandelns orientieren und ihren spezifischen curricularen Beitrag leisten“. Wenn ein Praxissemester in die erste Phase eingebaut wird, dann solle diese zu einem späten Zeitpunkt im Studium erfolgen.

Curriculare Kritik

Der vorliegende Gesetzesentwurf zur Ersetzung der schulpraktischen Studien durch ein Halbjahrespraktikum entspricht weder in curriculärer noch in strukturell-organisatorischer Hinsicht den Anforderungen für die Entwicklung von Professionalität im Lehrerberuf:

- Das Halbjahrespraktikum ersetzt bisherige sequentiell und curricular aufeinander aufbauende Praxisphasen, die einen spezifischen Beitrag zum Aufbau von Lehrerprofessionalität leisten.
- Der Gesetzesentwurf vermengt das Ziel der Eignungsüberprüfung mit dem der Erweiterung und Vertiefung von Praxiserfahrung. Eine Ausrichtung am Konzept des forschenden Lernens, dem Spezifikum von Praxisphasen im Studium, ist nicht zu erkennen. Die genannte Zielsetzung der Erweiterung und Vertiefung von Praxiserfahrung ist



dagegen Spezifikum der zweiten Phase. Es fehlt also an einer klaren Zielsetzung für das Halbjahrespraktikum.

- Der frühe Zeitpunkt für das Halbjahrespraktikum im Studienverlauf, verbunden mit der Aufgabe, Praxiserfahrungen zu vertiefen und zu erweitern, steht im Widerspruch zu Praxis und Erfahrungen anderer Bundesländer und zu den Expertisen. Es besteht die Gefahr, dass unter dem Handlungsdruck der Praxis bei den Studierenden Theorieabstanz entsteht und professionelle Reflexionsfähigkeit geradezu verhindert wird.

Strukturelle Kritik

Zum Gelingen des Praxissemesters sind institutionelle und personelle Rahmenbedingungen Voraussetzung: An den Universitäten sind Dauerstellen notwendig zur Sicherung der Kontinuität der Kooperation mit den Schulen. Mentorinnen und Mentoren an den Schulen müssen qualifiziert werden und Anrechnungsstunden für ihre Ausbildungsarbeit erhalten

Die Praktikantinnen und Praktikanten werden in einem sehr frühen Stadium ihres Studiums unterrichtet. Zu diesem Zeitpunkt haben sie weder hinreichend fachliche und fachdidaktische Kompetenz noch professionelle Reflexionsfähigkeit ausgebildet, um den Schülerinnen und Schülern gerecht zu werden. Diese werden zu Versuchsobjekten bildungspolitisch unausgeglichener Reformen.

Forderungen

Die Organisation des Praxissemesters ist in einem Flächenland wie Hessen eine Herausforderung. Voraussetzung für eine Reform der universitären Phase des Lehramtsstudiums sind folgende Bedingungen, die Weyland und Wittmann in ihrer Expertise formulieren:

- Beibehaltung sequentiell und curricular aufeinander aufbauender Praxisphasen
- im Falle der Einführung eines Praxissemesters die Integration in das Gesamtcurriculum zu einem späteren Zeitpunkt des Studiums
- Ausrichtung der Praxisphasen am Konzept des forschenden Lernens, das die Wichtigkeit von Theoriewissen und Selbstreflexion für die Gestaltung der beruflichen Praxis in den Blick der Studierenden rückt
- institutionelle, personelle und finanzielle Rahmenbedingungen, die die erforderliche intensive Kooperation zwischen Hochschulen, Schulen und anderen Partnern, z. B. Studienseminaren, ermöglichen
- Qualifizierung von Mentorinnen und Mentoren, Anrechnungsstunden für ihre Ausbildungs- und Betreuungsarbeit im Rahmen der Praxisphasen
- eine Organisation der schulpraktischen Studien, die für Studierende und die Schulen verkraftbar ist.

Keinesfalls darf eine durch ein misslungenes Halbjahrespraktikum bedingte Verschlechterung der Qualität der Lehrerbildung in der ersten Phase mit einer weiteren Verkürzung in der zweiten Phase einhergehen. So würde man die hessische Lehrerbildung gegen die Wand fahren.

Franziska Conrad

Franziska Conrad leitet zusammen mit Heike Lühmann das Referat Aus- und Fortbildung im Landesvorstand der GEW Hessen.

(1) Terhart, Ewald (Hrsg.): Perspektiven der Lehrerbildung in Deutschland. Abschlussbericht der von der Kultusministerkonferenz eingesetzten Kommission, Weinheim – Basel 2000, S. 107

(2) www.grundschulverband-nrw.de/Ausbildung/Baumert.htm

(3) Weyland, Ulrike/Wittmann, Eveline: Expertise. Praxissemester im Rahmen der Lehrerbildung. 1. Phase an hessischen Hochschulen. Berlin 2010.

Blockupy in Frankfurt

Nicht nur eine Frage demokratischer Grundrechte

Die Internationalen Aktionstage gegen das Spardiktat der Troika aus Europäischer Union (EU), Europäischer Zentralbank (EZB) und Internationalem Währungsfonds (IWF) vom 16. bis 19. Mai 2012 in Frankfurt am Main brachten unter dem Titel „Blockupy – besetzen, blockieren, demonstrieren“ auf facettenreiche Weise die Kritik an der herrschenden Bankenmacht und der unter deutscher Führung eingeleiteten Sparpolitik zum Ausdruck. Bunt und friedlich präsentierte sich die ganze Bandbreite globalisierungs- und kapitalismuskritischer Forderungen von „Bankraub statt Landraub“ bis „Banken in die Schranken“.

Massive Versammlungsverbote

Wenige Wochen vor den Aktionstagen eröffnete die Stadt in einem ersten Gespräch dem Bündnis NoTroika, dass für alle geplanten Veranstaltungen von Mittwoch bis Freitag ein generelles Verbot erteilt werde. Stadtdezernent *Frank* (CDU) argumentierte, „dass eine Versammlung in diesem Ausmaß den Frankfurter Bürgern nicht zumutbar ist“. Auf Antrag der Partei Die LINKE hob das Frankfurter Verwaltungsgericht am

Montag vor Beginn der Aktionstage die Verbote für einen Rave am Mittwochabend und für eine Veranstaltung am Donnerstag auf. Der Hessische Verwaltungsgerichtshof (VGH) bestätigte – wider Erwarten – am Mittwochmorgen alle ursprünglichen Verbote der Stadt. Eine Beschwerde beim Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe wurde aus formalen Gründen abgelehnt, weitere Klagen stehen noch an. Die Demonstrationen, öffentlichen Veranstaltungen und das reichhaltige Kulturprogramm von Mittwoch bis Freitag blieben damit verboten.

Immerhin hoben die Gerichte hunderte Platzverweise auf, die die Polizei präventiv im Vorfeld der Aktionstage gegen Personen ausgesprochen hatte, deren Personalien im Rahmen der Demonstration „Die Krise heißt Kapitalismus“ vom 31. März 2012 festgestellt worden waren. Ohne Strafanzeige und ohne Verhaftung sprach die Polizei illegal Platzverweise für den gesamten Innenstadtbereich an vermeintlich zu einer linksradikalen Szene gehörige Menschen aus. Eine Unschuldsvermutung wurde damit faktisch umgangen! Betroffen waren auch Studierende, die am Mittwoch und Freitag nicht in die

Universität hätten gehen können, da diese sich im Bereich des Innenstadterverbots befand, und Anwohner der Innenstadt, die quasi unter Hausarrest gestellt wurden. Verboten wurden auch eine Kranzniederlegung der Jusos zur Erinnerung an die Opfer von Homophobie und eine Demonstration des Komitees für Grundrechte und Demokratie zur Verteidigung der Versammlungs- und Demonstrationsfreiheit.

Gewerkschafter auf bunter Demo

Am Mittwochmorgen räumte die Polizei das Occupy-Camp vor der EZB, wo 250 Personen friedlich Widerstand leisteten. Am Mittwochabend kamen rund 700 Teilnehmer zu einem Rave an der Hauptwache zusammen, am späten Abend demonstrierten 150 Personen vor dem Campus Bockenheim und wurden von der Polizei festgesetzt. Am Donnerstag wurden Paulsplatz und Römerberg von über 3.000 Demonstranten besetzt. Der Römerberg wurde am Abend friedlich geräumt.

Unter dem Motto „Für ein demokratisches und soziales Europa“ beteiligten sich rund 250 Kolleginnen und



Mit lea im Occupy-Camp

Eine Exkursion mit einem 12er PoWi-Kurs ins Occupy-Camp nach Frankfurt zu unternehmen, ist ein Versuch mit vielen Unbekannten. Die Wucht der ungeschminkten Eindrücke, den Blick in einen offenen Laborversuch einer neuen sozialen Bewegung zu wagen, ist eigentlich das Gegenteil dessen, was Berufspädagogen so gemeinhin tun: didaktisch zu reduzieren, eine stringente und cleane Welt der Argumentation und Anschauungen – wenn auch multiperspektivisch – zu liefern. Stattdessen die interessante Mischung von politischen Aktivisten, Obdachlosen und sich im Camp zuhause fühlenden Sinti und Roma beim Versuch, die Welt neu zu denken. Mit welchem Effekt? Darüber bin ich mir als Lehrerin genauso unsicher wie meine Schülerinnen und Schüler. Doch der Besuch hat sich gelohnt, wir werden wieder kommen.

Manon Tuckfeld
Carl-von Ossietzky-Schule, Wiesbaden

Kollegen der GEW an der 25.000 Personen starken Demonstration am Samstag, dem 19. Mai. Dem „Block“ von GEW, ver.di Stuttgart und DGB-Jugend schlossen sich über 1.000 Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter an und setzten ein deutliches Zeichen gegen die herrschende Politik und in Richtung des DGB, sich ebenfalls kritischer auf Seiten der Globalisierungskritik zu positionieren. GEW-Landesvorsitzender *Jochen Nagel* kritisierte auf der Abschlusskundgebung die massive polizeiliche Repression und die fatale Krisenpolitik der Bundesregierung, die in erster Linie auf Kosten der abhängig Beschäftigten und des Bildungsbereiches geht.

Eine Diskussionsveranstaltung des GEW-Hauptvorstands am Donnerstagabend musste aus dem zentralen Zelt von *attac* ins Ökohaus Frankfurt verlegt werden. Vertreterinnen und Vertreter der Bildungsgewerkschaften FENPROF (Portugal), OLME (Griechenland), SNES (Frankreich) und GEW und des Freien Zusammenschlusses der StudentInnen-schaften (fzs) informierten über die katastrophalen Auswirkungen der Krise und der Zwangsmaßnahmen der Troika auf den Bildungsbereich. So stieg die



Mitglieder der griechischen Bildungsgewerkschaft OLME und der GEW demonstrieren am 19. Mai gemeinsam in Frankfurt.

Arbeitslosigkeit von Lehrkräften in Portugal seit 2009 um mehr als 200 Prozent, in Griechenland wurden mehr als 1.000 Schulen geschlossen. Die Kolleginnen und Kollegen unterstrichen die Bedeutung der transnationalen Solidarität und des gemeinsamen Widerstan-

des der Bildungsgewerkschaften. Auch hier waren die Protesttage nicht nur ein klares Zeichen für das Grundrecht auf Versammlungs- und Demonstrationsfreiheit, sondern auch ein vielfältiger und lauter Protest gegen die herrschende Sparideologie.

Punktsieg für Blockupy?



Beobachtungen eines Teilnehmers

Die Macht der Banken ist gebrochen, eine Finanztransaktionssteuer wird europaweit eingeführt, die deutsche Regierung gesteht ihr Scheitern ein und bekennt sich zu umfassender sozialer Umverteilung. Dies ist selbstverständlich nicht der Fall und auch keine Folge der Blockupy-Aktionstage. Doch sollte der Erfolg der Aktionstage an diesen Zielen gemessen werden? Gemessen an den inhaltlichen Forderungen hat sich seit der ersten Occupy-Demonstration im Jahr 2011 fast nichts bewegt. Dennoch können wir als Kritiker der deutschen Europapolitik und der herrschenden Bankenmacht einen symbolischen Punktsieg verbuchen. Trotz aller Repressionsmaßnahmen wurde das Frankfurter Bankenviertel für dreieinhalb Tage vollends blockiert. EZB, Deut-

sche Bank und zahlreiche andere Investment- und Finanzinstitute schickten ihre Mitarbeiter in den verdienten Zwangsurlaub. Alleine die Ankündigung einer halbtägigen Blockade des Frankfurter Bankenviertels durch eine nicht prognostizierbare Zahl von Aktivistinnen löste einen der größten Frankfurter Polizeieinsätze aus. Über 5.000 Beamte waren im Einsatz, für Aktivistinnen war es gefühlt die dreifache Menge. Tagelang wurden Autos gefilzt, Passanten kontrolliert, Personalien festgestellt, Taschen durchsucht. Und am Rande der Samstagdemonstration wurde der neueste Wasserwerfer vorgeführt.

Ich konnte erahnen, wie es sich anfühlen muss, in einem Polizeistaat zu leben. Von einem Bankangestellten wurde ich verwundert gefragt, warum ich nicht aussähe wie ein gewaltbereiter

Radikaler, sondern eher wie ein Lehrer. Auch er fühlte sich von der Polizeipräsenz belästigt.

Moralisch hat Blockupy gegen die Befürworter der Verbote und der Polizeipräsenz an diesem Wochenende einen Punktsieg erreicht. Die Verbote steigerten die mediale Aufmerksamkeit. In allen Zeitungen wurde von den friedlichen Protesten gegen Bankenmacht in Frankfurt berichtet. Die Auseinandersetzung um Blockupy dokumentiert die Angst der Herrschenden. Bleibt eigentlich nur, weiter für die Zerschlagung der Bankenmacht und für ein soziales und gerechtes Europa auf die Straße zu gehen ...

Tobias Cepok

Referent für Jugendbildung, Hochschule und Forschung der GEW Hessen



Qualität anständig bezahlen

Lehrbeauftragte sichern Unterricht an Musikhochschulen

Musiklehrerinnen und Musiklehrer an allgemeinbildenden Schulen und Musikschulen, Orchestermusiker, Instrumental-Solisten, Sänger, Tänzer, Schauspieler, Regisseure, Kulturmanager – alle, die das deutsche Kulturleben zu einer international wahrgenommenen Größe machen und für die pädagogische Basisarbeit sorgen, werden an Musikhochschulen ausgebildet. Doch deren Lehrkörper besteht zum überwiegenden Teil aus Lehrbeauftragten, an der Frankfurter Hochschule für Musik und Darstellende Kunst zu 64%. Das Prinzip „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ ist in diesen Institutionen gänzlich außer Kraft gesetzt und ersetzt durch die Devise: je billiger und flexibler, desto besser. Dabei übernehmen bei grundsätzlich gleicher künstlerischer oder wissenschaftlicher Qualifikation Lehrbeauftragte an Musikhochschulen identische Lehrtätigkeiten wie Professorinnen und Professoren, sind wie diese autonom verantwortlich für die Ausbildung ihrer Studierenden, zumeist über das ganze Studium hinweg.

Kann man bei Lehrbeauftragten an Universitäten noch von „Nachwuchs“ sprechen, so sind die Lehraufträge an Musikhochschulen „Lebensstellungen“ – mit einer stundenweisen Honorierung, die eine Vielzahl von „Zusammenhangstätigkeiten“ einschließt, und seit Jahrzehnten ohne Angleichung an Tarifsteigerungen des öffentlichen Dienstes. In Frankfurt gab es in 30 Jahren eine einzige Erhöhung um drei Prozent. Von einem existenzsichernden

oder gar standesgemäßen Einkommen ist das weit entfernt, auch dann, wenn der Betreffende mehrere Lehraufträge in verschiedenen Bundesländern wahrnehmen muss.

Die Musikhochschulen sind unter den derzeitigen Bedingungen zur Gewährleistung der Kontinuität in der Lehre auf Lehrbeauftragte angewiesen. Ohne sie würde das nach außen hin glänzende Gebäude sofort zusammenbrechen. Trotz individueller „Bewährung“ über Jahre und Jahrzehnte gibt es keinen Anspruch auf Weiterbeschäftigung über ein Semester hinaus. Die Höhe des Deputats mit einer maximalen Stundenzahl von 8 bis 10 Semesterwochenstunden kann von Semester zu Semester variieren. Planungssicherheit, Mutterschutz, Lohnfortzahlung im Krankheitsfall, Anrecht auf bezahlte Urlaubstage: Fehlanzeige! Trotzdem gibt es keinen Mangel an hoch qualifizierten Kräften, die für die skandalös unterbezahlte Arbeit mit hochbegabten Musikern, Schauspielern, Tänzern oder Musikpädagogen zur Verfügung stehen. Für die Arbeit auf dem Niveau einer Musikhochschule gibt es keine Alternative. So greift das kapitalistische Prinzip von Angebot und Nachfrage auch im öffentlichen Dienst. Potenzielle Nachfolger stehen immer schon in den Startlöchern. Angenehm für die Institution, die nicht mit Arbeitskämpfen zu rechnen hat, denn die Angst vor dem Verlust des immerhin prestigeträchtigen Lehrauftrags erstickt jegliche Streikvision!

„Frankfurter Resolution“

Diesen Missstand zu beheben ist die im Januar 2012 gegründete *Bundeskongferenz der Lehrbeauftragten an Musikhochschulen (bklm)* angetreten. Als Zusammenschluss der Lehrbeauftragten aller deutschen Musikhochschulen hat sie eine bemerkenswerte solidarische Kraft entwickelt und mit ihrer „Frankfurter Resolution“ große Aufmerksamkeit erregt. Die Forderungen nach einer sofortigen Anhebung und Dynamisierung der Honorare und der Umwandlung eines erheblichen Teils

der Lehraufträge in feste (Teilzeit)-Stellen finden die Unterstützung aller Musikverbände, Gewerkschaften, der meisten Rektoren und der Politik.

Nachdem seit Jahrzehnten kein Anlass zu bestehen schien, das einwandfrei funktionierende System der Billiglehre zu ändern, ist es den Aktivitäten der *bklm* zu verdanken, dass parallel an allen 24 Musikhochschulen endlich Bewegung in die Sache kommt. Anfragen und Initiativen in den Landtagen einiger Bundesländer lassen Hoffnungen auf eine langfristige Veränderung aufkeimen. Auch in Hessen signalisieren Kulturpolitiker aller Fraktionen, das Problem erkannt zu haben.

Aus eigener Kraft können die Hochschulen die längst überfälligen Reformen nicht schultern.

Carola Schlüter

Die Autorin ist Vertreterin der Lehrbeauftragten an der Frankfurter Hochschule für Musik und Darstellende Kunst Frankfurt und stellvertretende Sprecherin der *bklm*.

Fotowettbewerb Romantik

Hessen ist die Heimat der Romantik. Hier trugen die Brüder *Grimm* vor 200 Jahren ihre Märchen zusammen und hier schwärmten die Geschwister *Brentano* für die malerische Landschaft am Rhein.

Fotos, die das Lebensgefühl dieser Zeit widerspiegeln oder romantische Orte in Hessen zeigen, werden jetzt bei dem Fotowettbewerb „Romantik – Eine fotografische Spurensuche im Literaturland Hessen“ gesucht. Veranstalter sind hr2-kultur und hr-online, die FAZ und das Photokontor Kittel. Einsendeschluss ist der 15. November. Die Preise werden beim vierten hessenweiten „Tag für die Literatur“ am 25. Mai 2013 in Frankfurt verliehen. Auf die Gewinner warten Preise in Höhe von insgesamt 7.000 Euro.

• weitere Informationen unter Tel. 069-155-4960 oder im Online-Special www.literaturland.hr-online.de



Koffer packen

Ein Gedankenexperiment als Horrorszenerario

Rechtspopulistische Bewegungen in Europa, die Sarrazin-Debatte sowie die in Umfragen regelmäßig von über 50% der Befragten vertretene Auffassung, wir hätten zu viele „Ausländer“ in Deutschland, veranlassten die Autoren *Pitt von Bebenburg* und *Matthias Thieme*, in ihrem Buch „Deutschland ohne Ausländer“ einmal durchzuspielen, was passieren würde, wenn die rund 7 Millionen „Ausländer“ von heute auf morgen ihre Koffer packen und Deutschland verlassen müssten.

Nach Finanzkrise, Rezession, Währungsreform und Abschaffung des Euro ist in Deutschland eine rechtspopulistische Regierung an die Macht gekommen. Nachdem ein Referendum dies durch eine eindeutige Mehrheit legitimiert, fordert sie alle in Deutschland lebenden „Ausländer“ zur Ausreise auf: Das Land müsse sich fortan „ganz auf die Förderung seiner Kernbevölkerung konzentrieren“.

Der Exodus wird von Berliner Regierungsstellen generalstabsmäßig geplant und abgewickelt. An einem Stichtag im Juli verlassen Millionen von Ausländern Deutschland per Bus, Zug und Flugzeug oder Auto. Der ADAC meldet lange Staus auf den Autobahnen ...

Auf der Grundlage statistischer Fakten werden unterschiedliche Optionen des Ausgangsszenarios durchgespielt, auf verschiedene Wirtschafts- und Lebensbereiche herunter gebrochen und auf diese Weise konkret und anschaulich in ihren kurzfristigen und Langzeitfolgen dargestellt.

Von Bebenburg und Thieme sind durch langjährige journalistische Tätigkeit mit dem Neusprech der politischen Klasse vertraut. Ihr „Szenario“ wirkt daher bedrückend realistisch und wirft beim Lesen die bange Frage auf: Könnte das irgendwann Realität werden?

Das Vertrauen beider Autoren in den „viel gerühmten demokratischen Rechtsstaat“ scheint nicht so hoch entwickelt, dass sie die von ihnen skizzierte Entwicklung gänzlich ausschließen. 40 Vertreterinnen und Vertreter aus Wirtschaft und Verbänden, namhafte Wissenschaftler, Schriftsteller und Politiker

unterschiedlicher Parteien waren bereit, mögliche Folgen des von ihnen angenommenen Szenarios zu beleuchten.

Das methodische Vorgehen der Autoren überzeugt. Den Leserinnen und Lesern wird abverlangt, die dumpfe, gleichwohl verbreitete Ansicht „Ausländer raus“ in all ihren katastrophalen Konsequenzen zu Ende zu denken:

- Der Zusammenbruch des Pflegebereichs führt zu früherem Sterben.
- Der Exodus im Gebäudereiniger-Handwerk würde zu einem gnadenlosen Absenken von Hygienestandards führen.
- Schulen, Hochschulen und Kultur würden zusammenbrechen.

„Ohne Ausländer wäre Deutschland ärmer“: Dieser Nachweis wird auch anhand wirtschaftlicher Daten wie Steueraufkommen und Transferzahlungen geführt, ohne dass die Autoren auf das Niveau eines Sarrazin abrutschen und die hier lebenden Migrantinnen auf ihren „wirtschaftlichen Nutzen“ reduzieren. Davor bewahrt sie die Bandbreite ihrer Darstellung. Gefragt wird auch nach den Auswirkungen des Szenarios auf binationale Ehen: „Deutschland ohne Liebe“, „Deutschland ohne Döner“, „Wohnen ohne Ausländer“, „Religionen ohne Ausländer“, „Deutschland ohne Gründer“, „Deutsche Männer ohne Prostituierte“ – es gibt kaum einen relevanten Aspekt, den die Autoren nicht thematisiert hätten.

In mehr als 20 Abschnitten wird die Auswirkung auf unterschiedliche Bereiche der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Realität detailreich und anschaulich dargestellt. Deutschland erscheint als das, was es ist: ein Einwanderungsland.

Und wen die Verhältnisse in der Automobilbranche oder im Bereich der Kultur nicht so brennend interessieren, der wird vielleicht im Abschnitt „Bundesliga ohne Ausländer“ fündig. 228 Bundesligaspieler müssten aus den Kadern der ersten Liga gestrichen werden, wenn das Szenario der Autoren Wirklichkeit würde:

„Der Anteil der Ausländer unter den 18 Clubs lag in der Saison 2011/12 bei 43

REDLINE | VERLAG

Pitt von Bebenburg
Matthias Thieme

Deutschland ohne Ausländer

Ein Szenario



Pitt von Bebenburg, Matthias Thieme: Deutschland ohne Ausländer, Ein Szenario, Redline Verlag 2012, 250 Seiten, 19,90 Euro

Prozent. Mit anderen Worten: Gerade mal 57% der Spieler wären ohne die Ausländer noch übrig.“

Mit den in dem Buch aufbereiteten Fakten ließe sich jeder rechte Stammtisch problemlos aufmischen. Doch „Deutschland ohne Ausländer“ ist nicht nur alltags- und stammtischtauglich, sondern auch ein Glücksfall für den Unterricht in Politik und Wirtschaft, Ethik, Deutsch oder Geschichte:

- Es ist konkret und anschaulich geschrieben.
- Es präsentiert nicht nur Meinungen, sondern eine große Bandbreite statistischer Fakten auf aktuellem Niveau.
- Gerade ein fiktives Szenario, über dessen Realitätsgehalt Juristen, Sozialwissenschaftler und Politiker in dem Buch streiten, ist hervorragend geeignet, Jugendliche zu motivieren, sich mit dem Thema zu befassen.
- Die kleinteilig gegliederte Thematik eignet sich bestens für Gruppen- und Einzelarbeit im Unterricht.

Fazit: „Deutschland ohne Ausländer“ ist ein Muss für jede gut sortierte Schulbibliothek, eine für Unterrichtszwecke überaus geeignete Lektüre, eine piffige Geschenkidee für ausländische Freunde in unserem Bekanntenkreis und angesichts offizieller Salafisten-Hysterie und anhaltendem medialen Griechchen-Bashing nicht zuletzt eine ernstzunehmende, gleichwohl kurzweilige Leseempfehlung für die Sommerferien.

Gerhard Walentowitz



Celal Atalay

Bei einem Besuch der documenta lohnt sich auch ein kleine Stippvisite in der Geschäftsstelle des GEW-Bezirksverbands in Kassel (Friedrich-Engels-Str. 26), um dort die Bilder des Kasseler Künstlers und GEW-Kollegen Celal Atalay zu betrachten. Vor dem Besuch sollte man sich vergewissern, dass die Geschäftsstelle auch besetzt ist: Tel. 0561-771783 oder -17066. Die regulären Öffnungszeiten sind montags bis donnerstags von 9 bis 13 Uhr und 14 bis 16 Uhr, freitags von 9 bis 12.30 Uhr. Die Person des Künstlers und seine Arbeit würdigt unser Kasseler Kollege und langjähriger Vorsitzender des Gesamtpersonalrats Andreas Skorka.

Celal Atalay ist Lehrer für muttersprachlichen Unterricht Türkisch. Er unterrichtet in Alphabetisierungsprogrammen und anderen Fächern an der Carl-Anton-Henschel-Schule und war für zwei Wahlperioden Angestelltenvertreter im Gesamtpersonalrat Kassel. Bei Celal aber habe ich sehr schnell gemerkt, dass es sich bei ihm um einen

außergewöhnlich freundlichen Menschen handelt. Er macht von seiner Person nicht viel Aufhebens und deswegen weiß ich erst seit ein paar Jahren, dass er nicht nur Lehrer, sondern – wie seine Frau Nilgün – auch ein besonders begabter Künstler ist.

Celal und seine Familie haben den Spagat zwischen den Heimaten in

Deutschland und der Türkei, von der Fulda zum Bosphorus, bewältigt. Dabei half auch das Ferienhaus bei Izmir. Celal wurde als Arbeiterkind 1955 in einem Dorf in der Türkei geboren, sein Vater arbeitete als Zimmermann im Baubereich. Und weil es in seinem Dorf nichts zu bauen gab, war er sehr häufig für längere Zeit weg, um auf Baustellen in den Städten das Geld für die Familie zu verdienen. Celal musste als Kind hart arbeiten auf dem Feld oder als Hirte, auch in den ganzen viermonatigen Sommerferien. „Solche Kinder wie ich“, sagt Celal, „haben keine Spielzeuge, sie bekommen keine Schokolade. Freude finden sie vielleicht, indem sie Bäume beobachten, sich Steine anschauen, auf Motorengeräusche achten, ihre Phantasie zu dem Flugzeug hochsteigen lassen, das gerade einen Kondensstreifen hinter sich her zieht.“

Es leidet aber auch die Mutter, die getrennt ist vom Ehemann, die mit ihren Sorgen alleine ist, die die Alltagsgeschäfte regeln muss, die mit dem wenigen Geld, das ihr zur Verfügung steht, dafür verantwortlich ist, dass die Familie überlebt. Es leiden die Väter und Ehemänner, die in der Landwirtschaft keine Perspektive mehr haben und in die Stadt ziehen müssen, in der Hoffnung, dort den Unterhalt für die Familie verdienen zu können, um die Familie später nachkommen zu lassen.

Wir können uns auf einigen der Bilder sehr gut die Gruppen von Arbeitern vorstellen, wie sie von ihren eilig erbauten Hütten und Notunterkünften am Berghang heruntersteigen zur Arbeitsstätte oder zu dem Platz, an dem sie hoffen, vielleicht für ein paar Tage als Arbeitskraft angeheuert zu werden.

Vielleicht ist es ein kleines Wunder, das Celal Atalay aus seinem kleinen Dorf an eine Universität nach Istanbul brachte. Sicher war es auch sein Talent, das ihn die Aufnahmeprüfung bestehen ließ. Er bekam ein Stipendium, lebte in einer Internatsschule, und weil er das Vertrauen der Professoren hatte, bekam er die Schlüssel für die Werkstätten ausgehändigt, so dass er auch nachts arbeiten konnte: in der Metallwerkstatt, in der Bildhauerwerkstatt, mit Lehm und Beton.



1975 machte er den Abschluss als Lehrer an der Marmara-Universität in Istanbul. Nach einer kurzen Zeit als Lehrer in Ost-Anatolien ging Celal 1976 nach Deutschland und begann ein Kunststudium an der Gesamthochschule in Kassel. 1977 begann er zu unterrichten, zunächst an der Struthbachwegschule, dann an der Carl-Anton-Henschel-Schule.

Nach dem Militärputsch von 1980 rieten ihm seine türkischen Professoren, in Deutschland zu bleiben. Vielleicht wäre es für ihn als durch und durch politischer Mensch gefährlich in der Türkei geworden. 1983 machte er sein Examen in Kassel. Aus seiner Abschlussarbeit „Probleme der türkischen Arbeitnehmer“ stammen die meisten der in der GEW-Geschäftsstelle ausgestellten Radierungen. Der Fachbereich Visuelle Kommunikation würdigt seine Arbeiten folgendermaßen:

„Die Arbeiten sind in ihrer schönen Einfachheit und durch ihre charakteristische



Farbgebung künstlerisch hoch zu bewerten. Sie haben in ihrer Herbheit einen besonderen Stimmungsgehalt und spiegeln Land und Leute in der Türkei.“

Ist Celals Kunst herb, wie die Hochschule sagt? Ist sie schön? Ich weiß es

nicht. Kunst muss nicht schön sein, sagt Celal. Er vertritt die Auffassung, dass Kunst der Gesellschaft dienen muss, dass sie kritisch und politisch sein muss. Ich glaube, das kommt in seinen Werken zum Ausdruck.

Gewerkschaften, Krise, Rüstungsproduktion und Krieg

Warum bewegt die Staatsschuldenkrise Jugendoffiziere an hessische Schulen und Studienseminare? Was sagt eine Gewerkschaft zum kleiner werdenden Kuchen der Militärhaushalte der NATO-Staaten? Wie überhaupt ist das Verhältnis von Gewerkschaften zu Rüstungsexport und Krieg angesichts der ökonomischen Krise?

Über diese Fragen diskutierten die stellvertretende Landesvorsitzende der hessischen GEW *Birgit Koch*, der Hamburger Schauspieler *Rolf Becker* und der Kasseler Daimler-Betriebsrat *Vincenzo Sicilia* am 20. April im Café Buch-Oase in Kassel. Vom Bezirksvorstand der IG Metall, der ebenfalls eingeladen war, nahm bedauerlicherweise niemand an der Veranstaltung teil.

Die Bundeswehr, zur Berufsarmee umgewandelt und von Nachwuchssorgen geplagt, hat seit November 2010 auch mit dem hessischen Kultusministerium ein Kooperationsabkommen abgeschlossen, das ihren Jugendoffizieren und „Wehrdienstberatern“ leichteren Zugang zu Schulen und Studienseminaren ermöglicht (HLZ 1-2/2012).

Rolf Becker, ehrenamtliches Mitglied im Hamburger Vorstand des

ver.di-Fachbereichs Medien, erläuterte, warum er anlässlich des Kriegs gegen Jugoslawien 1999 den Rücktritt des damaligen DGB-Vorsitzenden *Schulte* gefordert hatte. Schulte trat damals öffentlich uneingeschränkt für die Luftangriffe auf Brücken, Industrieanlagen und Fernsender in Jugoslawien ein und verletzte damit nach Auffassung Beckers die Satzung des DGB. Zu den politischen Aufgaben des DGB gehört danach „das Eintreten für eine allgemeine und weltweite kontrollierte Abrüstung, für die Verwirklichung und Erhaltung des Friedens und der Freiheit im Geiste der Völkerverständigung“.

Bei der lebhaften Diskussion des Publikums ging es auch einmal mehr um die Veröffentlichung der IG Metall zu den „Perspektiven der deutschen militärischen Schiffsbaukapazitäten im europäischen Kontext“. Alle „Hoffnungen in der Branche“ richteten sich angesichts wachsender Konkurrenz „auf die Wachstumsmärkte außerhalb Europas“. Der „Erhalt der wehrtechnischen Kernfähigkeit im Marineschiffbau“ sei für die IG Metall „von nationaler Bedeutung“, und die Sicherung von Arbeitsplätzen und Einkommen für die Be-

schäftigten im europäischen Schiffbau habe „oberste Priorität.“

Daimler-Betriebsrat *Vincenzo Sicilia*, engagierter Metaller, wurde aus der IG Metall ausgeschlossen. Weil ihm die umfassende Kooperation der Betriebsräte der IG Metall mit der Unternehmensleitung gegen den Strich gegangen war, hatte er erfolgreich auf einer alternativen Liste kandidiert. Gerade die Zustimmung der Betriebsratsmehrheit zu Überstunden und zur Ausweitung von Leiharbeit vernichtet in seinen Augen Arbeitsplätze.

In der Diskussion ging es auch um die Panzer-Exporte nach Saudi-Arabien, die seit Monaten in Kassel heiß diskutiert werden. Der Widerspruch der Beschäftigten der Rüstungsunternehmen ist offenkundig: Auch wenn sie keine Tötungsmittel herstellen wollen, sind sie auf Arbeit und Lohn angewiesen.

Hier sollten die Gewerkschaften aber stärker auf Konversion setzen als nach „Wachstumsmärkten außerhalb Europas“ zu schielen.

Wilhelm Frohn

Der Autor ist ver.di-Mitglied und Geschäftsführer i.R. des Bildungswerks der Arbeiterwohlfahrt Nordhessen.



Ansprüche prüfen

Strukturausgleich nach erfolgtem Bewährungsaufstieg

Seit dem 1. Januar 2012 steht verschiedenen Gruppen von Beschäftigten, die 2010 in den Tarifvertrag Hessen (TV-H) übergeleitet worden sind, ein sogenannter Strukturausgleich nach § 12 des Überleitungstarifvertrages (TVÜ-H) zu. Welche Fallgruppen das genau sind und welchen Anspruch sie haben, ist der Tabelle in Anlage 3 zum TVÜ-H zu entnehmen (www.gew-hessen.de > Service Recht > Mitgliederbereich > Tarifbeschäftigte). Dieselbe Tabelle ist auch in den beiden Überleitungstarifverträgen mit den Universitäten Frankfurt und Darmstadt vereinbart worden. Allerdings greifen die Ansprüche auf eine Strukturausgleichzahlung wegen des verzögerten Inkrafttretens der Hochschul-Tarifverträge zu einem späteren Zeitpunkt, an der Goethe-Universität Frankfurt frühestens zum 1. März 2012, an der TU Darmstadt frühestens zum 1. Mai 2012.

Die hessischen Strukturausgleichsregelungen übernahmen die Tarifvertragsparteien eins zu eins aus dem für die anderen Bundesländer geltenden Überleitungstarifvertrag (TVÜ-Länder), dessen Vorbild wiederum der entsprechende Tarifvertrag bei Bund und Kommunen von 2005 gewesen ist. Dadurch spielen aber die rechtlichen Auseinandersetzungen, die sich seit Jahren um die Tabelle in Anlage 3 bei Bund, Kommunen und den anderen Bundesländern entsponnen haben, auch in Hessen eine Rolle.

Streitpunkt zwischen Gewerkschaften und Arbeitgeber sind die Ansprüche auf Strukturausgleich für diejenigen, die vor Inkrafttreten der neuen Tarifverträge einen Tätigkeits-, Fallgruppen- oder Bewährungsaufstieg durchlaufen hatten. In diesem Kontext vertreten die Arbeitgeber den Standpunkt, in der zweiten Spalte der Tabelle („Vergütungsgruppe bei Inkrafttreten TVÜ“) sei die „originäre“ Vergütungsgruppe gemeint, also diejenige, in die der Beschäftigte vor dem Tätigkeits-, Fallgruppen- oder Bewährungsaufstieg ursprünglich eingruppiert war. Auffassung der Gewerkschaften ist es hingegen, dass diese Spalte auf die tatsächlich zum Zeitpunkt der Überleitung

erreichte Vergütungsgruppe und nicht auf die „originäre“ verweist. Damit im Zusammenhang steht auch die Deutung des jeweiligen Hinweises in der dritten, „Aufstieg“ betitelten Spalte der Tabelle. Hier wurde, so die Argumentation der Gewerkschaften, auf die zukünftige mögliche Entwicklung abgestellt. Anders formuliert: Das Merkmal „ohne“ in Spalte 3 ist dann erfüllt, wenn ein Aufstieg nach der Überleitung (1. 1. 2010 im hessischen Landesdienst) bei hypothetischer Fortgeltung des BAT nicht mehr vorgesehen gewesen wäre, unabhängig davon, ob vor der Überleitung ein solcher Aufstieg gegebenenfalls stattgefunden hat. Nach Ansicht der Arbeitgeber führt aber das Merkmal „ohne“ dazu, dass Beschäftigte, die vor Inkrafttreten der neuen Tarifverträge einen Bewährungsaufstieg durchliefen, nicht von der entsprechenden Tabellenzeile erfasst sind. Die Frage des Aufstiegs bezieht sich in dieser Interpretation nicht nur auf Hypothetisch-Zukünftiges, sondern auch auf Vergangenes.

Hintergrund dieser juristischen Auseinandersetzung sind die unterschiedlichen Funktionen, die dem Strukturausgleich zugemessen werden. Geht es nur darum, nicht mehr realisierte Bewährungsaufstiege zu kompensieren, dann führt logischerweise ein vorab absolvierter Bewährungsaufstieg dazu, die Betroffenen aus dem Kreis der Anspruchsberechtigten auszuschließen. Nach Auffassung der Gewerkschaften verfolgen die Strukturausgleichszahlungen aber darüber hinaus reichende Ziele. Auch bestimmte, nicht mehr zu realisierende Ansprüche aufgrund des Stufenaufstiegssystems und des Ortszuschlagssystems im BAT sollen mit Strukturausgleichszahlungen in festgelegten Fällen wenigstens zum Teil ausgeglichen werden.

Gerichte verschiedener Instanzen (bis hin zum Bundesarbeitsgericht) haben in der Vergangenheit die gewerkschaftliche Sichtweise bestätigt. In Hinblick auf Spalte 2 der Tabelle ist die tatsächlich zum Zeitpunkt der Überleitung erreichte, nicht die „originäre“ Vergütungsgruppe ausschlaggebend.

Dasselbe gilt für die Frage, ob der Hinweis „ohne“ in Spalte 3 einen vorherigen Bewährungsaufstieg ausschließt oder nicht. Hier hat sich etwa das LAG Düsseldorf mit Urteil vom 27. 6. 2011 und das LAG Schleswig-Holstein mit Urteil vom 1. 11. 2011 im Ergebnis der gewerkschaftlichen Auffassung angeschlossen: „Ohne Aufstieg“ bezieht sich auf die Zukunft nach Inkrafttreten der Überleitung. Fand ein Aufstieg vor der Überleitung statt, schließt das Merkmal „ohne“ die Zahlung eines Strukturausgleiches nicht aus.

Einzelne Fälle in der Praxis des Landes Hessen deuten darauf hin, dass diesen Urteilen nicht ausreichend Rechnung getragen wird. So wurde etwa einem Hochschulbeschäftigten beim Land Hessen, der bereits vor dem 1. 1. 2010 einen 15-jährigen Bewährungsaufstieg aus der Vergütungsgruppe IIa BAT in die VergGr. Ib BAT absolviert hatte und der mit Ortszuschlagsstufe 2 und der 41. Lebensaltersstufe der Entgeltgruppe 14 zugeordnet worden war, die Zahlung eines dauerhaften Strukturausgleiches in Höhe von 110 Euro monatlich mit dem Hinweis verwehrt, der Fall sei in der Tabelle nicht vorgesehen. Hier hat die Personalstelle entweder in Spalte 2 auf die „originäre“ Vergütungsgruppe abgehoben oder das Merkmal „ohne“ in Spalte 3 auf die Vergangenheit bezogen ausgelegt.

Fazit: Beschäftigte, die bereits vor Inkrafttreten der neuen Tarifverträge einen Bewährungsaufstieg durchliefen und nun keine Strukturausgleichszahlung erhalten, sollten überprüfen, ob das Verwehren von Ansprüchen aus einer rechtlich unzulässigen Interpretation der Spalten 2 und/oder 3 der Strukturausgleichstabelle in Anlage 3 des TVÜ-H resultiert. In Spalte 2 kommt es dabei auf die tatsächlich zum Überleitungszeitpunkt erreichte Vergütungsgruppe an und das Merkmal „ohne“ in Spalte 3 schließt jene Beschäftigten nicht aus, die einen Bewährungsaufstieg vor der Überleitung vollendet hatten. Bei der Geltendmachung ist die tarifvertragliche Ausschlussfrist von sechs Monaten zu beachten.

Rüdiger Bröhling, GEW-Tarifsekretär

Im Urlaub krank



Vergütungsansprüche nach Dienst- und Arbeitsunfähigkeit

In einem in der Presse viel beachteten Urteil hat der Europäische Gerichtshof (EuGH) am 3.5.2012 (C-337/10) entschieden, dass ein in den Ruhestand versetzter Feuerwehrmann einen Anspruch auf finanzielle Abgeltung des Mindesturlaubsanspruchs hat, den er aus Krankheitsgründen nicht nehmen konnte. Das Urteil beruht auf einer entsprechenden Vorlage des Verwaltungsgerichts (VG) Frankfurt am Main (9K 836/10.F). Dieses Gericht hatte auch schon in der Vergangenheit durch Vorlagen an den EuGH Bewegung in das deutsche Beamtenrecht gebracht. Welche konkreten Folgen die Entscheidung des EuGH für Beamtinnen und Beamte hat, muss nun durch das VG Frankfurt konkretisiert werden. Darüber hinaus wird es erforderlich sein, die hessischen beamtenrechtlichen Regelungen der neuen Rechtslage anzupassen.

Europarecht gilt auch für Beamte

Der EuGH stellt nochmals klar, dass europäisches Recht grundsätzlich auch für Beamtinnen und Beamte gilt. Dies wird immer noch in verschiedenen Zusammenhängen unter Hinweis auf „hergebrachte Grundsätze des Berufsbeamtentums“, das „besondere Dienst- und Treueverhältnis“ und das „Alimentationsprinzip“ bestritten. Auch Beamtinnen und Beamte sind im europäischen Recht „Arbeitnehmer“ und im Rahmen eines „Arbeitsverhältnisses“ beschäftigt.

Ausnahmen in der Anwendung europäischen Rechts kann es nur geben, soweit es für den „Schutz der öffentlichen Sicherheit, Gesundheit und Ordnung unerlässlich ist“. Dies wurde im Fall des Feuerwehrmanns verneint.

Nach europäischem Recht hat jeder Arbeitnehmer einen Anspruch auf vier Wochen bezahlten Mindesturlaub pro Jahr. Dieser Anspruch auf Mindesturlaub besteht auch dann, wenn der Arbeitnehmer krankheitsbedingt keine Arbeit leistet. Bereits in der Vergangenheit musste sich der EuGH damit beschäftigen, ob dieser Anspruch auf Mindesturlaub nach einem bestimmten Zeitraum verfällt (Übertragungszeitraum).

So verfällt nach hessischem Beamten- und Tarifrecht der Urlaubsanspruch, wenn er nicht spätestens neun Monate nach Ablauf des Urlaubsjahres genommen wurde.

Nachdem der EuGH in einer älteren Entscheidung noch die Auffassung vertreten hatte, der Mindesturlaub könne überhaupt nicht verfallen, hat er etwas später eine tarifvertragliche Regelung für zulässig erklärt, nach der ein Urlaubsanspruch nach einem Zeitraum von 15 Monaten nach Ende des Urlaubsjahres verfällt. Daher war es absehbar, dass die hessische Regelung vor dem EuGH keinen Bestand haben wird. Der EuGH verlangt vielmehr, dass der Übertragungszeitraum die Dauer des Bezugsurlaubs, für den der Urlaub gewährt wird, deutlich überschreitet.

Folgerichtig hat der EuGH im Einklang mit der Rechtsprechung zu den „Arbeitsverhältnissen“ festgestellt, dass auch ein deutscher Beamter in den Fällen, in denen er diesen Mindesturlaub nicht mehr nehmen kann, da er in den Ruhestand versetzt wurde, eine finanzielle Abgeltung erhalten muss, nachdem er in den Ruhestand versetzt wurde.

Der EuGH verlangt nicht, dass auch für weitergehende Urlaubsansprüche die gleichen Regelungen gelten. Er lässt es vielmehr zu, dass nach nationalem Recht Urlaubsansprüche verfallen können, soweit sie über dem Mindesturlaub liegen. Die Urlaubsansprüche nach TV-H und Hessischer Urlaubsverordnung liegen über dem Mindesturlaub. Allerdings müssen diese nach der Entscheidung einer Bundesarbeitsgerichts neu geregelt werden, da die jetzige Regelung jüngere Beschäftigte benachteiligt. Wir haben darüber bereits informiert.

Nachgewährung wegen Krankheit

Nicht Gegenstand der Entscheidung war, unter welchen Voraussetzungen Beschäftigte eine Nachgewährung von Urlaub verlangen können, wenn sie Urlaub krankheitsbedingt nicht in Anspruch genommen haben, dann aber nach Genesung wieder in den Dienst

zurückkehren können. Hier dürfte aber unbestritten sein, dass für die nachträgliche Inanspruchnahme des nicht genommenen Mindesturlaubs keine kürzeren Fristen als für die finanzielle Abgeltung gelten können. Denn Urlaub, der (noch) nicht verfallen ist, ist vorrangig *in natura* in Anspruch zu nehmen.

Nach der hessischen Urlaubsverordnung wird ein zustehender Urlaub, der wegen einer vorübergehenden Dienstunfähigkeit nicht genommen werden kann, nach Dienstantritt dem Urlaub des laufenden Urlaubsjahres hinzugefügt. Er verfällt dann erst am Ende des folgenden Kalenderjahres. Diese Regelung ist – je nach Konstellation im Einzelfall – günstiger oder ungünstiger als die Vorgabe des EuGH. Hier wird es spannend sein, wie diese Regelung in Einklang mit europäischem Recht zu bringen ist. Die Frist im hessischen Tarifrecht ist für die Fälle der Arbeitsunfähigkeit stets zu kurz

Auswirkungen für Lehrkräfte

Für Lehrkräfte im hessischen Schuldienst besteht die besondere Problematik, dass nicht erfasst wird, wann genau sie Urlaub nehmen.

Nach der Dienstordnung gilt für Beamtinnen und Beamte der Urlaub als mit den Ferien abgegolten. Auch nach dem hessischen Tarifrecht ist der Urlaub in den Schulferien zu nehmen. Urlaubsanträge müssen Lehrkräfte im Beamten- und Angestelltenverhältnis nicht stellen.

Daher ist es schwer festzustellen, ob und in welchem Umfang der zustehende Urlaub aufgrund von Dienst beziehungsweise Arbeitsunfähigkeit nicht genommen werden konnte. Es wird also nicht nur erforderlich sein, die Entscheidung des EuGH allgemein in Hessen umzusetzen, sondern auch eine interessengerechte Lösung für Lehrkräfte zu finden.

Annette Loycke
Rechtssekretärin der GEW Hessen

Wir gratulieren im Juli und August ...

... zur 40-jährigen Mitgliedschaft:

Gerhard Adrian, Hanau
 Gerlinde Arendt-Köberer, Goddert
 Ulrich Baier, Frankfurt
 Hans-Joachim Balzer, Fulda
 Bärbel Bastiansen, Frankfurt
 Karl Bauer, Essen
 Arthur Beier, Groß-Umstadt
 Hugo Berg, Bischofsheim
 Charlotte Bernard, Marburg
 Brigitte Bolle, Kronberg
 Reiner Boulnois, Marburg
 Karl Dippel, Kassel
 Werner Frühauf, Bruchköbel
 Christian Golka, Rüsselsheim
 Roslinda Grob, Frankfurt
 Christiane Hemmer-Sopp,
 Linsengericht
 Reinhold Jäger, Ebsdorfergrund
 Hans Junker, Cölbe
 Reinhard Kahl, Vöhl
 Heinz-Wilhelm Keil, Lich
 Ekkehard Kesting, Marburg
 Heidi Kesting, Marburg
 Hartmut Klute, Aßlar
 Erwin Krischanitz, Rödermark
 Jutta Krust, Darmstadt
 Thomas Lange, Darmstadt
 Dieter Maienschein, Sinnatal
 Artur Mietens, Grünberg
 Christine Mietens, Grünberg
 Bruno Persichilli, Offenbach
 Waltraud Pretzsch, Groß-Umstadt
 Renate Reinhard, Wald-Michelbach
 Karl-Heinz Reusch, Altenstadt
 Franz-Hermann Riebel, Witzenhausen
 Wolfram-Heinrich Rode,
 Calpe/Alicante
 Ursula Schäfer, Kassel
 Reinhard Schindehütte, Kassel
 Gabriele Schindler, Hochheim

Jörg Schlömerkemper, Göttingen
 Ingrid Schott, Wiesbaden
 Ilse Staude, Staufenberg
 Birgit Ten Brink, Liederbach
 Nicolaus Tomiuk, Frankfurt
 Kristin-Barbara Ulrich, Kirchzarten
 Gerald Warnke, Kassel
 Bernd Wiederhold, Groß-Gerau

... zur 50-jährigen Mitgliedschaft:

Hermann Herchenröther, Spangenberg
 Ludmilla Herrgesell, Dornburg
 Oswald Hofmann, Nentershausen
 Wolfgang Mahler, Edertal
 Rolf Metzler, Korbach
 Hannelore Rohmig, Pfungstadt
 Ellen Siebert, Wehretal
 Helmut Stepp, Fürth
 Christa Trautsch, Frankfurt
 Ilse Trieschmann, Heringen
 Esthi Wagner, Korbach

... zur 55-jährigen Mitgliedschaft:

Jochen Dietrich, Ebsdorfergrund

... zur 60-jährigen Mitgliedschaft:

Kurt Friedrich, Otzberg
 Ernst-Otto Jeppe, Fritzlar

... zum 75. Geburtstag:

Erika Adloff, Groß Bieberau
 Klaus Bernotat, Neuohf
 Jacqueline Diss, Bad Homburg
 Erika Ebert, Kassel
 Heinrich Freienstein, Witzenhausen
 Dietrich Geldmacher, Schlangenbad
 Reinhard Gromes, Runkel
 Günter Hartmann, Frankenberg
 Herbert J. Haub, Fernwald
 Karl Honikel, Schenklengsfeld
 Ilse Kissel, Bad Nauheim

Gerhard Lamm, Bad Arolsen
 Ulrich Meyer-Husmann, Mainz
 Siamak Mohadjer-Ghomi,
 Niederdorfelden
 Udo Pürzer, Friedberg
 Helga Riethmüller, Weilburg
 Hermann Zinser, Babenhausen

... zum 80. Geburtstag:

Gerd Iben, Bad Nauheim
 Hans Karl Jahnke, Witzenhausen
 Renate Meyer-Elsner, Kassel
 Dietrich Rose, Grebenstein

... zum 85. Geburtstag:

Helga Bayerer, Nidda
 Kurt Friedrich, Otzberg
 Werner Klüh, Petersberg
 Helga Martin, Wetzlar
 Christel Mikhail, Betzdorf

... zum 90. Geburtstag:

Hermann Pohlmann, Bad Arolsen
 Hans Schmidt, Rimbach

... zum 91. Geburtstag:

Ursula Kabauzeck, Dreieich
 Lorenz Knorr, Frankfurt
 Helga Lintaler, Kaufungen

... zum 92. Geburtstag:

Franzjosef Bellinger, Fulda
 Fritz Mittelstaedt, Kassel

... zum 97. Geburtstag:

Hildegard Bartsch, Eschenburg

... zum 98. Geburtstag:

Margot Meng, Kassel
 Herta Schmidt, Wiesbaden

Azubi-Info-Tag im hr

Der Hessische Rundfunk lädt am 22. September 2012 von 10 bis 15 Uhr das zweite Mal zum Azubi-Info-Tag in das Funkhaus am Dornbusch in Frankfurt ein. An acht Ständen und im Gespräch mit den Auszubildenden können Schülerinnen und Schüler die derzeit 17 Berufe kennenlernen, die im hr nach Berufsbildungsgesetz ausgebildet werden. Ausbildungsluft schnuppern können die Besucher in Führungen an die

Ausbildungsplätze, zum Beispiel die Kfz-Werkstatt, die Ausstattung oder die Abteilung Dokumentation und Archive. Außerdem gibt es Gespräche zum Thema Ausbildung und einen Bewerbungs-Check.

• Eine vorherige Anmeldung ist nicht erforderlich, weitere Informationen gibt es im Internet auf www.ausbildung-hr-online.de.

Inklusive Schule

Die Neuerscheinung „Inklusive Schule“ beschäftigt sich mit dem schwierigen Weg zur Inklusion in einer „exklusiven Gesellschaft“. Zu Wort kommen Expertinnen und Experten, die über große Erfahrungen in der konzeptionellen Bearbeitung und Realisierung sinnvoller Konzepte verfügen.

• Rainer Benkmann, Solveig Chilla, Evelyn Stapf (Hrsg.): **Inklusive Schule. Einblicke und Ausblicke.** 180 S., Prolog-Verlag, 24,80 Euro
 • Bestellung beim Prolog-Verlag (www.prolog-verlag.de) oder im Buchhandel



GEW trauert um Jörg Fey

Die in der GEW organisierten Lehrerinnen und Lehrer in den Kreisverbänden Gießen-Stadt und Gießen-Land trauern um *Jörg Fey*, der nach kurzer, schwerer Krankheit im Alter von 69 Jahren verstarb. Jörg Fey war zunächst Lehrer an der Helmut-von-Bracken-Schule in Gießen, von 1996 bis 2008 war er Schulleiter der Lindenschule in Großen-Linden.

Schon bald nach seinem Eintritt in die GEW begann sein gewerkschaftliches Engagement, zunächst in der Fachgruppe Sonderschulen und

später als Beisitzer im Kreisvorstand in Gießen. Von 1978 bis 1984 war er Vorsitzender des Kreisverbandes Gießen-Stadt der GEW, von 1980 bis 1984 Vorsitzender und stellvertretender Vorsitzender im neu gegründeten Gesamtpersonalrat der Lehrer in Gießen und ab 1984 Mitglied im Bezirkspersonalrat der Lehrer.

Im Mittelpunkt seiner langjährigen Arbeit in Gewerkschaft und Personalräten standen auf allen Ebenen immer die Interessen der Lehrkräfte und die pädagogische Arbeit in den Förderschulen, aber auch die allgemeinen bildungs-

politischen Ziele der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft.

Mit Beginn seiner Tätigkeit als Schulleiter der Lindenschule im Jahre 1996 wechselte Jörg Fey zum GEW-Kreisverband Gießen-Land und zum GEW-Ortsverband Linden. Auch nach seinem Eintritt in den Ruhestand im Jahre 2008 nahm Jörg Fey selbstverständlich an vielen gewerkschaftlichen Aktivitäten teil.

Die Kolleginnen und Kollegen würdigen seine Persönlichkeit und seine Verdienste für die GEW. Er wird uns fehlen.

Doris Schmidt-Dobler

Mitglied im Kreisvorstand der GEW Gießen-Stadt und Seniorenvertreterin

Bildung im hr-fernsehen: Wissen und mehr

Der Hessische Rundfunk sendet von Montag bis Freitag mit „Wissen und mehr“ eine 45-minütige Sendestrecke, die nach §47 Urheberrechtsgesetz für die Vorführung im Unterricht verwendet werden darf. Genaueres hierzu sowie das ausführliche und kommentierte Programm erhalten Sie auf der Internetseite www.wissen.hr-online.de.

Dossier

Ausbildung (16.7., 23.7.), Erinnerung (30.7.)

Naturwissenschaft und Technik

- **Naturparadiese:** Vogelparadies im Djoudj-Nationalpark Senegal (11.7.), Portugals Nationalpark Peneda-Gerés (18.7. und 25.7.), Polen: Im Land der Störche (1.8.), Naturparadies Äußere Hebriden (8.8.)
- **Achtung Experiment:** Der schwebende Wal (16.7.), Das Hochzeitskleid aus Salz (23.7.), Der richtige Dreh (30.7.), Am Ball bleiben (6.8.), Am längeren Hebel (13.8.), Den Ball im Blick (20.8.), Schnell abgeräumt (27.8.), Angestoßen (3.9.)

Geschichte

- Kinderarbeit und Kindermärkte in Oberschwaben (12.7.)
- 60 Jahre nach Buchenwald (3.8.)
- **Das Römer-Experiment:** Wie wird man Gladiator? (13.7.), Wie funktioniert die römische Wirtschaft? (20.7.), Woran glauben die Römer? (27.7.)

Sendungen für die Schule

Montag bis Freitag, 9.30 bis 10.15 Uhr

- **Die Stählerne Zeit:** Die Not der Weber (16.8.), Im Reich des Stahlbarons (23.8.), Der Stolz der Arbeiter (30.8.)

Philosophie, Religion und Ethik

- Orte der Stille – Von der Sehnsucht nach Rückzug (13.7.)
- Leben mit Autismus (26.7.)
- Notruf aus dem Kinderzimmer – Krisengebiet Familie (9.8.)
- Zur Ehe gezwungen – Frauen fliehen aus ihren Familien (6.9.)
- **Partnerschaft:** Ein besonderer Tag (20.7.), Lass mich nicht allein (27.7.), Es ist nie zu spät (3.8.), Es läuft doch! (10.8.)
- **Kant für Anfänger:** Metaphysik (26.7.), Kopernikanische Wende (2.8.), Verstand und Sinne (9.8.), Grenzüberschreitungen (16.8.), Zielpunkt Vernunft (23.8.)
- Kant, Sophie und der kategorische Imperativ (fünfteilige Reihe ab 30.8.)

Politische Bildung

- Tiananmen – 20 Jahre nach dem Massaker (19.7.)
- Wo war eigentlich die Mauer? (2.8.)
- **Bürgerrechte in der DDR:** Kampf um Meinungsfreiheit (6.8.), Kirchen und Religionsfreiheit (13.8.)

Kunst, Musik und Neue Medien

- Sänger in Hessen (24.7.)
- Der gläserne Kunde – Wie Einkaufsdaten gesammelt werden (10.8.)

Wissenswert in hr2-kultur

Radiosendungen für die Schule

Montag bis Freitag: 8.40 bis 8.55 Uhr

Sprache und Literatur

- **All-Age-Romane:** Woher kommt der Boom? (10.7.), Wohin führt der Trend? (11.7.)
- Thomas Bernhard (12.7.)
- Kurt Tucholsky und die „Weltbühne“ (13.7.)
- **Island:** Thing, Thor und Thule (2.8.)

Naturwissenschaft und Technik

- **Island:** Vulkane, Gletscher und Geysire (3.8.)
- Harald Lesch spricht über die dunkle Seite des Kosmos (13.8. bis 16.8.)

Politik und Wirtschaft

Kinderleben: Kaiserzeit (23.7.), Weimarer Republik (24.7.), Drittes Reich (25.7.), Nach 1945 (26.7.), In den Siebziger: „Ich war ein Kita-Kind“ (27.7.)

Musik und Kunst

Pop und Politik: Protestsongs und politische Utopien in der alten Weltordnung (30.7.), 11. September – ein Schock und sein Echo (31.7.), Die neue Unübersichtlichkeit in Zeiten asymmetrischer Kriege (1.8.)

Psychologie

Psychologische Schlüsselbegriffe: Gier (20.8.), Mut (21.8.), Loslassen (22.8.)

Extra günstig vom Spezialisten anrufen und testen.

0800 - 1000 500

Free Call

Wer vergleicht, kommt zu uns, **seit über 35 Jahren.**



Beamtendarlehen supereünstig
5,27% effektiver Jahreszins*
Laufzeit 7 Jahre

- Umschuldung: Raten bis 50% senken
- Beamtendarlehen ab 10.000 € - 125.000 €
- Baufinanzierungen günstig bis 120%

AK FINANZ

Kapitalvermittlung-GmbH
E3, 11 Planken
68158 Mannheim
Fax: (0621) 175190-25
Info@AK-finanz.de

www.AK-Finanz.de

*Spezialdarlehen: Beamte / Angestellte ö.D.

Außerst günstige Darlehen z.B. 30.000 € Sollzins (fest gebunden) 5,15%, Lfz. 7 Jahre, mtl. Rate 426 € effektiver Jahreszins 5,27%, Bruttobetrag 35.784 € Sicherheit: Kein Grundschuldeintrag, keine Abtretung, nur stille Gehaltsabtretung. Verwendung: z.B. Modernisierung rund ums Haus, Ablösung teurer Ratenkredite, Mobilkauf etc. Vorteile: Niedrige Zinsen, feste Monatsrate, Sondertilgung jederzeit kostenfrei, keine Zusatzkosten, keine Lebens- Renten oder Restschuldversicherung.



Sonderdarlehen für Lehrer zu 1a-Konditionen!

www.1a-Beamtendarlehen.de

Nutzen Sie Ihren Status als Beamter, Angestellter oder Arbeiter im ÖD



0800-0404041

Jetzt gebührenfrei anrufen & unverbindlich informieren

NÜRNBERGER

Mehrfachgeneragentur Finanzvermittlung
Andreas Wendholz · Prall-Röing-Str. 19 · 46325 Borken



Akutklinik Bad Saulgau

Fachklinik und Poliklinik für
Psychosomatische Medizin und
Psychotherapie

Behandlungsschwerpunkte:

- Kriseninterventionen
- Interdisziplinäre Schmerzbehandlung
- Burn-out-Folgeerkrankungen
- Mobbing-Folgeerkrankungen
- Problemerkis Schmerz-Angst-Depression
- Trauerbewältigung
- Tinnitusbewältigung
- Traumatherapie
- Essstörungen
- Persönlichkeitsstörungen

Was unterscheidet uns von Anderen:

- Hohe Behandlungsdichte
- Erfahrenes Team
- Patient-Therapeuten-Schlüssel 4:1
- Kurze Wartezeiten

Akutklinik Bad Saulgau

Klinik und Poliklinik für Psychosomatische Medizin & Psychotherapie

Am schönen Moos 9 | D 88348 Bad Saulgau

Fon: +49 7581 2006-0 | Fax: +49 7581 2006-400

info@akutklinik-bad-saulgau.de | www.akutklinik-bad-saulgau.de

**Anzeigenschluss
für die HLZ 9/2012:
16.8.2012**

Ökonomische Bildung

Wirtschaft ist ein spannender und für Schüler und Schülerinnen interessanter Themenbereich, wenn dieser erfahrungsorientiert im Politikunterricht vermittelt wird. Schüler forschen zum Thema „Griechenland und die EU“, begreifen ihr Betriebspraktikum als Untersuchungsprojekt, gründen eine Schülerfirma oder gestalten die Inhalte und die Ökonomie eines gesellschaftspolitischen Schülerzeitungsprojekts.

Das Buch ist keine „kleine Betriebs- oder Volkswirtschaftslehre für Schüler“, sondern bietet eine politikdidaktische Sicht auf die Ökonomie: Wie sind Entscheidungsstrukturen in Betrieben angelegt? Was bedeutet Verantwortung für eine nachhaltige Entwicklung für betriebliche Entscheidungen? Welche politischen Auseinandersetzungen gibt es in einem Staat um die ökonomische Krisenbewältigung? Was bedeutet der europäische Rettungsschirm für die politische Verfasstheit der europäischen Nationalstaaten?

- Klaus Moegling: **Ökonomische Bildung im Politikunterricht**. Didaktisches Konzept, Modelle und Praxis politisch-ökonomischer Bildung. 185 S., 24,80 Euro, Prolog-Verlag
- Bestellung über www.prolog-verlag.de oder im Buchhandel

Kongress Schulsozialarbeit

Der Kooperationsverbund Schulsozialarbeit lädt gemeinsam mit den Landesarbeitsgemeinschaften Schulsozialarbeit zum Bundeskongress „Stark für Bildung und soziale Gerechtigkeit“ am 30. November und 1. Dezember 2012 in Hannover ein.

Schulsozialarbeit hat in den letzten Jahren an Bedeutung gewonnen und wird zunehmend in allen Schulformen eingerichtet. Konzeptionell hat sie sich profiliert und macht umfassende Angebote der Bildung, Erziehung und Betreuung für Schülerinnen und Schüler. Zudem agiert sie im Sozialraum, ist an Prozessen der Schulentwicklung beteiligt und berät Lehrerinnen und Lehrer. Die Finanzierung und die Arbeitsbedingungen sind allerdings weiterhin unbefriedigend.

Mit dem erstmals in dieser Form veranstalteten Bundeskongress will sich die Schulsozialarbeit öffentlich präsentieren, sich politisch zu Wort melden und fachliche Perspektiven diskutieren. Zudem bietet der Kongress Angebote der beruflichen Fortbildung und des professionellen Austausches.

- Weitere Informationen: www.bundeskongress-schulsozialarbeit.de; GEW-Hauptvorstand, Jugendhilfe und Sozialarbeit, Tel. 069-78973-307, E-Mail: karla-anita.berger@gew.de



gemeinnützige
Bildungsgesellschaft mbH
der GEW Hessen

lea bildet...

Schulrecht - (k)ein Buch mit sieben Siegeln? | 21-08, 20-09 und 10-10-12, Frankfurt |

Wenn die Schule auf den Hund kommt | 21-08-12, Riedstadt |

Maschinenschein Holzverarbeitung | 21-08, 28-08 und 04-09-12, Wiesbaden |

Boomwhackers und das DrumCircle-Konzept | 22-08-12, Kassel |

Gesund bleiben im Lehrerberuf - Strategien gegen Burnout | 22-08-12, Darmstadt |

„Zappelphilipp“ und „Träumsuse“ - Nicht immer sind die Gene schuld! | 25-08-12, Frankfurt |

Wolkenkratzer und Blumenbilder - Die Welt der Georgia O'Keeffe für Kinder | 27-08-12, Offenbach |

Systemisch-lösungsorientierte Beratung und Supervision | 28-08, 18-09, 09-10, 13-11 und

04-12-12, Marburg | **Maschinenschein Holzverarbeitung - Intensiv** | 28-08, 04-09, 11-09, 18-09,

25-09 und 02-10-12, Fürth/Odenwald | **Stomp in der Grundschule** | 29-08-12, Mörfelden-Walldorf |

Qualitätsrahmen für ganztägig arbeitende Schulen in Hessen | 29-08-12, Frankfurt |

Aufbaukeramik | 30-08-12, Fulda | **Arbeiten im dreidimensionalen Raum mit Ytong-Stein**

| 30-08-12, Frankfurt | **Kompetenzorientiert unterrichten im weiterführenden Lesen /**

Schreiben des 3. und 4. Schuljahres | 04-09-12, Marburg | **Elterngespräche** | 05-09-12, Gießen |

„Auf Zack sein“ - Improvisationstheater im Unterricht | 05-09-12, Frankfurt |

Der andere Weg: Russlands Aufbruch in die Moderne | 07-09-12, Offenbach |

Leibniz war kein Butterkeks | 11-09-12, Frankfurt |

Das vollständige Programm unter www.lea-bildung.de

www.lea-bildung.de

fon 069 | 97 12 93 27 / 28

fax 069 | 97 12 93 97

Zimmerweg 12

60325 Frankfurt/Main